Die Okkupation und Annexion Bosniens und der Herzegowina im Spiegel der österreichisch-ungarischen Volksvertretungen

Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Abwehrkampfes in der Donaumonarchie

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

Vorgelegt von
Sieglinde Georgine Odörfer
aus München

MÜNCHEN 1939

Buchdruckerei L. Mößl, Inh. Fritz & Joseph Voglrieder, München 15, Hermann-Linggstr. 12

Die Okkupation und Annexion Bosniens und der Herzegowina im Spiegel der österreichisch-ungarischen Volksvertretungen

Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Abwehrkampfes in der Donaumonarchie

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

Vorgelegt von
Sieglinde Georgine Odörfer
aus München

MÜNCHEN 1939

Buchdruckerei L. Mößl, Inh. Fritz & Joseph Voglrieder, München 15, Hermann-Linggstr. 12

Gutachter: Dr. W. v. Kloeber

Referent: Präsident Prof. Dr. K. A. v. Müller

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Juni 1939

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

INHALTS-ÜBERSICHT.

Seite

Problemstellung der Arbeit 5

Österreich-Ungarn und der Nahe Orient im Jahre 1875 . . . 7

A. Die Orientkrise und ihr Widerhall in den Volksvertretungen . 18

1. Die Stellung der Parteien zur offiziellen österreichischen Politik vom Beginn des Aufstandes bis zum Berliner Kongreß . . 18

2. Der Höhepunkt des Abwehrkampfes der Deutschliberalen, die Adreßdebatten und die Parlamentsverhandlungen über den Berliner Vertrag 69

Die Lage des Deutschtums der Donaumonarchie im Jahre 1908 . . 93

B. Die Haltung der Volksvertretungen während der Annexionskrise . 104

1. Der Standpunkt der parlamentarischen Parteien zu den südslawischen Unternehmungen der Monarchie, dem Projekt der Sandžakbahn und der Annexion Bosniens und der Herzegowina 104

2. Der äußere Ablauf des europäischen Konfliktes . . . 127

Wertung 130

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554006_0102

Problemstellung der Arbeit.

Die Bedeutung, die der Zerfall der Donaumonarchie im Rahmen der großdeutschen Geschichtsbetrachtung gewonnen hat, läßt die Ereignisse der letzten Jahrzehnte Österreich-Ungarns in einem neuen Licht erscheinen. Solange die Schatten des Zusammenbruchs von 1918 über Deutschland lagen, sah man auf reichsdeutscher Seite in jenem Abschnitt der österreichischen Geschichte vielfach nur den langsamen Auflösungsprozeß des Habsburgerreiches, dessen Auswirkungen schließlich den Verbündeten mit in das Verderben stürzten. Erst die innere und äußere Überwindung des Geistes von Versailles befähigt uns in dieser Epoche auch das Bleibende zu würdigen, nämlich jene Kräfte, die in zähem Kampf den deutschen Geist inmitten des morschen Nationalitätenstaates aufrechterhielten und den deutschen Charakter der Ostmark bis zum Tage der Verwirklichung der großdeutschen Idee bewahrten. Der Kampf des Deutschtums um seine Führerstellung und Selbstbehauptung zog sich durch die Nationalitäten-, Partei- und Klassenkämpfe der Donaumonarchie, ein Kampf, der umso heroischer war, als er von vorneherein gegen eine Übermacht und ohne jede Hilfe von außen geführt werden mußte.

Für die vorliegende Arbeit wurden aus der Geschichte dieser Abwehrbewegung zwei Ereignisse herausgegriffen, die die Lage des Deutschtums besonders entscheidend beeinflußten: Die innerpolitischen Auseinandersetzungen über die Okkupation und Annexion Bosniens und der Herzegowina. Im Rahmen der allgemeinen Stellungnahme der Parlamente Österreich-Ungarns soll die Haltung

der deutschen Parteien zur orientalischen Politik in den Jahren 1875 bis 1878 und 1908/09 aufgezeigt werden und insbesondere der durch Strukturveränderungen bedingte Wandel in ihrer Gesinnung zum Ausdruck kommen, wie ihn ein Vergleich zwischen 1878 und 1908 offenbart. Aus dieser Problemstellung erwächst auch die Berechtigung, zwei äußerlich durch einen Zeitraum von dreißig Jahren getrennte Ereignisse in engstem Zusammenhang zu bearbeiten.

Als Quellen wurden die Stenographischen Sitzungsprotokolle des österreichischen Reichsrates, des ungarischen Reichstages und der österreichisch-ungarischen Delegationen benützt, wobei Wiener Zeitungen und die einschlägige Literatur zur Ergänzung dienten.

Werke von jüdischen Autoren sind dabei infolge des Mangels an anderen Bearbeitungen nicht zu umgehen.

Österreich-Ungarn und der Nahe Orient im Jahre 1875.

Die außenpolitische Lage der Donaumonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde durch die Niederlagen von 1859 und 1866 bestimmt, die Österreich jeden Einfluß auf Italien und auf die weitere Gestaltung des deutschen Schicksals entzogen. Die kleindeutsche Reichsgründung bewies auch jenen Kreisen der Monarchie, die trotz allem an der traditionellen mitteleuropäischen Politik festhalten wollten[1]), daß der Verzicht auf die Vorherrschaft im deutschen Raum ein endgültiger sein mußte. Die Möglichkeit zu einer aktiven Außenpolitik bot sich dem Habsburger Reich von nun an nur im Osten und Süden, wo die Grenzen, den ungeklärten völkischen Verhältnissen entsprechend, noch in vollem Fluß waren. Die Orientpolitik, die man in Wien lange Zeit zu Gunsten der mitteleuropäischen Stellung vernachlässigt hatte, sollte daher neue Geltung gewinnen. Den Umschwung in der Führung der Auswärtigen Angelegenheiten kennzeichnete die im Jahre 1871 erfolgte Ernennung des Grafen Julius Andrássy zum Außenminister. Entschlossen begann dieser der Donaumonarchie auf dem Balkan eine neue Einflußsphäre zu schaffen und mit dem Deutschen Reich ein gutes Einvernehmen anzubahnen, Bemühungen, die durch das Zustandekommen des Dreikaiserverhältnisses einen ersten Erfolg erzielten. Im April 1873 wurde eine Konvention zwischen Deutschland und Rußland geschlossen, die der Schönbrunner Vertrag zwischen Rußland

[1]) Theodor von Sosnosky: „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866", Stuttgart 1913, Bd. I S. 96.

und Österreich ergänzte[2]) (6. Juni 1873). Neben anderen Bestimmungen enthielten sie die gegenseitige Verpflichtung der Vertragspartner, in allen Orientfragen gemeinsam vorzugehen. Noch vorteilhafter wurde die Lage der Donaumonarchie, als durch die Krieg-in-Sicht-Periode des Jahres 1875 die Beziehungen Deutschlands zum Zarenreich merklich an bindender Kraft verloren und damit der Tag nähergerückt schien, an dem der Einfluß des österreichfeindlichen Rußland auf die mitteleuropäische Mächtegruppierung zu Gunsten einer ausschließlichen Annäherung Deutschlands an das Habsburger Reich schwinden mußte.

Während die außenpolitischen Voraussetzungen für die österreichischen Orientaktionen der folgenden Jahre sich mithin ziemlich günstig gestalteten, waren die inneren Verhältnisse der Donaumonarchie so verworren als nur möglich. Das Sturmjahr 1848 hatte den Donaustaat in einen Strudel von Verfassungskämpfen und -Experimenten gestürzt, die sich jahrelang hinzogen und von einem Extrem ins andere führten, von der konstitutionellen Monarchie zum Absolutismus, vom strengsten Reichszentralismus eines Großösterreich zum Föderalismus der Kronländer. Ausschlaggebende Bedeutung gewann erst jenes Werk, das von 1867—1918 die Innenpolitik der Donaumonarchie beherrschte, der Ausgleich mit Ungarn[3]), den Kaiser Franz Joseph nach dem unglücklichen Ausgang des Bruderkrieges von 1866 als unumgänglich notwendig erkannt hatte.

Österreich und Ungarn waren von nun an zwei konstitutionelle, im Innern völlig unabhängige Staaten, deren Zusammengehörigkeit sich allein in der Person des Kaisers und Königs Franz Joseph verkörperte und außerdem in der gemeinsamen Außenpolitik und Wehrmacht in Erscheinung trat. Ebenso bildeten beide Länder eine Zoll- und Währungseinheit. Ein Ausgleich, dessen Erneuerung alle zehn Jahre durch Regierungsverhandlungen und Parlamentsbeschlüsse zu erfolgen hatte, sollte ihre gemeinsamen wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten regeln. Dieses neue dualistische System erforderte drei Regierungen, eine österreichische für Cisleithanien, eine ungarische für Transleithanien und ein Reichsministe-

[2]) Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914, Berlin 1922, Bd. I Nr. 127 und 129.

[3]) Dr. Wilhelm Schüssler: „Das Verfassungsproblem im Habsburger Reich", Stuttgart-Berlin 1918, S. 55—69.

rium, das die Ungarn und Österreich in gleicher Weise betreffenden Regierungsgeschäfte abzuwickeln hatte. Diesen Regierungen entsprechend gab es von nun an außer den 18 Landtagen auch 3 Parlamente, den Reichsrat in Wien, den Reichstag in Budapest und die österreichisch-ungarischen Delegationen, die aus den beiden parlamentarischen Körperschaften gewählt wurden.[4])

Der dualistische Ausgleich von 1867 bedeutete einen großen Einschnitt in der österreichischen Geschichte, war er doch der erste entscheidende Schlag gegen den deutschen Zentralismus, der jeden Einfluß der Deutschen auf das Land jenseits der Leitha brach. Während in Ungarn nun ein straffes Regiment begann, das rücksichtslos die Aufhebung der Militärgrenze verfügte, die Selbstverwaltung Siebenbürgens zerbrach und mit einer entschlossenen Magyarisierung der völkischen Minderheiten begann, konnten die Deutschen die Vorherrschaft in Cisleithanien nur noch etwa ein Jahrzehnt behaupten gegenüber den Tschechen, Kroaten, Serben, Slovenen, Italienern, Polen und Ruthenen, die ihre Ansprüche zur Geltung bringen wollten. Die parlamentarischen Parteien dieser Völkerstämme kannten nur ein Ziel: Durchsetzung der nationalen Belange.

Von 1848 bis zum Zusammenbruch teilten sich die Parteien der Habsburger Monarchie in zwei große Lager, Zentralisten und Föderalisten, oder wie sie sich nach dem 67er Ausgleich nannten, Verfassungstreue und Opposition[5]). Auf zentralistischer Seite standen die deutschliberalen Gruppen (deutsche Verfassungspartei) und die Demokraten, auf föderalistischer die Deutschklerikalen und die Vertreter der Nationalitäten.

Die deutsche Verfassungspartei, deren Träger das Großbürgertum und ein Teil des Adels waren, sah in Österreich nach wie vor den deutschen Staat des Vormärz und suchte sein deutsches Gepräge in den beginnenden Nationalitätenkämpfen um jeden Preis zu behaupten. Im Deutschtum erblickten sie das zur Führerrolle berufene Staatsvolk der Monarchie, das allerdings deshalb auch einen Teil seiner nationalen Wünsche den Bedürfnissen des Staates unter-

---

[4]) Dr. Ivan Žolger: „Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn", Leipzig 1911, S. 298 ff.

[5]) Josef Redlich: „Das österreichische Staats- und Reichsproblem", Leipzig 1920, S. 244 ff.

ordnen sollte. Als Mittel zur Vorherrschaft des Deutschtums bedienten sie sich des zentralistischen, vom Absolutismus überkommenen Systems, das allein die Gewähr bot, daß in den gemischtsprachigen Kronländern die Majorität der Slawen keine politische Bedeutung erlangen konnte. Dieser Einstellung entsprechend waren sie Gegner des Kronlandföderalismus, der die Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien und Krain den Slawen ausgeliefert hätte. Ähnlich verhielten sie sich aber auch zur Kirche, da eine Bevormundung des Staates durch diese internationale Macht ihren freiheitlichen Ideen nicht entsprach. Allerdings schuf sich die Verfassungspartei durch dieses Vorgehen drei mächtige Feinde, den Kaiser, bei dem sie wegen ihrer antiabsolutistischen Tendenzen unbeliebt war[6]), die Kirche und das Slawentum Österreichs, eine Übermacht, der sie schließlich erlag. Durch die Voranstellung der zentralistischen Idee hatten die Deutschliberalen lange Zeit auch die rein Deutschnationalen in ihre Reihen gefesselt, soweit diese überhaupt im Parlament vertreten waren[7]). Erstmals 1870, als ein schärferer nationaler Zug einen Teil der Deutschliberalen erfaßte, begannen sich die nationalen Elemente innerhalb der Verfassungspartei zu sammeln, wodurch es schließlich zu einer Trennung in „Junge" (Fortschrittsklub) und „Alte" (Klub der Linken) kam. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen beruhte auf einer verschiedenen Betonung des Nationalismus, die „Jungen" stellten die Nationalität über die Freiheit, während die „Alten" um Dr. Herbst die Ansicht vertraten, daß sich der Befähigste, in diesem Fall das Deutschtum, selbst durchsetzen müßte und den großösterreichischen Gedanken zu verwirklichen suchten[8]). In dieser Spaltung lagen die ersten Anzeichen einer Scheidung zwischen den liberalen und nationalen Tendenzen, wenn auch erstere noch stärker waren[9]). Neben dem Fortschrittsklub und dem Klub der Linken stand in der Verfassungspartei noch der Zentrumsklub, der infolge seiner Zusammensetzung aus Großgrundbesitzern mehr dem Feudaladel zuneigte.

---

[6]) Eduard von Wertheimer: „Graf Julius Andrássy, sein Leben und seine Zeit", Stuttgart 1913, Bd. I S. 551.

[7]) Paul Molisch: „Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie", Jena 1926, S. 81.

[8]) ebenda, S. 86.

[9]) ebenda, S. 85.

Die Demokraten des Wiener Parlaments spielten ihrer geringen Anzahl entsprechend fast keine Rolle; zu bemerken ist vielleicht, daß sie das Ziel verfolgten, allen Konfessionen und Völkern zur Gleichberechtigung zu verhelfen, ihr Deutschtum also nicht betonten.

Von entscheidender Bedeutung hingegen waren die Deutschklerikalen[11]), die schon in den Jahren vor der Okkupationskrise dank der unermüdlichen offenen und unterirdischen Arbeit der Bischöfe, unterstützt von den zu diesem Zweck gegründeten katholischen Kasinos stark an Boden gewonnen und die Liberalen aus manchen Landtagen der Kronländer völlig verdrängt hatten. Ihre Anhänger setzten sich vor allem aus dem feudalen konservativen Adel, der Geistlichkeit und dem nichtfreiheitlichen Bürgertum der deutschen Alpenländer zusammen. Nationale Interessen lagen ihnen vollkommen fern[12]), man sah sie daher im Parlament stets auf föderalistischer Seite in Koalition mit den Südslawen und mährischen Tschechen. Nachdem die kleindeutsche Reichsgründung ihre Hoffnung auf Bildung eines großen katholischen Blocks bis zum Rhein und Main zerstört hatte, arbeiteten sie mit um so größerer Hingabe an der Ausdehnung der politischen Machtstellung der Kirche in Österreich, wobei ihnen gewisse Hofkreise sehr weit entgegenkamen. Ihr Ziel war ein Österreich, in dem die Kirche die wichtigste Stütze der Monarchie sein sollte. Der christliche Ständestaat des Österreich der Nachkriegszeit mutet daher wie eine späte Verwirklichung der damaligen deutschklerikalen Träume an.

Diese Parteien, die Repräsentanten des deutschen Volkstums in Österreich, waren berufen, in die schweren innerpolitischen Auseinandersetzungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entscheidend einzugreifen. Der noch nach dem Privilegienwahlrecht gewählte Reichsrat in jener entscheidenden Session vom 4. 11. 1873 bis zum 16. 5. 1879 hatte folgende Zusammensetzung: 5 Wiener Demokraten, 57 Mitglieder des Liberalen Fortschrittsklubs, 88 Mitglieder des Klubs der Linken, 54 Mitglieder des Zentrumsklubs, 14 Ruthenen, 40 Angehörige der Rechtspartei (Deutschklerikale, Süd-

---

[10]) Paul Molisch a. a. O. S. 73.

[11]) Dr. V. Wiessner: „Einführung in die Deutschösterreichische Politik", Dresden-Leipzig 1910, S. 124.

[12]) Paul Molisch: a. a. O. S. 154/155.

slawen und mährische Tschechen), 3 liberale Slowenen, 49 Polen und 10 sogen. Wilde. Die 33 tschechischen Abgeordneten blieben dem Reichsrat aus Opposition fern[13]).

Alle österreichischen Verfassungs- und Parteifragen standen in engstem Zusammenhang mit dem Nationalitätenkampf, der sich seit 1848 durch die Geschichte der Donaumonarchie zog und das Gefüge des alten Reiches zu sprengen drohte. Er war das Grundübel, an dem dieser Staat litt und beeinflußte immer entscheidender alle innen- und außenpolitischen Ereignisse. Das Haus Habsburg, das inmitten dieser leidenschaftlichen Kämpfe stand, suchte durch Nachgiebigkeit seine eigene Machtstellung auf Kosten der Deutschen zu retten. Dies erklärt die Erbitterung, die sich des Deutschösterreichertums, das einst alle Macht besessen hatte, bemächtigte und forderte von ihm die schwerwiegende Entscheidung zwischen der Treue zum angestammten Herrscherhaus und der Verantwortung vor dem eigenen Volkstum. Den inneren Zwiespalt, der daraus für viele erwuchs, hatte es nicht gegeben, solange Österreich noch das Haupt des Deutschen Bundes war und hinter den zehn Millionen Deutschösterreichern wenigstens dem Namen nach die Millionen des übrigen Deutschland standen. Als aber dieser Rückhalt 1866 verlorenging, verlagerte sich der Schwerpunkt des Reiches ganz von selbst auf die aus Slawen und Ungarn bestehende Majorität der Bevölkerung. Der Ausgleich von 1867, dessen Rückwirkung auf das Deutschtum bereits geschildert wurde, zeigte zum erstenmal die Kursänderung der inneren Politik. Dieser Erfolg der Magyaren feuerte auch die Tschechen an, ihren Versuch von 1848 zu erneuern und wiederum die Verwirklichung des sogenannten böhmischen Staatsrechtes, d. h. die innere Unabhängigkeit eines vereinigten Königreiches Böhmen, Schlesien und Mähren zu verlangen, wobei ihnen eine Trias vorschwebte, in der die Länder der böhmischen Krone gleichberechtigt neben Österreich und Ungarn stehen sollten[14]). In diesen Bemühungen kam ihnen der Umstand zu Hilfe, daß der Wiener Hof, der nach dem Ausgleich mit Ungarn auch in Cisleithanien Beruhigung schaffen wollte, das deutsche Element der Monarchie

---

[13]) Georg Herwig (Eduard Pichl): „Georg Ritter von Schönerer und die Entwicklung des Alldeutschtums in der Ostmark", Wien 1923, Bd. I S. 28.

[14]) Gustav Kolmer: „Parlament und Verfassung in Österreich", Wien und Leipzig 1903, Bd. I S. 347: Tschechische Deklaration vom 22. 8. 1868.

immer mehr als störend, ja sogar als staatsfeindlich zu empfinden begann, seitdem es die Gründung des kleindeutschen Reiches mit solchem Jubel begrüßt hatte. Die Regierung beobachtete diese Regungen mit größtem Mißtrauen und wurde dadurch nur in ihrer Tendenz bestärkt, sich immer mehr auf jene Nationalitäten zu stützen, die dem deutschen Volkstum gleichfalls in Opposition gegenüberstanden.

Schon 1871 erfolgte unter dem föderalistischen Ministerium Hohenwart der erste derartige Versuch in Gestalt eines dem böhmischen Landesparlament vorgelegten Nationalitätengesetzes[15]), das unter dem Motto, den Tschechen und Deutschen in Böhmen gleiches Recht auf Wahrung ihrer nationalen Eigenart und besonders der Sprache zuzusichern, die Tschechisierung der Beamtenschaft im deutschen Gebiet betrieben hätte. Jeder Beamte und jeder Richter auch in den rein deutschen Landesteilen sollte in Zukunft beider Sprachen mächtig sein, der Landtag in nationale Kurien eingeteilt werden. Zugleich unterbreitete die Regierung dem Prager Landtag die sogen. Fundamentalartikel[16]), die Böhmens Losreißung aus dem engeren Staatsverband und damit die Preisgabe der deutschen Minderheit an die Tschechen bedeutet hätten. Der entschlossene Widerstand des Deutschtums der ganzen Monarchie erreichte zwar die Aufhebung dieser Verordnung, doch war der Kampf um Böhmen dadurch keineswegs beendigt, wachsende Erbitterung ließ im Gegenteil die Kluft zwischen den Volksgruppen immer tiefer werden. Die Veröffentlichung der Fundamentalartikel hatte den Deutschböhmen mit furchtbarer Deutlichkeit das Schicksal gezeigt, das ihrer harrte, wenn ihnen in den kommenden Auseinandersetzungen keine nationalen Schutzmaßnahmen zur Seite stehen würden[17]). In Verbindung mit den alpenländischen Deutschnationalen suchten sie von da ab in der Verfassungspartei stärkeren Einfluß zu gewinnen. Erst als ihnen von dieser Seite keine Hilfe zuteil wurde, obwohl der Kaiser nach dem Sturze Hohenwarts die Macht noch einmal in die Hände der Verfassungspartei gelegt hatte, begann in Böhmen der radikale Nationalismus der Deutschen immer

---

[15]) Walter Rogge: „Österreich von Világos bis zur Gegenwart", Leipzig und Wien 1873, Bd. III S. 458/59.

[16]) Ebenda: Bd. III S. 467.

[17]) Paul Molisch: a. a. O. S. 83.

stärker zu werden, man wandte sich von Wien ab und hoffte jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle Unterstützung zu finden[18]).

Wenn auch Böhmen in der Geschichte des Nationalitätenkampfes an erster Stelle stand, so war es doch keineswegs das einzige umkämpfte Kronland. In Krain, in Welschtirol und im Küstenland ging ebenfalls ein erbittertes Ringen um den Gebrauch der Sprache in Schule und Amt, um die Zusammensetzung der Beamtenschaft und die Wahl der Abgeordneten. Die Deutschen dieser Länder wurden ebenso wie die Ungarns dem Schicksal der Entnationalisierung und Angleichung überlassen. Überall befand sich das Deutschtum im Rückzug, überall mußte es seine Stellung verteidigen. Den entscheidenden Anstoß aber zur Beseitigung der Herrschaft der deutschen Verfassungspartei über Cisleithanien und damit des letzten Hortes des deutschen Zentralismus, gab die Orientkrise, die im Jahre 1875 im politischen Leben der Monarchie eine ausschlaggebende Rolle zu spielen begann.

In den europäischen Provinzen der Türkei, die durch die schlechte Verwaltung ein Bild der Verwahrlosung boten, waren seit Beginn des 19. Jahrhunderts Unabhängigkeitsbestrebungen im Gange, deren Ursprung in den entsetzlichen Lebensbedingungen der christlichen Bauernbevölkerung lag[19]). Besonders Bosnien und die Herzegowina waren ständige Unruheherde, von denen eine Aufstandswelle nach der anderen ihren Ausgang nahm. Je drückender sich die Verhältnisse in den beiden Provinzen gestalteten, desto eher konnten sich Einflüsse von außen geltend machen. Panslawistische Ideen, die die Agenten Rußlands, Serbiens und Montenegros verbreiteten, fanden ebenso Anhänger, wie die Gedankengänge der Südslawen Österreichs. Letztere standen mit voller Sympathie auf der Seite der Bosniaken und Herzegovcen und wünschten lebhaft ein Eingreifen Österreichs zu Gunsten ihrer Stammesbrüder. Abgesehen von allgemeinen nationalen Gefühlen sahen sie darin einen Weg zur Vermehrung des südslawischen Volkstums und dementsprechend auch der südslawischen Machtstellung in der Monar-

---

[18]) Siehe die Rede Schönerers im österreichischen Abgeordnetenhaus am 21. Febr. 1876. 187. Sitzung der VIII. Session 5./6. Protokollbd., Wien 1876.

[19]) Carl Ritter von Sax: „Geschichte des Machtverfalls der Türkei bis Ende des 19. Jahrhunderts und die Phasen der orientalischen Frage bis auf die Gegenwart", Wien 1908, S. 399.

chie, wodurch ihnen die Verwirklichung des illyrischen Reiches in greifbare Nähe gerückt schien[20]).

Mit diesem Wunsch nach Erwerbung Bosniens und der Herzegowina standen die Südslawen jedoch nicht allein, sie erfreuten sich vielmehr bei Hofe eines großen Anhangs, vor allem beim Militär, nicht zuletzt aber beim Kaiser selbst. Schon Radetzky[21]) und Tegetthoff[22]) hatten die Besitzergreifung dieser Provinzen im Hinblick auf die militärische Lage des Küstenstreifens, der sich in österreichischer Hand befand, als erstrebenswert bezeichnet. Seit dem Verlust der italienischen Besitzungen war Dalmatien der einzige Stützpunkt für die österreichische Mittelmeerflotte: sein Verlust hätte die Monarchie zum Binnenstaat herabsinken lassen und ihrer Großmachtstellung beraubt. Man hatte sich daher in militärischen Kreisen mit dem Gedanken an eine Annexion des Hinterlandes der dalmatinischen Küste vertraut gemacht und wartete nur auf eine günstige Gelegenheit um sie durchzuführen. Die Vorbereitungen für diese Unternehmung waren schon seit geraumer Zeit getroffen, Karten und topographische Skizzen befanden sich im Besitz des österreichischen Generalstabes[23]). Daneben bemühte man sich, heimlich den Boden in den beiden Provinzen für dieses Ereignis vorzubereiten, indem man die Sympathien der dortigen Bevölkerung für Österreich nährte[24]). Kaiser Franz Joseph billigte die Pläne seiner Generäle vollkommen, da es ihm notwendig erschien, im Orient dem Ansehen der Monarchie etwas von dem zurückzuerobern, was ihm in Deutschland und Italien verloren gegangen war. Überlegungen wegen der Stammeszugehörigkeit der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina spielten für ihn, einen Monarchen der alten Schule und den Beherrscher eines Vielvölkerreiches, keine Rolle. Auch war er dank seiner Erziehung mehr Soldat als Staatsmann[25]) und legte daher größeren Wert auf die Sicherung der strategischen Lage Österreichs am Mittelmeer als auf innerpolitische Erwägungen. Aus

[20]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. I S. 171.

[21]) Ebenda, Bd. I S. 289: Denkschrift des Feldmarschalls Grafen Radetzky vom 30. 8. 1856.

[22]) Aus Wilh. v. Tegetthoffs Nachlaß herausg. von Adolf Beer, Wien 1882, S. 78.

[23]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. II S. 257: Bericht vom 28. 1. 1875 aus Prag nach Berlin.

[24]) Josef Redlich: „Kaiser Franz Joseph", Berlin 1928, S. 347.

[25]) Ebenda, S. 33.

diesen Gründen unternahm der Kaiser, beeinflußt von den Militärs, an deren Spitze F. Z. M. Rodich, der Statthalter von Dalmatien stand[26]), im Jahre 1875 jene verhängnisvolle Besichtigungsreise nach Dalmatien, die der verantwortliche Außenminister Graf Julius Andrássy nicht in vollem Maße gebilligt haben soll. Dieser glaubte, wie alle Eingeweihten, daß die Reise den Ausbruch eines Aufstandes in den benachbarten Gebieten und als dessen Folgen eine Umwälzung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Balkans auslösen würde. Für die Donaumonarchie aber gab es seiner Meinung nach in diesem Falle nur zwei Möglichkeiten, entweder mußten Bosnien und die Herzegowina bei der Türkei bleiben oder zu Österreich kommen. Eine Vergrößerung Serbiens und Montenegros oder die Bildung eines autonomen Staates aus den beiden Provinzen hätten nach seiner Anschauung auf die Südslawen der Monarchie eine zu unheilvolle Anziehung ausgeübt[27]). Das Habsburgerreich konnte nicht gleichgültig zur Seite stehen, wenn die Orientfrage einmal aufgerollt wurde, handelte es sich doch um seine eigensten Interessen. Bei der Rivalität mit Rußland aber war die Möglichkeit unabsehbarer Verwicklungen gegeben, so daß eine ablehnende Haltung Andrássys immerhin begründet gewesen wäre. Am 9. Juli 1875 flammte tatsächlich die Erhebung in Bosnien und der Herzegowina auf, da die Bevölkerung durch die Reise Kaiser Franz Josephs in ihrem Glauben an die Unterstützung durch Österreich bestärkt worden war[28]). Sie leitete ein neues Kapitel der Geschichte des nahen Orients ein. Andrássys Politik in den nun folgenden Jahren hatte wohl anfänglich das Ziel, solange als möglich den status quo aufrecht zu erhalten. Als sich dies aber nicht ohne seine Schuld als undurchführbar erwies, trachtete der Außenminister in voller Übereinstimmung mit dem Kaiser danach, der Monarchie den von der Krone erwünschten Gebiets- und Machtzuwachs zu verschaffen. Während man in den militärischen Kreisen Österreichs an sofortiges Eingreifen dachte, verhielt sich der Außenminister abwartend, da er sein Ziel ohne bewaffnete Intervention erreichen wollte, und gab

---

[26]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. II S. 257: Milit. Bericht des Grafen Keller, Wien 16. 11. 1876.

[27]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. I S. 142.

[28]) Anton Frhr. von Mollinary: „46 Jahre im österr.-ungar. Heer", 1833—1879, Zürich 1906, Bd. II S. 281/282.

der Hoffnung Ausdruck, daß die Türkei selbst der Revolte Herr werden würde: Österreich wünsche nur die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf dem Balkan[29]). Damit handelte er jedoch den Tendenzen des Zaren und seines Außenministers Gorčakov gerade entgegen, denn diese erwarteten nichts sehnlicher als den baldigen Zusammenbruch der Pforte, um ihre Verluste aus dem Krimkrieg wieder ausgleichen und die Früchte der langjährigen Agentenarbeit auf dem Balkan ernten zu können. Gorčakov versuchte deshalb Andrássy auf irgendeine Weise in das Schlepptau der russischen Politik zu nehmen, hatte aber wenig Erfolg und mußte schließlich Wien als „Zentrum der Verständigung" anerkennen. Dort einigten sich Deutschland, Österreich und Rußland auf ein parallel laufendes Vorgehen ihrer Konsuln, die die Insurgenten zur friedlichen Schlichtung des Streites bewegen sollten[30]). Das Unternehmen verlief aber ergebnislos, da die Aufständischen infolge der heimlichen Begünstigung durch die panslawistische Strömung in Rußland und der Unterstützung, die ihnen aus den südslawischen Provinzen Österreichs zuteil wurde, keinen aufrichtigen Willen zur Versöhnung hatten. Die Verhältnisse auf dem Balkan gestalteten sich immer verwickelter, Rodich, der Statthalter von Dalmatien, drängte auf sofortige Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich und wollte zu diesem Zweck mit Montenegro gemeinsame Sache machen[31]), Serbien drohte mit Waffengewalt einzuschreiten und dazu konnte Rußlands Feindschaft jede Minute hervorbrechen. Den einzigen Rückhalt in dieser schwierigen Lage fand der österreichische Außenminister an Deutschland, das einen Konflikt zwischen den beiden ihm befreundeten Staaten, wenn irgend möglich, vermeiden wollte.

---

[29]) Rotbuch, 16. Juni 1873—31. Mai 1877, Aktenstücke aus den Korrespondenzen des k. u. k. gemeinsamen Ministeriums des Äußern über orientalische Angelegenheiten, S. 97. Andrássy an Frhr. v. Herbert in Konstantinopel, Wien 10. 7. 1875.

[30]) Rotbuch S. 99: Le comte Andrássy au comte Zichy à Constantinople. Vienne, le 7 août 1875.

[31]) Denkschrift des F. Z. M. Baron Rodich für den Kriegsminister Baron Koller. Zara, 10. 8. 1875, ungedruckt, zit. bei E. Wertheimer, a. a. O. Bd. II S. 267.

A. Die Orientkrise und ihr Widerhall in den Volksvertretungen.

1. Die Stellung der Parteien zur offiziellen österreichischen Politik vom Beginn des Aufstandes bis zum Berliner Kongreß.

Der anfangs wenig beachtete Aufstand in Bosnien und der Herzegowina hatte sich zu einer Frage von europäischer Bedeutung entwickelt, der die Parlamente der Großmächte allmählich ebenso ihre Aufmerksamkeit zuwandten wie die Kabinette. Seit im Juli 1875 der Aufstand ausgebrochen war, hatte die Volksvertretung Österreich-Ungarns noch keine Gelegenheit gefunden, den Außenminister über die Ereignisse an der Südostgrenze zu interpellieren, da weder der Reichsrat noch die Delegationen tagten. Erst am 21. September 1875 traten die Delegationen zur VIII. Session in Wien zusammen. Im Rahmen des Finanzausschusses wurde Graf Andrássy um eine eingehende Auseinandersetzung der politischen Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihrer Beziehungen zu den übrigen Mächten ersucht. Man erwartete seine Darlegungen mit um so größerer Spannung, als in diesem Jahr den Delegationen das sogen. Rotbuch, eine Sammlung diplomatischer Korrespondenzen, nicht vorgelegt worden war. Die Erklärungen, die Andrássy abgab, bewegten sich aber durchaus auf dem Boden allgemeiner Redensarten. Er bezeichnete als leitende Gesichtspunkte seiner Politik die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, die

Wahrung der Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie und das Bestreben, soweit es rechtlich und vertragsmäßig zulässig sei, dahin zu wirken, daß ähnliche Vorkommnisse sich nicht so leicht wiederholten[32]). Der Finanzausschuß gab sich damit zufrieden, und nur der Delegierte Teuschl aus Görz wagte es, in der Generaldebatte über den Teilvoranschlag des Außenministeriums die Handlungsweise Andrássys zu kritisieren, wobei er bereits die Möglichkeit andeutete, daß dieser allmählich die Außenpolitik gänzlich der Kontrolle der Delegationen entziehen könnte. Er wies auf die allgemeine Beunruhigung der Bevölkerung über die gegenwärtige Lage hin und sprach die Hoffnung aus, daß es außerhalb der Konzeption der Regierung liegen möge, eine Verschiebung und Umwälzung der Grenzverhältnisse zu veranlassen. Am Schlusse fragte er den Außenminister, ob die Vorlage der diplomatischen Korrespondenz in Zukunft voraussichtlich wieder erfolge und ob die Beziehungen Österreichs zu den Mächten Europas mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Ereignisse in den Nachbarstaaten an der südöstlichen Grenze derart beschaffen seien, daß der allgemeine Friede nach menschlicher Voraussicht erhalten werde. Andrássys Antwort besagte nicht viel, er erklärte, daß das Erscheinen eines Rotbuches unter gewissen Verhältnissen nur schädlich sei und daß er nicht wüßte, warum er den Frieden für gefährdet ansehen sollte[33]). Auch eine Interpellation des Delegierten Wolfrum, ob Andrássy einen Gebietszuwachs beabsichtige, wurde vom Außenminister am 10. Oktober 1875 im verneinenden Sinn beantwortet[34]).

Damals bereits begann Graf Andrássy die Volksvertretung und die gesamte Öffentlichkeit Österreich-Ungarns über seine wahren Absichten in die Irre zu führen und gerade das vorzubereiten, was von der Mehrzahl der deutschen und magyarischen Bevölkerung auf das Entschiedenste abgelehnt wurde. Anhänger seines Vorgehens fand er in den Reihen der Feudalen, Klerikalen und Slawen, die sich in dem Bestreben vereinigten, die der Krone erwünschte

---

[32]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, Wien 1875, VIII. Session, 3. Sitzung am 7. Oktober 1875, Anhang 4: Bericht des Finanzausschusses der Delegation des Reichsrates über den Teilvoranschlag des Ministeriums des Äußern für das Verwaltungsjahr 1876.

[33]) Ebenda, 3. Sitzung am 7. Oktober 1875.

[34]) Gustav Kolmer: a. a. O. Bd. II S. 358.

Politik zu befürworten. Eigentümlich berührt es, daß schon damals tschechische Blätter Nachrichten von dem Sturz der Deutschliberalen und von einem kommenden Ministerium Taaffe verbreiteten, die nicht zum Schweigen kommen wollten[35]). Der Verdacht liegt nahe, daß der Widerstand gegen die Okkupation nur den äußeren Anlaß bildete, der den von oben seit geraumer Zeit beschlossenen Sturz der deutschen Verfassungspartei besiegelte. Anfangs wurde diese drohende Gefahr in den Kreisen der Verfassungstreuen nicht erkannt, man glaubte, die Politik Andrássys, die offizielle Politik, stehe im Gegensatz zu der der ultramontan-feudal-slawischen Partei[36]) und vertrete unter dem Schleier des Geheimnisses doch die Interessen des Deutschtums. Erst allmählich konnte sich die richtige Auffassung durchsetzen. Dann aber begann der Kampf gegen die Politik Andrássys, der im Reichsrat, in den Delegationen und der Presse bis zum bitteren Ende durchgeführt wurde. Die Rechtspartei und die offiziellen Blätter hingegen übernahmen ihre Verteidigung und richteten heftige Angriffe gegen die deutsche Verfassungspartei und ihre Gefolgschaft. Man bezichtigte die „Neue Freie Presse" wegen ihrer antirussischen Haltung sogar der Bestechung durch die Türkei, obwohl sie nur der Anschauung des national bewußten Deutschtums Ausdruck verlieh. Wie klar sich die Deutschösterreicher über die Folgen waren, die eine Annexion nach sich ziehen mußte, wird am besten durch den Schlußsatz eines Artikels der „Neuen Freien Presse" veranschaulicht: „Ein Österreich, in dem statt der Deutschen und Magyaren die Slawen die Oberhand hätten, ein Österreich, das bosnische Volksvertreter in Wien beherbergte, oder gar in den Absolutismus zurückfiele, könnte nimmermehr Deutschlands Freund und Verbündeter sein."[37])

Die diplomatischen Unterhandlungen über Bosnien und die Herzegowina erlitten keine Unterbrechung. Noch einmal unternahm der österreichische Außenminister einen Schritt zur friedlichen Lösung im Sinne des status quo, wenngleich er die feste Überzeugung

---

[35]) Neue Freie Presse, 7. Februar 1876.

[36]) Ebenda, 15. April 1876.

[37]) Ebenda, 18. Januar 1876. Es ist bezeichnend für die damalige Zeit, daß dieser Artikel von einem Juden geschrieben wurde. Laut Auskunft des Reichsinstituts für Judenforschung war Michael Etienne, der damalige Schriftleiter der Neuen Freien Presse, Jude.

hatte, daß auch dieser ergebnislos verlaufen würde. Am 30. Dezember 1875 ließ er in Konstantinopel eine Reformnote überreichen[38]), obwohl ihm die türkische Regierung, die davon Kenntnis erhalten hatte, am 12. Dezember 1875 durch einen kaiserlichen Ferman zuvorgekommen war. Der Erlaß der Pforte enthielt zwar nur leere Versprechungen, erfüllte aber insoferne seinen Zweck, als er die diplomatische Aktion Andrássys zum Scheitern verurteilte. Die Verhandlungen der europäischen Kommissare in Bosnien und der Herzegowina zogen sich noch eine Weile hin, bis endlich im April 1876 ihre Fruchtlosigkeit durch das erneute Ausbrechen des Aufstandes erwiesen wurde. „Es tritt immer deutlicher zu Tage, daß die eigentliche Wirkung der offiziellen Pazifikationsbemühungen nicht in der Beschwichtigung des Aufstandes, sondern in der täglich unseliger sich gestaltenden Verwirrung aller orientalischen Verhältnisse besteht", schrieb die „Neue Freie Presse"[39]). Auch die Donaumonarchie konnte von dem Vorwurf der Mitschuld an diesem Mißerfolg nicht freigesprochen werden. Berichte von der weitgehenden Bevorzugung der Insurgenten in Dalmatien durch den österreichischen Statthalter Baron Rodich[40]) bezeugten die Richtigkeit der Behauptungen der türkischen und italienischen Presse, die darin übereinstimmten, daß die Aufständischen aus Österreich mindestens ebensoviel Lebensmittel und Material bezogen wie aus Montenegro[41]). Obwohl man darüber Nachrichten verbreitete, daß dies nur geschehe, um die Türkei der Annahme der österreichischen Vorschläge geneigter zu machen, war die Tendenz dieser Handlungsweise dennoch klar, zumal wenn man daneben die Annexionsgerüchte in Betracht zog, die immer wieder in ausländischen Zeitungen, der „Times", dem „Journal des Débats" und der „Berliner Kreuzzeitung" auftauchten. Besonders als im April 1876 die Erfolglosigkeit der österreichischen Reformnote aller Welt offenbar wurde, häuften sich im Ausland die sichtlich aus der Donaumonarchie stammenden Artikel über die bevorstehende Okkupation Bosniens und der Herzegowina, die als „Erfüllung einer neuen Friedensmission" gepriesen und von den offiziösen Organen Österreichs mit unverkennbarer

---

[38]) G. Fr. de Martens: Nouveau Recueil général de Traités II. Serie T. III p. 1.
[39]) Neue Freie Presse, 12. April 1876.
[40]) Ebenda, 26. Januar 1876.
[41]) Ebenda, 4. Februar 1876.

Genugtuung zur Kenntnis genommen und in der Monarchie verbreitet wurden[42]). Auf dem Weg über eine bezahlte ausländische Presse wollte man das Volk mit den Gedankengängen der offiziellen Politik vertraut machen, da man es angesichts des heftigen Widerstandes der Deutschen nicht wagte, offen zu handeln.

Neben Österreich hatte sich in gleicher Weise Rußland an den Bemühungen zur Vereitelung der Befriedung Bosniens und der Herzegowina beteiligt, wenn es auch diese Tätigkeit nach außen ebenso sorgfältig zu verbergen suchte wie die Donaumonarchie. Wohl gerade deshalb übernahm das russische Kabinett die Leitung eines weiteren Versöhnungsversuches und berief die drei maßgebenden Staatsmänner zu einer Konferenz nach Berlin. Andrássy geriet hierbei in große Schwierigkeiten, da gerade in jenen Tagen die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn liefen und ständig ihr Scheitern zu befürchten war, die Monarchie aber stark und einig erscheinen sollte. Erst am 2. Mai 1876 gelang es in den sogen. Maistipulationen ein Abkommen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Koloman Tisza zu erzielen[43]), so daß Andrássy beruhigt die Reise nach Berlin antreten konnte. Am 12. Mai 1876 kam dort zwischen Bismarck, Andrássy und Gorčakov eine Verständigung, das Berliner Memorandum[44]), zustande, als dessen Ziel die Pazifikation Bosniens und der Herzegowina genannt wurde. Rußland führte die Aktion in der festen Überzeugung, daß auch sie wiederum scheitern und dann endlich die Zeit zu schärferem Eingreifen gekommen sein würde. Andrássy hingegen trat etwas in den Hintergrund, um der Öffentlichkeit der österreichischen Monarchie zu zeigen, daß auch Gorčakovs Bemühungen um eine friedliche Lösung kein besserer Erfolg beschieden sein werde als seiner Reformnote vom Dezember 1875.

Die Orientfrage beschäftigte in steigendem Maße alle politisch interessierten Kreise Österreichs und stand daher auch im Mittelpunkt der Delegationsdebatten, die mit der Eröffnung der IX. Session begonnen hatten. Die Begrüßungsansprache des Präsidenten Dr. Rechbauer trug der allgemeinen Anschauung der deutschen und magyarischen Bevölkerung Rechnung, als sie jede Politik der direkten Einmischung, jede Intervention und Okkupation entschie-

[42]) Neue Freie Presse, 25. April 1876.
[43]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. II S. 283/284.
[44]) de Martens: a. a. O. T. III p. 12.

den verurteilte[45]). Die Antwort des Kaisers sollte beruhigend wirken, konnte es aber doch nicht verhindern, daß die politische Lage einige Tage später im Budgetausschuß der österreichischen Delegation einer allgemeinen Kritik unterzogen wurde[46]). Die Hauptrepräsentanten der deutschliberalen Partei Dr. Herbst, Dr. Giskra und Dr. Kuranda befragten Graf Andrássy über den Inhalt der Berliner Verhandlungen, konnten aber aus seiner Antwort trotz deren Länge nur wenig Neues entnehmen. Die Berliner Zusammenkunft, erklärte der Außenminister, hätte nur den Zweck gehabt, sich in Zukunft von „Fall zu Fall" zu verständigen und einen status quo amélioré zu schaffen. Eine Okkupation wäre nie sein Ziel gewesen, da sich nach ihrer Beendigung die Schwierigkeiten nur noch unüberwindlicher gestalten müßten. Diese spärlichen Mitteilungen befriedigten jedoch die Delegierten keineswegs. Es zeigte sich vielmehr bei dem Bericht des Budgetausschusses über den Teilvoranschlag des Ministeriums des Äußern vor dem Plenum der Delegationen[47]), daß man den Beteuerungen Andrássys nicht mehr vollen Glauben schenkte und das zu erfassen suchte, was sich hinter der Maske der Politik der Nichteinmischung verbarg. Die Sprecher der Linken, Dr. Kuranda, Dr. Giskra, Dr. Sturm und Ritter von Oppenheimer traten auf das Entschiedenste für eine aufrichtige Politik der absoluten Nichteinmischung ein und wünschten ein festes Programm der Regierung vorgelegt zu bekommen. Sie wollten die Türkei als einen für die Monarchie ungefährlichen Nachbarn erhalten wissen und forderten lediglich die Herstellung besser Zustände im Nahen Orient. Jeden Gedanken an eine Grenzverschiebung und Annexion wiesen sie im Namen des größten Teiles der Bevölkerung weit von sich, da sie die Gefahren voraussahen, die den deutschösterreichischen Interessen sowohl in nationaler als auch in parteipolitischer Hinsicht von einer weiteren Vermehrung des slawischen Elements drohten. Darüber täuschte sie auch das lockende Bild von den zivilisatorischen Aufgaben des Deutschtums im Osten nicht hinweg, das

---

[45]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, Wien 1876, IX. Session, 1. Sitzung am 15. Mai 1876.

[46]) Wiener Zeitung, 21. Mai 1876: 7. Sitzung des Budgetausschusses der reichsrätlichen Delegation. Von diesen Ausschußsitzungen wurden keine Protokolle angefertigt. Es erschienen nur Auszüge in der amtl. Wiener Zeitung.

[47]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, IX. Session, 4. Sitzung vom 24. Mai 1876.

die Deutschklerikalen, repräsentiert durch Lienbacher, als das wahre Lebensprinzip Österreichs priesen. Diese mißbrauchten die Kolonisationsidee, um für eine möglichst weitgehende Annexion eintreten und unter diesem Deckmantel die politische Macht der Kirche ausdehnen zu können. Die Anschauungen der Klerikalen fanden den lebhaftesten Widerhall bei den Slawen, die in der Annexion den vorgezeichneten Weg sahen, zum zahlenmäßig stärksten Volk der Monarchie aufzusteigen und das großserbische Reich vorzubereiten. Niemand konnte bezweifeln, daß die Annexion zweier weiterer slawischer Provinzen eine völlige Umwälzung der staatlichen Verhältnisse und eine empfindliche Störung des Gleichgewichts zwischen Österreich und Ungarn herbeiführen müßte. Dies war neben dem nationalen Gesichtspunkt auch einer der Hauptgründe, der die Deutschliberalen zur Verwerfung der Annexion bestimmte, wozu dann außerdem die Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse trat, die man nicht noch durch zwei verwahrloste türkische Provinzen belasten wollte. Österreich besaß ja ohnehin genug passive Länder.

Zwischen diesen beiden in ihren Anschauungen durchaus gegensätzlichen Gruppen stand eine dritte, deren politische Überzeugung Dr. Ritter von Demel zum Ausdruck brachte, als er zwar die Annexion als schädlich für das Deutschtum anerkannte, trotzdem aber von dem Ministerium, dem er überdies ein volles Vertrauensvotum aussprach, nicht absolute Passivität verlangen zu können glaubte[48]). Diese kleine Schar der Deutschliberalen vermochte nicht sich zu einer eindeutigen Haltung zu entschließen, sie schwankte zwischen beiden Gruppen hin und her und zeigte sich gewillt, im äußersten Falle die Interessen des Volkstums denen des Gesamtstaates zum Opfer zu bringen.

Dr. Herbst, der Führer der verfassungstreuen Klubs, nahm äußerlich eine ähnliche Stellung ein wie Dr. Ritter von Demel, wenigstens soweit es das Vertrauensvotum für Andrássy betraf. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit den Zielen der österreichischen Politik, wie sie der Außenminister im Budgetausschuß dargelegt hatte, und erklärte, daß diese, die Aufrechterhaltung des Friedens und eines möglichst verbesserten status quo, ihm, dem Ausschuß und der gesamten Delegation volle Befriedigung gewährt hätten. In der Tat

[48]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, IX. Session, Wien 1876, 4. Sitzung, 24. Mai 1876.

wäre es niemandem eingefallen, Andrássys Beteuerungen zu mißtrauen und seine Politik zu verdächtigen, wenn nicht immer wieder Annexionsgerüchte die Bevölkerung beunruhigt und bei der südslawischen und klerikalen Presse lebhaften Beifall gefunden hätten. Das „Wiener Vaterland"[49]), daneben aber auch die „Wehrzeitung" und die „Tagespresse" beschäftigten sich häufig mit der Forderung nach Okkupation und enthüllten dadurch das wahre Gesicht der offiziellen Politik. Dr. Herbst als Haupt der Regierungspartei konnte aber, obwohl er innerlich davon überzeugt war, daß auch die Regierung die Annexion wünsche, den Außenminister nicht wie seine weniger im Mittelpunkt des Interesses stehenden Parteigenossen öffentlich einer inkonstitutionellen Handlungsweise bezichtigen ohne dafür eindeutige Beweise zu haben. Deshalb trug er eine verhältnismäßig neutrale Haltung zur Schau und gab Andrássy dadurch die Möglichkeit sich der peinlichen Lage zu entziehen. Trotzdem verstand auch Dr. Herbst es, deutlich seine Meinung über eine Annexion zum Ausdruck zu bringen und den Außenminister zu warnen, indem er sich gegen jene Redner wandte, die mit den politischen Zielpunkten der Regierung unzufrieden waren und, wie er sich vorsichtig ausdrückte, „eine bestimmte Eventualität als wünschenswert in Aussicht nahmen". Die Schlußworte des Grafen Andrássy bewegten sich in den gewohnten Bahnen. Er erklärte, daß er sich einen Minister mit einem festen Programm gegenüber stündlich wechselnden und unberechenbaren Ereignissen nicht denken könne und entwickelte noch einmal die Ziele seiner Politik. Mehr als solche allgemeine Versicherungen sollten weder die Delegationen noch der Reichsrat in den beiden nächsten Jahren von ihm erhalten, bis der europäische Kongreß Österreich das Mandat zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina übertrug.

Auch in der ungarischen Delegation hatten sich ähnliche Vorgänge abgespielt, wenngleich dort die Auseinandersetzungen nicht diese Heftigkeit erreichten, da die Aufschlüsse, die man ihr zukommen ließ, immer einen Ton beruhigender und entgegenkommender gehalten waren als jene, die die österreichische Delegation erhielt. Dies ist leicht erklärlich: Als Ungar konnte Graf Andrássy nicht

[49]) Richard Charmatz: Österreichs innere Geschichte von 1848—1895. II: Der Kampf der Nationen. Leipzig-Berlin 1918, Aus Natur und Geisteswelt Bd. 652 S. 25.

wünschen, daß auch seine Landsleute in derart scharfen Gegensatz zur Krone gerieten wie die Regierungspartei Cisleithaniens. Das Exposé, das er am 23. Mai 1876 dem ungarischen Subkomitee für Auswärtige Angelegenheiten vorlegte[50]), war zwar im allgemeinen dem des österreichischen Ausschusses ähnlich, unterschied sich aber doch durch einige wichtige Ausführungen. So hieß es z. B. nicht, man werde sich in Zukunft von „Fall zu Fall" verständigen, worüber sich die österreichischen Delegierten am meisten entrüstet hatten, sondern man sei in Berlin zu einer „perfekten Einigung" gekommen. Ebenso gab Andrássy bekannt, daß ihm wohl die Okkupation angeboten worden sei, daß er sich aber dagegen ausgesprochen hätte. Trotzdem richtete am 27. Mai Zsedényi eine Interpellation an den Außenminister über das Verhältnis der Monarchie zur orientalischen Frage[51]). Sie galt den Zielen und Wegen der österreichischen Außenpolitik und wollte wissen, ob außerordentliche Maßregeln für nötig erachtet würden, um dem Aufstand ein Ende zu machen. Andrássy antwortete nicht sofort, sondern wies ohne jede Spur von jener Gereiztheit, die seine Antworten in der österreichischen Delegation gekennzeichnet hatte, darauf hin, daß dies bei dem Umfang des Fragenkomplexes kaum möglich sein werde[52]). Die Debatte bei der Vorlage des Berichtes des Budgetausschusses am 31. Mai 1876 verlief ziemlich ruhig und bestand fast ausschließlich aus dem Bericht des Referenten Dr. Max Falk, des Schriftleiters vom „Pester Lloyd", der sich lange Zeit hindurch für Andrássys Politik einsetzte. Er war von dem festen Glauben beseelt, daß die Regierung keine Annexion wünsche und kam zu dem Schluß, daß die Delegation am besten alles Graf Andrássy überlasse[53]). Es war daher nicht zu verwundern, wenn die „Neue Freie Presse" am Ende der Session feststellte, daß die Delegationen, die niemals allzuviel Ansehen besessen hätten, nun wahrscheinlich den letzten Einfluß auf die Auswärtige Politik verlieren würden[54]).

Die Berliner Zusammenkunft hatte die allgemeine Unruhe, die in

---

[50]) Wiener Zeitung, 24. Mai 1876.

[51]) Journal der Delegation des Reichstages 1876, Budapest 1876, 2. Sitzung am 27. Mai 1876 (ungarisch). Die Protokolle des ungarischen Reichstages und der ungarischen Delegation erschienen nur in ungarischer Sprache. Ich bringe die Zitate daher in Übersetzung mit dem Vermerk „ungarisch".

[52]) Ebenda. [53]) Ebenda, 4. Sitzung am 31. Mai 1876 (ungarisch).

[54]) Neue Freie Presse, 3. Juni 1876.

den politischen Kreisen Österreichs über die Vorgänge am Balkan herrschte, nur noch gesteigert. Nichts konnte die tiefe Kluft, die die Nationalitäten und Parteien der Donaumonarchie von einander schied, klarer zeigen, als die Vielzahl der Meinungen, die über die Orientfrage bestand. Die Deutschliberalen waren sich darüber einig, daß eine Annexion türkischer Gebietsteile für das Deutschtum Österreichs nur von Schaden sein könne. In allen Debatten über die auswärtige Politik werden mit einigen Abstufungen immer wieder die gleichen Gesichtspunkte hervortreten, mit denen die drei führenden deutschen Klubs die Ablehnung dieser dynastischen Politik begründeten: Die Furcht vor dem Verlust der deutschen Vormachtstellung in Österreich bei weiterer Vermehrung des slawischen Bevölkerungsanteiles, die Sorge um die sich steigernde finanzielle Belastung, nachdem die Wirtschaft der Donaumonarchie durch den großen Krach von 1873 ohnehin einen schweren Rückschlag erlitten hatte, und schließlich der absolute Wunsch nach Frieden, der aus den vielen unglücklichen Feldzügen der letzten Jahrzehnte entsprang. Trotzdem aber ist festzuhalten, daß bei einem kleinen Teil der Deutschliberalen noch das Gesamtstaatsbewußtsein der alten Zeit vor 1848 über das nationale Interesse siegte, daß noch viele im Deutschtum das Staatsvolk der Monarchie erblickten und nicht eine um ihr Recht kämpfende Minderheit. Die Regierung, obgleich aus der Mitte der Verfassungspartei hervorgegangen, mußte die Großmachtwünsche der Dynastie beim Parlament durchsetzen und entfernte sich in steigendem Maße vom Programm der eigenen Partei[55]). Diese entzog ihr daher die Unterstützung, so daß das Ministerium Auersperg schließlich ohne festen Halt seine Anhänger auf der Seite der erbittertsten Gegner von früher suchen mußte, bei den Klerikalen, Feudalen und Slawen.

Die Deutschklerikalen stellten sich von vorneherein aus Nützlichkeitsgründen auf die Seite der Krone und eines Außenministers, den sie bis dahin bekämpft hatten. Im Spätherbst 1876 kam man in der klerikalen Parteiführung überein, „von jedweder schroffen Beurteilung der auswärtigen Politik Andrássys Umgang zu nehmen, da eine solche vergeblich und den Interessen „unserer Partei" eher Schaden bringen könnte[56]).

[55]) Gustav Kolmer: a. a. O. Bd. II S. 367.

[56]) „Graf Andrássy auf der Anklagebank der Delegationen", München 1878 S. 8.

Die slawischen Völkerschaften, die natürlich an einer Vermehrung ihrer eigenen Macht im Staate das denkbar größte Interesse besaßen, ergriffen in Cis- wie in Transleithanien für ihre kämpfenden Stammesgenossen jenseits der Grenze Partei; nur die Polen hielten sich aus Haß gegen Rußland von diesen panslawistischen Kundgebungen fern[57]). Auch die Magyaren waren russenfeindlich eingestellt, so daß eine Vielzahl von Meinungen herrschte, deren einzige Gemeinsamkeit in dem Mißtrauen gegen Andrássy bestand, der seine außenpolitische Tätigkeit immer sorgfältiger zu verschleiern suchte und den einen zu weit, den anderen hingegen nicht weit genug ging. Ein Witz aus jener Zeit mag dies bestätigen: „Wir haben nur ein Gebet: Wollte Gott, unsere Minister des Auswärtigen wären auswärtige Minister"[58]).

Im Ausschuß der Reichsratsdelegation hatte Graf Andrássy am 20. Mai die Einigkeit der kontinentalen europäischen Mächte hervorgehoben und hinzugefügt, daß England sich bestimmt den Abmachungen von Berlin anschließen werde[59]). Aber darin sollte er eine schwere Enttäuschung erfahren, da Englands Toryministerium unter dem Juden Disraëli am 19. Mai wider alles Erwarten die Mitwirkung an dem Berliner Memorandum ablehnte. Der Ausbruch einer Revolution in der Türkei und die Absetzung des Sultans Abdul Aziz[60]) vereitelte schließlich gänzlich die geplante Übergabe identischer Noten. Dafür wurde auf Veranlassung Gorčakovs in Konstantinopel erklärt, daß das Einverständnis der Mächte auch weiterhin bestehen bleibe und daß man nur vorläufig von jedem diplomatischen Schritt abstehe, um der Türkei die Möglichkeit zu geben, die Durchführung der Reformen selbst zu übernehmen. Dieses hervorgehobene Einverständnis aber war nur äußerer Schein, in Wirklichkeit bestanden besonders zwischen Österreich und Rußland Gegensätze, die das Dreikaiserbündnis zu sprengen drohten.

[57]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. I S. 172.

[58]) Stenogr. Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österr. Reichsrates, VIII. Session, 7. Bd., 201. Sitzung am 4. November 1876, zit. von Dr. Granitsch. Die von nun an verwendete Abkürzung „Stenogr. Protokolle" bezieht sich nur auf die Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, nicht aber auf die der Delegationen, die stets voll zitiert werden.

[59]) Wiener Zeitung, 21. Mai 1876.

[60]) Carl Ritter von Sax: a. a. O. S. 410.

Während Graf Andrássy den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Serbien, Montenegro und der Türkei zu verhindern suchte, begünstigte Gorčakov nach wie vor die Unabhängigkeitsbestrebungen dieser beiden Staaten. Er suchte daher den österreichischen Außenminister zur Nichteinmischung bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zu bewegen, um seinen heimlichen Bundesgenossen freie Hand zu verschaffen. Andrássy zeigte sich auch dazu bereit, jedoch nur unter der Bedingung, daß dieses Abkommen geheimgehalten werde. Darauf aber wollte und konnte Gorčakov nicht eingehen, um nicht zu der von ihm bisher begünstigten panslawistischen Bewegung in Gegensatz zu treten. Am 22. Juni 1876 richtete Serbien ein Ultimatum an die Pforte, worin es unter Anerkennung der türkischen Oberherrschaft die Vereinigung Bosniens mit Serbien verlangte[61]). Zugleich erkannten die Aufständischen Bosniens Milan von Serbien, ebenso die der Herzegowina Nikita von Montenegro als ihre Herrscher an. Da zwischen Österreich und Rußland keine Vereinbarung erzielt worden war, wandten sich angesichts der neuen Lage beide Staaten unabhängig von einander an das englische Kabinett, um über einen Weg zu verhandeln, wie man den bevorstehenden Kampf zwischen den Vasallenstaaten und der Pforte verhindern könne. Österreich fürchtete die Wirkung auf die Südslawen innerhalb der Monarchie und den Verlust Bosniens und der Herzegowina an Serbien und Montenegro, während Rußland sich an der diplomatischen Aktion beteiligte, da es einen Schritt der Mächte gegen seine Schützlinge besorgen mußte. Gorčakov verlangte für Bosnien und die Herzegowina volle Selbstverwaltung und Gebietsabtretungen an Serbien und Montenegro, während Andrássy sich gegen die Neubildung großer slawischer Reiche an der Südostgrenze verwahrte, um selbst Bosnien und die Herzegowina erringen zu können. England brachte diesen Forderungen des österreichischen Außenministers nicht das genügende Verständnis entgegen, da es lediglich an Konstantinopel interessiert war, den Geschehnissen auf dem Balkan aber freien Lauf lassen wollte. Auf Grund dieser Meinungsverschiedenheiten kam es zu keinerlei bindenden Abmachungen für die Zukunft.

Die Verschlimmerung der Orientkrise ließ in der Donaumonarchie die Stimmen der Abneigung gegen Rußland immer lauter wer-

[61]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. I S. 150.

den. Sogar die „Presse", das Blatt, das bis jetzt stets Andrássy unterstützt hatte, vermochte nicht die Feststellung zu unterdrücken, daß es nie österreichische Politik sein könne, im Interesse Rußlands zu arbeiten[62]). In Transleithanien äußerten sich die Besorgnisse besonders lebhaft, umsomehr, als in den südlichen Provinzen eine rege serbische Agitation einsetzte und deshalb der Aufstand sich auch auf Ungarn auszudehnen drohte. Während noch bei der letzten Session der ungarischen Delegation allgemeines Vertrauen zu Andrássy zum Ausdruck gekommen war, begann man nun seine Politik einer immer rücksichtsloseren Kritik zu unterziehen. Große ungarische Zeitungen wie „Hon", „Ellenör", „Pesti Napló" stellten sich an die Spitze der Bewegung und verurteilten in scharfer Weise die bisherige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten[63]).

Das Mißtrauen, das man in den politischen Kreisen der Donaumonarchie der Geschäftsführung Andrássys entgegenbrachte, erfuhr noch eine weitere Steigerung durch die Zusammenkunft von Reichstadt. Wahrscheinlich einer deutschen Anregung folgend[64]), trafen sich dort Kaiser Franz Joseph und Zar Alexander II. mit ihren Außenministern, um sich neuerdings über die orientalische Frage zu verständigen. Hier zeigte Graf Andrássy zum ersten Male wenigstens Rußland gegenüber das wahre Gesicht der österreichischen Politik und traf mit Gorčakov Abmachungen für die beiden Möglichkeiten des orientalischen Krieges. Im Falle des Sieges der Türkei sollte der status quo ante erhalten bleiben, im Falle ihrer Niederlage traten folgende Bestimmungen in Kraft: Serbien und Montenegro sollten kleine Gebietserweiterungen erhalten, der Rest Bosniens und der Herzegowina von Österreich-Ungarn annektiert werden. Rußland sicherte sich die Wiederherstellung seiner Grenzen von 1856 und eine Gebietserweiterung in der asiatischen Türkei, während Bulgarien, Rumelien und Albanien das Recht erhielten, sich als autonome Staaten zu erklären. Thessalien und Kreta sollten zu Griechenland kommen, Konstantinopel eine freie Stadt werden. Über diese Vereinbarungen wurde bis zum Zeitpunkt der Verwirklichung

[62]) „Presse", 27. Juni 1876.

[63]) Neue Freie Presse, 27. Juni 1876.

[64]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. II S. 320. Für diese Angabe Wertheimers findet sich in den deutschen Akten kein Beleg, doch ist sie immerhin wahrscheinlich, da Kaiser Wilhelm und Zar Alexander vom 14.—18. Juni gemeinsam in Bad Ems weilten.

tiefstes Stillschweigen verabredet[65]). Graf Andrássy hatte damit den entscheidenden Schritt zu einer annexionistischen, gegen das deutsche und magyarische Interesse gerichteten Politik getan. Die Zusammenkunft von Reichstadt schien Österreich den Besitz der beiden türkischen Provinzen und eine wenigstens äußerlich mächtige Stellung auf dem Balkan zu sichern. Zugleich war sie aber der erste tatsächliche Anstoß zu einer für das Deutschtum verhängnisvollen inneren Entwicklung.

Schon jetzt mehrten sich in slawischen und klerikalen Blättern die Feststellungen[66]), „daß mit unerbittlicher Konsequenz einer russischen Allianz und einer slawischen auswärtigen Politik eine slawisch-föderalistische Ausrichtung der inneren Angelegenheiten notwendig folgen müßte". Eine ähnliche Tendenz zeigte auch die in München erschienene Abhandlung „Fünf Jahre Andrássysche Staatskunst und die Orientpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie", von der man behauptete, daß sie mittel- oder unmittelbar aus der Feder des Baron Rodich stamme. Das Programm, das sie für die Politik Andrássys aufstellte, bewies jedenfalls ihre Herkunft aus den Reihen der Rechtspartei: „Magyarischer Chauvinismus darf den Grafen Andrássy ebensowenig bestimmen, seine Politik zu modifizieren als die Sucht deutschösterreichischerseits, auf ewige Zeiten hinaus die dominierende Stellung zu behaupten"[67]). Solche Äußerungen bereiteten den österreichischen Regierungskreisen große Schwierigkeiten, da sie die Befürchtungen der Deutschen und Magyaren offenkundig bestätigten und deren Mißtrauen immer neue Nahrung boten. Die offiziösen Zeitungen bemühten sich deshalb, diesen Eindruck zu verwischen und die öffentliche Meinung trotzdem im Sinne der Okkupation zu beeinflussen. Diese planmäßige Propaganda erregte tiefe Besorgnisse auf Seite der deutschliberalen Presse, die dem Treiben der offiziösen Blätter die richtige Deutung gab und die Vermutung aussprach, daß man Österreich in Reichstadt wohl Bosnien und die Herzegowina versprochen habe, während die Deutschliberalen gehofft hatten, Andrássy werde Rußlands Orientansprüche durch ein Machtwort zurückdrängen[68]). Das Wenige, das

[65]) Ebenda, Bd. II S. 324.

[66]) Neue Freie Presse, 12. Juli 1876.

[67]) „Fünf Jahre Andrássysche Staatskunst und die Orientpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie", München 1876, S. 45.

[68]) Neue Freie Presse, 7. Juli 1876.

über die Zusammenkunft bekannt geworden war, hatte ohnehin den schärfsten Tadel gefunden, da man darin nicht ohne Ursache ein Zusammengehen mit Rußland erblickte.

Der Krieg, der am 2. Juli 1876 tatsächlich zwischen Serbien, Montenegro und der Türkei ausgebrochen war, hatte sehr bald einen für Serbien ungünstigen Verlauf genommen. Ein Waffenstillstand, zu dem die Großmächte auf Ansuchen Milans die Pforte bewegen wollten, wurde von dem inzwischen Sultan gewordenen Abdul Hamid II. abgelehnt. Als man aber den Eindruck gewann, daß Rußland, um eine Niederlage der Vasallenstaaten zu verhindern, in den Krieg eingreifen würde, drängte der österreichische Außenminister nochmals bei der Pforte auf einen kurzen Waffenstillstand und auf Bekanntgabe der Friedensbedingungen, die schließlich am 14. September erfolgte[69]). An Serbien stellten sie sehr harte Forderungen, während Montenegro auf dem Stande vor Kriegsausbruch bleiben sollte. Wie nicht anders zu erwarten war, fand diese entschiedene Willensäußerung eines bereits totgesagten Staates das Mißfallen der Großmächte, die nun ihrerseits, einer Anregung Englands folgend, der Türkei gemäßigte Vorschläge unterbreiteten.

Die russische Presse hatte in der Zwischenzeit die Bevölkerung immer mehr in eine kriegerische Stimmung hineingesteigert, und auch der Zar selbst war von Gorčakov und den panslawistischen Kreisen auf die Bahn bewaffneter Intervention gedrängt worden. Diese Kriegshetzer waren auch die Hauptursache der Sendung des russischen Generaladjutanten Grafen Felix Sumarokov-Elston nach Wien[70]). Österreich-Ungarn sollte für eine gemeinsame Aktion gewonnen werden und seine Truppen zu gleicher Zeit mit den russischen in der Türkei einmarschieren lassen. Kaiser Franz Joseph und Andrássy waren sich einig, diese Vorschläge abzulehnen[71]), da sie die Stimmung in der Monarchie kannten und wußten, daß ein Krieg an der Seite Rußlands immerhin von der größeren Hälfte der Bevölkerung verabscheut würde. Außerdem hofften sie in den Besitz der beiden Provinzen zu gelangen, auch ohne sich den Anschein einer Zusammenarbeit mit Rußland zu geben. Andrássy riet deshalb dem Zaren zu einer tatkräftigen Unterstützung des englischen Frie-

[69]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. I S. 154.
[70]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. II S. 341.
[71]) ebenda, Bd. II S. 343 ff.

densversuches und erklärte, daß Österreich nur dann bereit wäre, die Abmachungen von Reichstadt zu erfüllen, wenn dieser scheitern sollte. Immerhin mußte er aber damit rechnen, daß der Zar, durch die panslawistische Strömung gedrängt, allein marschieren werde und sicherte ihm in diesem Falle wohlwollende Neutralität mit dem Vorbehalt zu, daß auch Österreich einen Teil seiner Armee mobilisieren werde, um seine Interessen wahren zu können. Durch dieses Entgegenkommen hoffte er einen Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland zu vermeiden.

Immer noch schwebten die Verhandlungen wegen des Waffenstillstandes, als im ungarischen Reichstag angesichts der neuesten Vorfälle auf dem Balkan interpelliert wurde[72]). Daniel Irányi und Csernatóny suchten sich auch Aufklärung darüber zu verschaffen, ob der Außenminister hinsichtlich der orientalischen Frage im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung vorgehe, was von Tisza entschieden bejaht wurde. Tiszas Antwort[73]), der er die Erklärung vorausschickte, daß er entschlossen sei, die ihm verfassungsmäßig zustehende Beeinflussung der auswärtigen Politik zu üben, war nicht immer eindeutig, obwohl sie sehr ins Einzelne ging, fand aber den Beifall der ungarischen Presse.

Der österreichische Reichsrat ahmte das Beispiel der ungarischen Volksvertretung nach. Sofort nach seiner Einberufung im Herbst 1876 wurden die ersten Interpellationen über die Orientfrage eingebracht. In den beiden Anfragen, die binnen drei Tagen an den Ministerpräsidenten gelangten, verkörperte sich geradezu der Gegensatz in den Anschauungen der Deutschen und Slawen. Am 19. Oktober 1876[74]) forderten 15 Slawen, an der Spitze Dr. Fanderlik, Aufklärung über die politische Lage auf dem Balkan und fragten, ob die Regierung geeignete Schritte unternommen habe, um einen befriedigenden politischen Zustand zu schaffen, wobei sie betonten, daß ihnen das Schicksal ihrer Stammesgenossen besonders am Herzen läge. Unterzeichnet war die Interpellation von Slowenen und mährischen Tschechen, nicht aber von den Mitgliedern der Rechtspartei im eigentlichen Sinne, denen zu einer eindeutigen Stellung-

[72]) Diarium des Abgeordnetenhauses des ungarischen Reichstages, 8. Bd. 1875—1878. 158. Sitzung am 30. Sept. 1876 (ungarisch).

[73]) Ebenda, 161. Sitzung am 6. Okt. 1876.

[74]) Stenogr. Protok., 7. Protokollbd., Wien 1877, 196. Sitzung, 19. Okt. 1876.

nahme noch der Mut fehlte, hätten sie doch mit der Befürwortung einer Annexion den Boden des Konservatismus verlassen[75]). Zwei Tage später erfolgte die Interpellation der Deutschliberalen, die der Regierung vollste Neutralität auferlegen sollte. Am 20. Oktober 1876 hatte der Klub der Linken beschlossen, die Anschauung der Partei über die Orientfrage durch eine Kundgebung zum Ausdruck zu bringen[76]). Man erwog sowohl den Weg der Interpellation als auch den der Adresse und entschied sich nach längeren Auseinandersetzungen für ersteren, da man zunächst das Ministerium der Partei nicht übergehen wollte[77]). Dr. Granitsch stellte den Antrag, daß ihr Kernpunkt die Ablehnung jeder Annexion durch die Partei sein sollte, wofür auch Dr. Sturm, Dr. Herbst und Dr. Kuranda eintraten. Dr. Ritter von Demel und Eduard Sueß dagegen legten das Hauptgewicht darauf, daß man nicht eine Politik der Nichteinmischung für alle Fälle verlange. Auch im Fortschrittsklub hatte man die Notwendigkeit einer Stellungnahme zur Orientfrage eingesehen und sich ebenfalls für eine Interpellation entschieden. Um der Kundgebung größeren Nachdruck zu verleihen, einigten sich die beiden verfassungstreuen Klubs auf eine gemeinsame Interpellation, deren Entwurf im Fortschrittsklub einstimmig, im Klub der Linken mit großer Stimmenmehrheit genehmigt wurde. Selbst die Zentrumsfraktion erklärte sich in überwiegender Mehrheit für die Interpellation[78]), obwohl sie den Anschauungen des Großgrundbesitzes entsprechend unternehmungslustiger war. Die endgültige Form der Anfrage, die von den Vorständen der drei verfassungstreuen Klubs unterzeichnet wurde, lautete:

1. Hat die kaiserliche Regierung pflichtgemäß Einfluß auf die Führung der auswärtigen Angelegenheiten in der Orientfrage genommen? In welcher Richtung ist dies geschehen und ist die Regierung bereit, die Verantwortung für die Politik zu übernehmen, welche seitens der österreichisch-ungarischen Monarchie in dieser Frage befolgt wird?

2. Hat die kaiserliche Regierung diesen Einfluß dahin ausgeübt, daß auch bei einem aus Anlaß der orientalischen Wirren etwa ausbrechenden Krieg der Friede für Österreich-Ungarn gewahrt und insbesondere jedes Streben nach Erwerbung fremder Gebiete hintangehalten werde?

3. Gedenkt die kaiserliche Regierung fernerhin in diesem Sinne ihren Einfluß geltend zu machen?[79])

---

[75]) Neue Freie Presse, 20. Oktober 1876. [77]) Ebenda, 22. Oktober 1876.
[76]) Ebenda, 20. Oktober 1876. [78]) Ebenda, 21. Oktober 1876.
[79]) Stenogr. Protokolle, 7. Bd., Wien 1877, 198. Sitzung, 21. Oktober 1876.

Diese Interpellation drückte die Besorgnisse und Wünsche der Verfassungspartei aus und erteilte dem Ministerium die Warnung, daß es zu einer annexionistischen Politik keine Gefolgschaft seitens der Deutschliberalen zu erwarten hätte[80]). Die Verfassungstreuen hofften mit dieser Interpellation der ihrer Mitte entstammenden Regierung den Rücken zu stärken und sie zur Auflehnung gegen das Außenministerium zu bewegen. Um so bitterer enttäuschte sie die Antwort des Ministerpräsidenten, die eine ungewöhnlich scharfe Abweisung enthielt[81]). Fürst Auersperg stellte zunächst im Hinblick auf die slawische Interpellation fest, daß es nicht Aufgabe des gemeinsamen Ministeriums des Äußern sei, Politik nach Volksstämmen zu machen, sondern daß allein das Interesse der Gesamtmonarchie entscheide, eine Äußerung, für die er Beifall von den Deutschliberalen zu finden hoffte. Dann aber suchte er vor allem die Regierung aus der unangenehmen Lage zwischen der eigenen Partei und dem Außenministerium zu befreien, indem er erklärte, daß die Verfassungsgesetze keine formelle Bestimmung über die Einflußnahme der k. k. Regierung auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten enthielten. Die Regierung habe sich mit den vom Außenminister gegebenen Aufschlüssen begnügt und zu einer positiveren Beeinflussung keinen Anlaß gefunden, da das Programm Andrássys, das ihre und der Delegationen Zustimmung besaß, konsequent eingehalten wurde. Die „Neue Freie Presse" stellte fest[82]), daß man von nun an die Verfassungstreuen in der Außenpolitik nicht mehr als Regierungspartei betrachten könne. Der sonstige Inhalt der Erwiderung Auerspergs entsprach genau dem, was man von Andrássy schon seit Beginn der Orientkrise zu hören bekam und wurde nur noch verstärkt durch die Behauptung, daß die Politik der Monarchie vor allem auf Erhaltung des Friedens gerichtet sei, wodurch ein Streben nach Erwerbung fremden Gebietes sich von selbst ausschließe. Da aber diese Formulierung doch zu eindeutig eine Ablehnung der Annexion enthalten hätte, wurde noch ergänzt, daß „diese Bestrebungen ihre naturgemäße Begrenzung in der Pflicht finden, die Sicherheit und die Interessen der Monarchie unter allen Umständen und in jeder Richtung zu wahren". Auersperg fügte außerdem hin-

[80]) Neue Freie Presse, 22. Oktober 1876.
[81]) Stenogr. Protokolle, 7. Bd., Wien 1877, 199. Sitzung, 27. Oktober 1876.
[82]) Neue Freie Presse, 28. Oktober 1876.

zu, daß Andrássy entschlossen sei, sich weder durch Manifestationen kriegerischer Natur noch durch Kundgebungen, welche die Kraft und das Ansehen der Monarchie möglicherweise schädigen könnten, von der bis jetzt festgehaltenen Richtung abdrängen zu lassen. Wenn die Regierung erwartet hatte, daß sie sich auf diese Art ferneren unbequemen Anfragen entziehen könne, so wurde sie rasch eines Besseren belehrt. Die Linke, ungewöhnlich erregt über den Schlußsatz Auerspergs, in dem sie ein Hinweggehen über das Parlament erblickte[83]), beschloß diese Antwort nicht ruhig hinzunehmen. Im Steuerreformausschuß beantragte Dr. Herbst sogar die Verhandlungen zu sistieren, bis dem Hause Genugtuung gegeben werde[84]), ein Ausdruck der bei den Abgeordneten herrschenden Stimmung. Am 28. Oktober 1876 beschlossen die verfassungstreuen Klubs, die Debatte über die Antwort der Regierung zu beantragen und leiteten damit den Kampf gegen Regierung und Krone ein, der eine unüberbrückbare Kluft zwischen diesen und der deutschen Verfassungspartei auftat. Fürst Auersperg wollte zwar den Sturm noch einmal besänftigen; ein Ministerrat setzte am 29. Oktober 1876 eine Erklärung fest, die der Ministerpräsident am 4. November im Abgeordnetenhaus verlas[85]). Er beklagte die falsche Auslegung seiner Rede und versicherte, daß unter den Kundgebungen und Manifestationen nicht das Abgeordnetenhaus gemeint gewesen sei. Doch diese Bemühung kam zu spät, die deutsche Verfassungspartei war bereits in die letzte große Auseinandersetzung ihrer parlamentarischen Regierungszeit eingetreten. Die der Antwort Auerspergs folgende Debatte[86]) bildete den Auftakt zu einer Reihe von Kämpfen, die in wachsender Heftigkeit zum Sturz des deutschliberalen Systems führten.

Die Deutschliberalen gingen nicht mehr wie bei der letzten Delegationssession in der Mehrheit von der Voraussetzung aus, daß die Worte Andrássys den Tatsachen entsprächen, sondern bezeichneten ihn offen als den Mitschuldigen oder Betörten Rußlands und unterzogen seine Politik von „Fall zu Fall" sowie das Dreikaiserbündnis einer vernichtenden Kritik. Anstelle der russophilen Politik

---

[83]) Gustav Kolmer: a. a. O. Bd. II S. 422.
[84]) Neue Freie Presse, 28. Oktober 1876.
[85]) Stenogr. Protokolle, 7. Bd., Wien 1877, 201. Sitzung, 4. November 1876.
[86]) Ebenda, 201., 202., 203. Sitzung, 4., 6., 7. November 1876.

forderten sie eine stärkere Anlehnung Österreichs an Deutschland und fanden scharfe Worte des Tadels für jene Partei, die Deutschland noch immer feindlich gegenüberstand und auch die Annexion befürwortete. Sieben Redner der Linken ergriffen das Wort, darunter wieder Dr. Kuranda, Dr. Herbst, Ritter von Oppenheimer, sowie Freiherr von Zschock, Göllerich, Fux und bemerkenswerter Weise auch ein Slowene, Dr. Granitsch. Sie wiesen vor allem das formelle Recht nach, den Einfluß der Abgeordneten und der Regierung auf die auswärtigen Angelegenheiten geltend zu machen, das ihnen von dem Führer der Rechtsparteien Grafen Hohenwart und dem Klerikalen Pater Greuter abgestritten wurde. Von neuem verteidigten, wie dieses Beispiel zeigte, die Deutschklerikalen den Standpunkt der Feinde des Deutschtums und stellten sich auf die Seite der Krone und der Regierung, der sie ihr vollstes Vertrauen aussprachen. Diese Kundgebung der Klerikalen veranlaßte den Deutschliberalen Fux zu der Erklärung, daß er kein Vertrauen zu einem Ministerium haben könne, das von seinen geschworenen Gegnern und nur von diesen das „Offert des innigsten Vertrauens" entgegennehmen mußte. Freiherr von Zschock begnügte sich nicht mit einem Tadel, sondern forderte offen die Absetzung Andrássys und der mit ihm verbundenen Regierung, worin er allerdings noch keine Unterstützung bei seinen Parteigenossen fand. Diese erreichten jenen Grad der Radikalität erst unter dem Eindruck der späteren Ereignisse. Beinahe alle Verfassungstreuen aber vereinigten sich in dem Verlangen nach einer durchaus friedlichen Richtung der österreichischen Politik, in der Ablehnung jeder Annexion, selbst wenn diese der Preis für eine wohlwollende Neutralität sein sollte, da sie aus finanziellen, kulturellen, politischen und historischen Gründen eine solche nicht rechtfertigen zu können glaubten. Im allgemeinen wurden dabei in noch schärferer Ausprägung dieselben Motive wiederholt, die schon in der Orientdebatte der österreichischen Delegation zum Ausdruck gekommen waren. Die Hinweise auf die große kulturelle Sendung Österreichs, die stets das Hauptargument der Deutschklerikalen bildete, wurden von den Deutschliberalen mit der Begründung abgelehnt, daß Österreich erwiesenermaßen nicht mehr die Kraft besitze, sich neue Provinzen anzueignen und überdies im eigenen Raum genug Kulturmissionen zu erfüllen habe. Den Klerikalen, zu denen sich die Slawen und der Feudaladel ge-

sellten, war die Kulturmission in Wirklichkeit nur ein Vorwand, ein Schlagwort, das ihre wahren Absichten verbergen sollte. Die bosnische Frage diente ihnen dazu, die Verfassungspartei, die bis jetzt noch die höchsten Stellen des Staates innehatte, des Mangels an Patriotismus zu verdächtigen. Der Krone, die ebenfalls den Sturz der Deutschliberalen wünschte, waren sie daher geeignete Bundesgenossen, die mithalfen, die Monarchie politisch und national einem Umwandlungsprozeß zu unterwerfen und das immer unbequemer werdende Deutschtum zurückzudrängen[87]). Dieser kurzsichtigen Politik hätte die Äußerung des Abgeordneten Fux zur Warnung dienen können, der in richtiger Erkenntnis der Tatsachen ausführte, daß Österreich auf die Konservierung und Verteidigung des Gewordenen bedacht sein müsse und unmöglich der Rassenidee Vorschub leisten könne. Das was im Orient inszeniert werde, sei revolutionäre Nationalitätenpolitik, die leicht den Ausspruch des Panslawisten Danilewski: „Der österreichische Staat hat ebenso seinen Sinn verloren wie der türkische" bewahrheiten könnte. 40 Jahre später erfüllte sich diese panslawistische Hoffnung. Dem Zusammenbruch der Türkenmacht in Europa, unter deren Druck Österreich einst zusammengeschweißt worden war, folgte die Auflösung des österreichischen Nationalitätenstaates im Jahre 1918. Eine solche Entwicklungsmöglichkeit wurde jedoch von der österreichischen Annexionspartei nicht erwogen. Im Gegenteil, die Deutschen, die sich gegen die Zerstückelung der Türkei und gegen eine Annexion slawischer Gebietsteile wandten, wurden in jener Debatte von Pater Greuter beschuldigt, daß nur die Angst um ihre Parteiherrschaft sie gegen den Erwerb slawischer Provinzen Stellung nehmen ließe[88]). Dieser Abgeordnete ging über die drohende Gefahr des Panslawismus mit der Bemerkung hinweg, daß man sie leicht bannen könne, wenn die Wünsche der Slawen Befriedigung fänden und von allen Germanisationsbestrebungen Abstand genommen würde. Die Berechtigung zur Annexion leitete er von der einstigen Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina zur kroatischen Krone ab, eine Beweisführung, die lebhaft an die Erfindungsgabe der Tschechen auf der Friedenskonferenz in Versailles erinnert. Auf solche Weise wurde der klerikale Standpunkt bei dieser Debatte noch stärker herausge-

[87]) Neue Freie Presse, 28. Juni 1877.

[88]) Stenogr. Protokolle, 7. Bd., Wien 1877, 203. Sitzung am 7. 11. 1876.

arbeitet, als dies in den Delegationen der Fall war. Er ließ erkennen, wie weit die Deutschklerikalen Österreichs sich jeder wirklich deutschen Politik entfremdet hatten und wie tief die Verschiedenheit der Anschauungen war, die sie von den Parteien der Linken trennte, die damals trotz mancher Schwächen doch die Interessen des Deutschtums in eindeutiger Weise verfochten.

Ein Teil der Mitglieder derselben, wie Dr. von Demel, Dr. von Plener und Dr. Menger nahm zwar noch immer die vermittelnde Stellung ein, die schon in der österreichischen Delegation Sprecher gefunden hatte. Aber diese war von der der Rechtsparteien weit entfernt durch ihre zentralistische Färbung, die in der Besorgnis um Österreichs Großmachtstellung zum Ausdruck kam. Auch diese Gruppe wollte von einer Kulturmission nichts wissen, aber sie sah die Gesichtspunkte der militärischen Kreise für ausschlaggebend an und besorgte ebenfalls, daß Dalmatien mit einem slawischen Staat als Hinterland nicht mehr zu halten sein werde.

Die Slawen, vertreten durch den Slowenen Vošnjak und den mährischen Tschechen Fanderlik sprachen wenig diplomatisch dem reinen Panslawismus das Wort und straften dadurch ihren Parteiführer Grafen Hohenwart Lügen, dessen Rede die Erfüllung der historischen Mission Österreichs, die Wahrung der Macht und des Ansehens der Donaumonarchie gefordert hatte. Sie brachten ihr Mißtrauen gegen die Politik Andrássys zum Ausdruck, die ihren abenteuerlichen Erwartungen nicht entsprach und wünschten, daß sich Österreich in Bosnien, dem „alten Reichsland" einmische, um ihre Stammesgenossen zu befreien. Für eine Annexion ergriffen sie in dieser Debatte allerdings nur bedingt Partei, da sie eine solche von der Zustimmung der dortigen Bevölkerung abhängig machen wollten und überdies getreu ihrer panslawistischen Einstellung Serbien und Montenegro ältere Ansprüche zubilligten. Sie warnten vor einem Krieg gegen Rußland und forderten mehr Rechte für die Slawen Österreichs unter der Drohung, daß diese sonst keine willigen Soldaten stellen würden. Der nackte slawische Egoismus, der in diesen Ausführungen zu Tage trat, hätte eigentlich die Regierung abschrecken müssen, aber keines ihrer Mitglieder ergriff während der Debatte das Wort.

Das bedeutsamste Ergebnis dieser Parlamentssitzungen war die klare Formulierung der Meinung Deutsch-Österreichs und die Soli-

darität, die sich zwischen Deutschen und Magyaren in den Fragen der äußeren Politik gezeigt hatte. Diese wurde noch verstärkt durch die weiteren Interpellationen im ungarischen Abgeordnetenhaus. Schon am 11. November 1876 verlangte Ernö Simonyi Auskunft darüber, ob die Regierung geneigt sei, noch vor Beratung des Budgets eine Debatte über die Orientfrage zuzulassen und schriftliche oder mündliche Vorlagen über das bisherige Vorgehen des Auswärtigen Amtes zu geben[89]). Der Ministerpräsident Koloman von Tisza erwiderte, daß die Regierung gegenwärtig nicht die Absicht habe, einen solchen Bericht zu erstatten und daß es nicht notwendig sei, vor der Budgetdebatte eine Spezialdebatte anzusetzen[90]). Auf diese glatte Weigerung hin legte Simonyi dem Hause einen Resolutionsantrag vor, der mit großer Entschiedenheit und Deutlichkeit die Stellung der ungarischen Opposition kennzeichnete. U. a. hieß es darin, daß die ungarische Nation weit entfernt von jeder Ausbreitungslust sei und hinsichtlich der Integrität der Türkei den status quo ante bellum hergestellt zu sehen wünsche, wofür sie alle Opfer auf sich nehmen wolle. Tisza bezeichnete es als inkorrekt, der Regierung ihre äußere Politik durch Beschlußanträge vorzuzeichnen und wiederholte in der kurz darauf stattfindenden Budgetdebatte[91]), daß die ungarische Regierung eine Politik verfolge, die der Ehre und den Interessen der Nation entspräche.

Gegenüber dieser Einmütigkeit der Deutschen und Magyaren bot die Rechtspartei in Österreich ein Bild der Zersplitterung. Während die Polen in der großen Debatte gänzlich stumm geblieben waren[92]), hatte fast jeder der anderen Redner ein eigenes Programm entwickelt. Nur in einem hatte sich das gleiche Bild gezeigt wie in der großen Delegationsdebatte, in der Beurteilung der Andrássyschen Politik. Die Wortführer der Deutschliberalen nannten sie „unklar und phantastisch in den Zielen", „inkonsequent", „von Stufe zu Stufe sinkend", „aller Voraussicht ermangelnd", „Politik eines Börsenspielers". Die Kritik der slawischen Sprecher war nicht schmeichelhafter; „Im Widerspruch mit den Wünschen von zwei

---

[89]) Diarium, 8. Bd., 164. Sitzung am 11. Nov. 1876 (ungarisch).
[90]) Ebenda, 166. Sitzung am 17. Nov. 1876 (ungarisch).
[91]) Ebenda, 169. Sitzung am 21. Nov. 1876 (ungarisch).
[92]) Stenogr. Protokolle, 7. Bd., 201., 202., 203. Sitzung am 4. 6. und 7. November 1876.

Dritteilen der Bevölkerung", „Politik der Schwäche", „mehr als kurzsichtig" usw.[93]). Von solchen Mißtrauensvoten begleitet, hätte Andrássy eigentlich die konstitutionellen Folgerungen ziehen müssen, aber er hielt aus, da ihn der Beistand der Krone stützte, die durch ihn ihre Großmachtspolitik betreiben konnte.

Inzwischen war nach kurzem Waffenstillstand der Krieg zwischen der Pforte und Serbien neuerdings aufgeflammt, wobei abermals die Serben den Kürzeren zogen. Während eines der Pforte abgezwungenen Waffenstillstandes einigten sich die Großmächte nach langem Hin und Her auf die von England vorgeschlagene Konferenz von Konstantinopel. Am 12. Dezember 1876 wurde unter Ausschluß der Pforte eine Vorkonferenz der Botschafter eröffnet und in ihrem Verlaufe eine Reihe für die Türkei sehr ungünstige Forderungen aufgestellt. Diese aber gedachte nicht sich ohne Widerstand dem Spruch Europas zu fügen. Am 23. Dezember, dem ersten Sitzungstage der vollen Konferenz, überraschte sie die Delegierten durch die Verkündigung einer Verfassung[94]), die allen Bewohnern gänzliche Gleichheit zubilligte und vollkommen nach europäischem Muster verfertigt war. Die Botschafter setzten sich jedoch darüber hinweg und legten den türkischen Bevollmächtigten trotzdem ihre in der Vorkonferenz vereinbarten Bedingungen vor, denen die Pforte energisch Widerstand leistete. Am 15. Januar 1877 wurden nach nochmaligen Beratungen die um ein weniges geänderten Vorschläge in der Form eines Ultimatums überreicht, das genügt haben würde, um die Unabhängigkeit der Türkei endgültig zu vernichten[95]). Wie nicht anders zu erwarten war, lehnte die Pforte am 20. Januar ab und damit hatte auch dieser Versuch der europäischen Diplomatie ein unrühmliches Ende gefunden. Während bei allen Mächten ziemliche Ratlosigkeit herrschte, zeigte sich Rußland mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden, da es den Fragenkomplex weiterhin in der Schwebe hielt und ihm Zeit gab, seine Rüstungen und diplomatischen Vorbereitungen zu vollenden. Am Überreichungstage des Ultimatums war bereits nach längeren Verhandlungen in Budapest eine geheime militärische Konvention zwischen Österreich und Rußland unterzeichnet worden, die im Kriegsfalle Serbien, Monte-

[93]) Neue Freie Presse, 8. November 1876.
[94]) Carl Ritter v. Sax: a. a. O. S. 422.
[95]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. I S. 158.

negro und den Sandžak von Novibazar als neutrale Zone festlegte[96]). Eine „Convention Additionelle" vom 18. März 1877 ergänzte dieses militärische Abkommen und regelte die etwaigen Gebietsveränderungen, wobei Österreich gemäß dem Reichstadter Abkommen mit Bosnien und der Herzegowina bedacht wurde. Außerdem verpflichtete sich Österreich Rußland gegenüber zu wohlwollender Neutralität und beide Mächte sich zu gegenseitiger diplomatischer Unterstützung bei einer möglicherweise stattfindenden gemeinsamen Beratung der europäischen Staaten. Diese Vereinbarung sollte von der Stunde der erfolgten Auflösung der Türkei an in Kraft treten, also praktisch die Bestimmung des Zeitpunktes der Willkür Rußlands überlassen sein[97]). Durch die Konventionen von 1877 wurden die Abmachungen von Reichstadt verdeutlicht und Andrássy konnte sich rühmen, das Ziel seiner Politik erreicht zu haben; Österreich sollte ohne Anwendung von Waffengewalt zwei neue Provinzen erhalten und das Recht genießen, allen für seinen Bestand nachteiligen Veränderungen der Besitzverhältnisse entgegentreten zu können, da Rußland sich des Beistandes Österreichs für die kommende Auseinandersetzung versichern mußte.

Am 31. Januar 1877 hatte zwar Rußland noch einmal den Versuch unternommen, ob es ihm ohne Österreichs Hilfe als „Mandatar Europas" gelingen könnte, bewaffnet gegen die Türkei vorzugehen[98]). Die Zirkularnote Gorčakovs, die diese Absicht deutlich durchblicken ließ, hatte aber die Zustimmung der Großmächte nicht gefunden. In der folgenden Zeit, nachdem der Sturz Midhat Paschas, des Schöpfers der Dezemberverfassung, die letzte Hoffnung auf die Reformen vernichtet hatte, bereiste Ignatjev die europäischen Kabinette, um sie zu einem neuerlichen Schritt gegen die Türkei zu bewegen[99]). Vor allem suchte er sich mit England zu verständigen. In London wurde am 31. März 1877 ein Protokoll der sechs Großmächte festgelegt, das im Wesentlichen die Beschlüsse der Botschafterkonferenz wiederholte und die Pforte zum Abschluß des Friedens mit Montenegro — mit Serbien war bereits der Friede auf der Basis des status quo zustande gekommen — zur Durchfüh-

[96]) Große Politik Bd. II Der Berliner Kongreß und seine Vorgeschichte, Nr. 265.

[97]) Ebenda, Bd. II Nr. 266.

[98]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. II S. 383.

[99]) Große Politik Bd. II Nr. 276 Anmerkung 2.

rung von Reformen und zur Abrüstung aufforderte[100]). Noch einmal schien es, als würde Rußland einen ehrenvollen Rückzug dem Krieg vorziehen, da auch seine innerpolitische und finanzielle Lage dringend den Frieden gefordert hätte[101]). Am 10. April jedoch wies die Pforte das Londoner Protokoll zurück und damit war der Augenblick gekommen, in dem die panslawistische Kriegspartei Rußlands den Sieg über die Friedensströmung des eigenen Reiches und über die Diplomatie Europas erringen mußte.

Die Orientkrise trat in ein neues Stadium. In den Kampf der Pforte gegen ihre aufständischen Provinzen und Vasallen, in dem bis jetzt nur die Kabinette der Großmächte vermittelt hatten, sollte jetzt der Erbfeind der Türkei, Rußland, eingreifen. Aus den Aufständen der Balkanhalbinsel war trotz aller Bemühungen der Krieg erwachsen, der so leicht europäische Komplikationen im Gefolge haben konnte. Alle Welt fühlte, daß jetzt der entscheidende Augenblick herannahte und besonders Österreich-Ungarns hatte sich als des nächstbeteiligten Staates eine fieberhafte Aufregung bemächtigt. Am 20. April 1877 fand in Wien eine Beratung hoher militärischer Würdenträger statt[102]), in der die Möglichkeit einer Mobilisierung der Armee und die einer Okkupation Bosniens und der Herzegowina ausführlich besprochen wurde. Auch in den beiden Abgeordnetenhäusern herrschte angesichts der außenpolitischen Lage eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die inneren Angelegenheiten, obwohl gerade die Ausgleichsvorlagen zur Verhandlung gelangen sollten, die nach fast zweijährigen Kämpfen endlich vollendet worden waren. Eine Interpellation Dr. Giskras verlieh den Besorgnissen der Deutschen Ausdruck und forderte Auskunft über die Sachlage, nachdem nunmehr der Krieg zwischen Rußland und der Türkei unvermeidlich erschien. Die Anfragen waren sehr kurz und gedrängt gefaßt und beschäftigten sich mit der Haltung und den Zielen des Ministeriums in dem aller Wahrscheinlichkeit nach bevorstehenden russisch-türkischen Krieg[103]).

Noch ehe diese Interpellation beantwortet wurde, am 24. April, überschritten die russischen Truppen die türkische Grenze. Das

---

[100]) Große Politik, Bd. II Nr. 282.
[101]) Ebenda, Bd. II Nr. 231.
[102]) Neue Freie Presse, 21. April 1877.
[103]) Stenogr. Protokolle, VIII. Bd., 249. Sitzung am 23. April 1877.

„Fremdenblatt" aber, das stets die politischen Ideen Andrássys vertrat[104]), hatte diese Möglichkeit wenige Tage zuvor geleugnet! Die Tatsache des Kriegsausbruches erregte in der ganzen Monarchie Besorgnisse und besonders in Ungarn kam der Haß gegen Rußland in stürmischen Demonstrationen zugunsten der Pforte zum Ausdruck. Die gesamte ungarische Presse forderte so einmütig eine entschlossene Politik gegen Rußland[105]), daß sich Andrássy veranlaßt fühlte, das befreundete russische Kabinett um Nichtbeachtung dieser Ausfälle zu ersuchen. Die Pforte hingegen beeilte sich, die turkophile Stimmung Ungarns zu nähren und sandte der Budapester Universität durch eine Abordnung türkischer Studenten (Softas) wertvolle Handschriften, die sogenannte Corviniana. Tahir Bey, der Adjutant des Sultans, sollte sie feierlich überreichen, wogegen aber Andrássy derart energischen Einspruch erhob, daß davon Abstand genommen werden mußte[106]). Die Folgen dieses Vorgehens waren eine Reihe von Interpellationen im ungarischen Reichstag über die auswärtige Politik, die von der ersten bis zur letzten Sitzung dieses Sessionsabschnittes auf der Tagesordnung stand. Angehörige der äußersten Linken und der Unabhängigen Liberalen Partei, Ferencz Chorin[107]) und Ernö Simonyi[108]) eröffneten den Kampf, denen aber bald, als die Beantwortung nicht schnell genug zustande kam, die liberale Regierungspartei, vertreten durch Pál Somssich[109]), folgte. Selbst die konservative Rechte stand bei diesen Kundgebungen nicht zurück[110]), wodurch die Einigkeit sämtlicher Parteien in Bezug auf die Orientfrage erhärtet wurde. Alle waren in der Absicht gestellt, von Tisza eine Erklärung zu erhalten, die die Mutmaßung, als bestünden zwischen Österreich und Rußland geheime Abmachungen und als wollte Österreich einen Teil der russischen Beute, zurückweisen sollte. Auch hier zeigte sich wieder die volle Übereinstimmung in den Wünschen der Magyaren und der Mehrzahl der Deutschösterreicher. Besonders die Interpellation Somssichs, der zu wissen verlangte, ob die Regierung dem Vorrücken der russischen Truppen

[104]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. I S. 176.
[105]) Neue Freie Presse, 4. Mai 1877.
[106]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 10.
[107]) Diarium, Bd. 10, 233. Sitzung am 28. 4. 1877 (ungarisch).
[108]) Ebenda, 231. Sitzung am 25. April 1877.
[109]) Ebenda, 236. Sitzung am 2. Mai 1877.
[110]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 17.

gleichgültig zusehen wolle und ob sie von seiten Rußlands Bürgschaften habe, daß die Interessen Österreichs nicht gefährdet würden, fand die einmütige Zustimmung auch der Deutschliberalen.

Am 4. Mai 1877 erfolgten endlich sowohl im ungarischen Reichstag als auch im österreichischen Reichsrat die Beantwortungen der Interpellationen über die Orientkrise[111]). Beide gingen nicht auf die Fragen der Interpellanten ein, sondern waren selbständige, durchaus im Ton der üblichen Beschwichtigungen gehaltene Erklärungen des Außenministers. Er versicherte, alles aufzubieten, um europäische Komplikationen des Krieges zu vermeiden und denjenigen Einfluß Österreichs bei der endgültigen Gestaltung der Dinge im Nahen Orient geltend zu machen, der der Lage und den Interessen der Monarchie entspreche. Dazu behalte sich Österreich-Ungarn auch nach der Erklärung der Neutralität die Freiheit seiner Handlungen vor. Die Regierung werde ihrem Grundsatz, den Staatshaushalt durch keine unnötige Mobilisierung zu belasten, treu bleiben und sehe den Ereignissen mit jener Zuversicht entgegen, die sich auf die Überzeugung stütze, daß der Kaiser, wo es die Interessen der Monarchie zu schützen gelte, auf die Hingebung seiner Völker rechnen könne. Während die österreichischen Abgeordneten wegen der Betonung der Sparsamkeit im allgemeinen befriedigt waren, zeigte sich sowohl im Parlament als auch in der Presse Transleithaniens ernstliche Gereiztheit[112]). Die Antwort wurde wohl zur Kenntnis genommen, aber selbst Somssich betonte, daß er dieselbe nicht für genügend halte. Ganz ähnlich war der Widerhall in der ungarischen Presse, die fast in ihrer Gesamtheit (Pester Lloyd, Napló, Hon, Kelet Nepe, Neues Pester Journal, Nemzeti Hirlap) die Vieldeutigkeit der Erklärungen tadelte. Selbst die der Regierung ergebenen Blätter forderten von Tag zu Tag dringender eine Aktion gegen Rußland und eine klare Definition der österreichischen Interessen.

Das Mißtrauen in die Politik Andrássys stieg von Tag zu Tag, umsomehr, als trotz der Neutralitätserklärung Österreichs vom 12. Mai 1877 häufig Neutralitätsverletzungen, jedoch nur zu Gunsten Rußlands, die Öffentlichkeit beunruhigten. Nach wie vor wurde daher

---

[111]) Diarium, Bd. 10, 238. Sitzung am 4. Mai 1877 (ungarisch). Stenogr. Protokolle, 8. Bd., 253. Sitzung, 4. Mai 1877.

[112]) Neue Freie Presse, 5. Mai 1877.

die Regierung mit Interpellationen überschüttet, die, den Interessen Ungarns entsprechend, sich nicht nur auf Bosnien und die Herzegowina, sondern hauptsächlich auch auf Bulgarien und die Donaumündungen erstreckten.

Dániel Irányi[113]) und Ignácz Helfy[114]), Baron Lájos Simonyi[115]) und Baron Ivor Kaas[116]) suchten immer wieder Aufklärungen von Tisza zu erhalten, der sogar die Vertrauensfrage stellen mußte, um der Flut standzuhalten, im übrigen aber die Lage in keiner Weise neu beleuchtete. Auch im österreichischen Abgeordnetenhaus, wo man den Interpellationskampf der Ungarn nur als Zuschauer, wenn auch mit wachsendem Interesse verfolgt hatte, wurde vom Fortschrittsklub am 22. Juni 1877 eine Interpellation an Auersperg gerichtet[117]). Die Anfragen Dr. Hoffers bezogen sich auf die neuesten Gerüchte einer Mobilisierung, die an Ministerberatungen in Gegenwart Rodichs und Mollinarys geknüpft wurden.

> „Gedenkt die k. k. österreichische Regierung anläßlich der jüngsten Ereignisse auf dem orientalischen, insbesondere dem montenegrinischen Kriegsschauplatze auf die Festhaltung der bisher stets betonten Neutralität hinzuwirken oder sind aus diesem oder einem anderen Anlasse militärische Vorkehrungen in Aussicht oder bereits erfolgt?"

Eine ganz ähnlich lautende Interpellation Ernö Simonyis[118]) im ungarischen Reichstag gab Andrássy wieder die Möglichkeit, parallel laufende Erklärungen durch die beiden Ministerpräsidenten abgeben zu lassen. Am 26. Juni 1877 erfolgte die Antwort Tiszas[119]), die diesmal in Ungarn durch die deutliche Ablehnung einer Annexion große Befriedigung hervorrief und die allseitigen Befürchtungen wenigstens für kurze Zeit beschwichtigte. Der ungarische Ministerpräsident hob hervor, daß sich die Regierungspolitik nicht geändert habe und daß in den maßgebenden Kreisen niemand existiere, der eine Verschiebung der Grenzen als das Ziel der österreichischen Politik hinstelle. Im Ministerrat sei weder die Okkupation türkischen Gebietes noch eine partielle Mobilisierung beschlossen, ja überhaupt angeregt worden. Dagegen sollten staatliche Ge-

[113]) Diarium, Bd. 10, 245. Sitzung am 16. Mai 1877 (ungarisch).
[114]) Ebenda, Bd. 11, 250. Sitzung am 14. Juni 1877.
[115]) Ebenda, 248. Sitzung am 9. Juni 1877.
[116]) Ebenda, 252. Sitzung am 16. Juni 1877.
[117]) Stenogr. Protokolle, 8. Bd., Wien 1877, 266. Sitzung am 22. Juni 1877.
[118]) Diarium, Bd. 11, 258. Sitzung am 23. Juni 1877 (ungarisch).
[119]) Ebenda, 260. Sitzung am 26. Juni 1877.

staltungen, die den Interessen der Monarchie widersprächen, verhindert werden. Am 28. Juni gab auch Auersperg eine ähnliche Erklärung ab[120]), nur fehlte die entscheidende Wendung, daß keine Gebietsveränderung beabsichtigt sei. Obwohl diese Tatsache sofort Mißtrauen erweckte und die „Neue Freie Presse" die Frage erhob[121]), welche Formulierung die wahren Absichten Andrássys wiedergebe, knüpfte sich doch keine Debatte an die Äußerungen des Ministerpräsidenten. Auch eine zweite Interpellation, wie sie lange vom Klub der Linken erwogen wurde, unterblieb, da man sich über ihren Inhalt nicht einigen konnte, obwohl gerade in diesen Tagen eine innere Geschlossenheit dringend notwendig gewesen wäre.

Der Erfolg der russischen Waffen in den ersten Monaten des Feldzuges erweckte im österreichischen Außenminister die Befürchtung, daß Rußland im Taumel der Siege die Reichstadter Abmachungen nicht einhalten werde. Ende Mai, Anfang Juni wurden daher zwischen Österreich-Ungarn und England Deklarationen getauscht[122]), die in Kraft treten sollten, wenn Rußland über die Grenzen des von Graf Andrássy und England als zulässig Bezeichneten hinausginge. In diesem Falle sicherte Österreich dem britischen Kabinett in jeder Hinsicht tatkräftige Unterstützung zu.

Am 18. Juli überschritten die Russen den Balkan, wodurch in beiden Reichshälften erneut eine wahre Panikstimmung hervorgerufen wurde, die noch Nahrung erhielt durch die immer wieder auftauchenden Gerüchte einer teilweisen Mobilisierung[123]). Tatsächlich war in einem Kronrat am 31. Juli die Aufstellung von 2 Armeekorps in Aussicht genommen und von den drei Ministerien Andrássy allein die Verantwortung für die Verwendung militärischer Kräfte überlassen worden. Die „Neue Freie Presse" meinte dazu; „Die Darlegungen des Grafen Andrássy über seine bisherige Politik und über seine Dispositionen für die Zukunft müssen von überzeugender Kraft gewesen sein" [124]). Während die offiziösen Blätter Cisleithaniens getreu der Politik Andrássys versicherten, daß auch der Balkanübergang kein Grund zum Einschreiten Österreich-Ungarns

---

[120]) Stenogr. Protokolle, 8. Bd., Wien 1877, 268. Sitzung am 28. Juni 1877.
[121]) Neue Freie Presse, 28. Juni 1877.
[122]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. 3 S. 39 ff.
[123]) Neue Freie Presse, 31. Juli 1877.
[124]) Ebenda, 2. August 1877.

sei, forderten sogar die sonst so friedliebenden deutschliberalen Zeitungen ein entschiedenes Eingreifen, allerdings in der Hoffnung, daß schon der Wille Österreichs allein genügen werde, um Rußland von Weiterem abzuhalten. Die aktivistische Strömung in Transleithanien nahm ebenfalls, geschürt von der ungarischen Presse, einen immer größeren Umfang an. Selbst der ungarische Ministerpräsident Tisza, der stets Andrássy unterstützt hatte, wandte sich mit der Frage an ihn, ob die Zeit zum Handeln nicht gekommen sei[125]). In den höchsten Kreisen der Monarchie hoffte man daher angesichts dieser Feindschaft gegen das Zarenreich, daß eine Besetzung Bosniens und der Herzegowina im gegenwärtigen Augenblick der russischen Erfolge von der österreichischen Bevölkerung als Demonstration gegen Rußland aufgefaßt würde, während sie in Wirklichkeit gemäß den Abmachungen der militärischen Konvention erfolgen sollte. Man war nahe daran, die Okkupation durchzuführen, als die schweren Niederlagen der Russen bei Plevna das bisherige österreichische Aktionsprogramm umstießen, da eine Besetzung Bosniens und der Herzegowina jetzt als eine feindselige Handlung gegen die siegreiche Türkei erscheinen mußte. Erst der drohende Eintritt Serbiens in den Kampf gab Österreich einen neuen Vorwand für die Verfolgung seiner bosnischen Pläne. Während man früher eine Teilnahme Serbiens an dem türkisch-russischen Krieg stets als unannehmbar bezeichnet hatte, bereitete man angesichts der veränderten Lage in ausländischen Zeitungen den Umschwung der Anschauungen vor. Der „Temps", die „Times", das „Journal des Débats" brachten daher die Nachricht[126]), daß Österreich die Teilnahme Serbiens nicht verhindern werde. Eine Erklärung für diesen jähen Stimmungswechsel war der offiziellen Presse Österreichs zu entnehmen, die die aggressiven Absichten Serbiens beklagte und vorsichtig andeutete, daß aus diesem Grunde der Einmarsch in Bosnien und der Herzegowina sich als notwendig erweisen könnte[127]). Das Wiener Kabinett gedachte somit die Haltung Serbiens zu benützen, um eine Bedrohung Bosniens feststellen und aus diesem Grunde die Okkupation vollziehen zu können. Rücksichtslos schritten die Wiener Hofkreise über den Willen ihrer Völker hinweg;

[125]) Brief vom 23. Juli 1877, zitiert bei Wertheimer a. a. O. Bd. 3 S. 45/46.
[126]) Neue Freie Presse, 11. August 1877.
[127]) Ebenda, 12. August 1877.

die täglich an den verschiedensten Orten Ungarns und Polens stattfindenden Entrüstungskundgebungen verhallten ebenso ungehört wie die entschieden bekundete Abneigung der nationalgesinnten Deutschösterreicher gegen jede antitürkische Maßnahme ohne Einfluß auf die auswärtige Politik der Monarchie blieb. Lediglich auf die Sympathien der Slawen gestützt, die in einzelnen Tabors zum Ausdruck kamen und durch ihre hochverräterische Tendenz die wahre Gesinnung des österreichischen Slawentums verrieten, ging man in der Hofburg daran, jene Provinzen an das alte Reich zu fügen, die eine der Hauptursachen seines Unterganges werden sollten.

An diesem Entschluß konnten auch die Kundgebungen nichts ändern, die bei der Eröffnung der Parlamente im Herbst 1877 von neuem stattfanden. Schon in der ersten Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses unterbreitete man mit einem Schlage dem Ministerpräsidenten als äußeres Zeichen für die Beunruhigung der Bevölkerung fünf Interpellationen, an denen sich alle Parteien des Hauses mit Ausnahme der liberalen Regierungspartei beteiligten. Die Anfragen Graf Apponyis, Simonyis, Helfys, Irányis und Baron Simonyis[128]) waren durchwegs in türkenfreundlichem Ton abgefaßt und enthielten eine derart scharfe Verurteilung Andrássys und eine so bittere Kritik an seiner orientalischen Politik, wie sie bis jetzt noch nicht zum Ausdruck gekommen war. Tisza beantwortete alle zusammen in einer selbständigen eingehenden Rede[129]), die, obwohl sie ziemlich nichtssagend war, durch ihre höflichen Formen im allgemeinen einen guten Eindruck hervorrief. Es erweckte Befriedigung, daß Tisza auf das Entschiedenste den Bestand geheimer Abmachungen mit Rußland auf Teilung der Türkei bestritt und statt dessen eröffnete, daß das Zarenreich sich für den Fall des Krieges mit der Pforte Österreich-Ungarn gegenüber verpflichtet habe, Serbien als neutrales Gebiet zu betrachten. Die Erwiderung Tiszas wurde zwar von keinem der Interpellanten, wohl aber von der Majorität des Abgeordnetenhauses, der liberalen Partei und Opposition der Rechten, zur Kenntnis genommen aus einem Grunde, den Graf Apponyi treffend dahin formulierte, daß die Majorität der Regierung nur folge, weil sie glaube, daß die geheimgehaltene Politik

[128]) Diarium, 12. Bd., 268. Sitzung am 15. September 1877 (ungarisch).
[129]) Ebenda, 273. Sitzung am 27. Sept. 1877 (ungarisch).

identisch sei mit den „genügend dokumentierten Gefühlen und Gesinnungen der Nation“[130]).

Auch im österreichischen Reichsrat fand die zunehmende außenpolitische Verwicklung starke Beachtung. Schon am 6. September 1877 war im Fortschrittsklub eine Adresse an die Krone beabsichtigt worden[131]), die sich mit der auswärtigen Politik befassen sollte. Da dieser Vorschlag bei den anderen deutschliberalen Fraktionen jedoch auf Ablehnung stieß, ließ man ihn wieder fallen und einigte sich auf den Interpellationsantrag des Abgeordneten Fux vom 18. September[132]). Am 19. September stellte er in Anbetracht der jüngsten Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz und „in Erwägung, daß unsere Regierung eine Politik von Fall zu Fall verfolgt...“ zwei etwas allgemein gehaltene Anfragen, in denen er von der Regierung Aufklärung forderte, ob sie auch weiterhin volle Neutralität aufrechterhalten und zu diesem Zweck sowie um eine künftige Gefährdung österreichischer Interessen abzuwehren, ihren ganzen Einfluß aufbieten wolle damit Serbien sich am Kriege nicht beteilige[133]). Mit verletzender Kürze und Schärfe wies Fürst Auersperg den Vorwurf einer Politik „von Fall zu Fall“ zurück und behauptete, daß die auswärtige Politik einheitlich und stetig gewesen sei. Die Regierung stehe noch auf demselben Standpunkt wie bei den früheren Interpellationsbeantwortungen, im übrigen aber könne sich die Monarchie nicht im Voraus über ihre Haltung bei einem etwaigen Eintritt Serbiens in den Krieg aussprechen[134]). Die „Neue Freie Presse“ beschäftigte sich in einem längeren Aufsatz mit diesen österreichischen und ungarischen Interpellationsbeantwortungen. „Wenn es der wahre Zweck der Rede ist, die Gedanken zu verbergen“, so stellte sie fest, „dann haben die Antworten Auerspergs und Tiszas ihr Ziel in seltener Weise erreicht.“ Besonders hob sie den Unterschied hervor, der in der Form auffallen mußte: „Der cisleithanischen Ministerrede gebührt unbedingt ein gewisser Vorrang. Tisza sagte wenig, Auersperg nichts. Die Erwiderung, die Helfy, Simonyi, Apponyi und Irányi erhielten, bewegten sich durchaus in jener höflichen Form, die jenseits der Leitha zwischen Regierung und Volks-

[130]) Neue Freie Presse, 28. September 1877.
[131]) Ebenda, 7. September 1877.
[132]) Ebenda, 18. September 1877.
[133]) Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1878, 280. Sitzung, 19. Sept. 1877.
[134]) Ebenda, 283. Sitzung, 27. Sept. 1877.

vertretung üblich ist. Die Rede des Fürsten Auersperg dagegen zeichnet sich durch eine Zwanglosigkeit aus, wie sie sich sonst nur ein wenig gebildeter Vorgesetzter gegen seine Untergebenen erlaubt." Abschließend fügte die „Neue Freie Presse" hinzu, daß die Regierung zwischen dem Pester Reichstag und dem Wiener Reichsrat einen für den letzteren nicht schmeichelhaften Unterschied mache[135]).

Diese Interpellationen bildeten das Vorspiel zu den Auseinandersetzungen in den Delegationen, die am 5. Dezember nach eineinhalbjähriger Pause zur 10. Session zusammengetreten waren. Der späte Zeitpunkt der Einberufung gestattete es nicht mehr, vor Jahresschluß den Staatsvoranschlag für 1878 durchzuberaten. Andrássy hoffte dadurch, einer Diskussion über die Orientfrage zu entgehen, die ihm in der gegenwärtigen Lage um so unangenehmer sein mußte, als ein angekündigter Brief des Zaren an Kaiser Franz Joseph ihm nichts Gutes zu versprechen schien. Tatsächlich übertraf er die schlimmsten Erwartungen, da in ihm die Kriegsziele der Russen offenbar wurden, wie sie später der Friede von San Stefano verwirklichte. Die gesamte Politik des Grafen Andrássy drohte mit einem großen Mißerfolg zu enden und in diesem Augenblick sollte er den Delegationen Rede und Antwort stehen! Der ungarische Budgetausschuß zeigte sich auch bereit, von der Beratung der Einzelheiten des Voranschlages Abstand zu nehmen und statt dessen der Regierung einen Pauschalkredit für drei Monate zu gewähren. Als Graf Andrássy aber dem österreichischen Ausschuß nahelegte, ein gleiches Vorgehen wie der ungarische zu beobachten, da die Arbeit nutzlos und in Anbetracht der äußeren Lage Zurückhaltung wünschenswert wäre, stieß er auf entschiedenen Widerstand[316]). Auch das Versprechen, daß er in zwei bis drei Wochen Dokumente vorlegen werde, die über die Politik der letzten Zeit Klarheit verschaffen würden, konnte den Willen des österreichischen Ausschusses, die auswärtige Politik sofort zur Sprache zu bringen, nicht ändern. Die Verfassungstreuen, die im Ausschuß im Gegensatz zur Delegation die Majorität bildeten, beschlossen, in die Beratung des Erfordernisses nach den Regierungsvorlagen einzugehen und die weiteren Vorschläge über das Provisorium abzuwarten. Damit war

[135]) Neue Freie Presse, 27. Sept. 1877.
[136]) Ebenda, 6. Dezember 1877.

die Möglichkeit gegeben, die auswärtige Lage sowohl im Ausschuß als auch dann später vor dem Plenum in den Bereich der Erörterungen zu ziehen. Dr. Kuranda, Dr. Sturm und Dr. Giskra unterwarfen die Politik der Regierung im Ausschuß einer ungemein scharfen Kritik[137]) und hielten Andrássy vor, daß das gerade Gegenteil von allem, was er im Mai 1876 vorausgesagt hatte, eingetroffen sei. Besonders Dr. Giskra beklagte sich darüber, daß so wenig Klarheit über das Vorgehen der Regierung bestehe und nannte diese Art der Politik eine nebelhafte. Graf Andrássy verteidigte sie gereizt mit dem Hinweis auf die Anerkennung, die alle Regierungen Europas ihrer Klarheit und Zielbewußtheit zollten. (Giskra konnte sich hierauf der Bemerkung nicht enthalten, daß dieser Beifall die österreichische Volksvertretung gleichgültig lasse.) Österreich sei ausschlaggebend in der orientalischen Frage und werde nur den österreichischen Interessen entsprechend handeln. Man solle den Einblick in die Gesamtaktion der Regierung abwarten, dieser werde sie rechtfertigen, da nur der Erfolg allein entscheide. Der hochfahrende Ton dieser Ausführungen trug nicht dazu bei, das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen den verfassungstreuen Delegierten und Andrássy günstiger zu gestalten.

Im Gegensatz zum österreichischen Auschuß gelang es Andrássy den ungarischen, der ohnehin gänzlich von einer Beratung abgesehen hätte, zum Verzicht auf eine Plenardebatte zu veranlassen. Graf Szécsen stellte den einstimmig angenommenen Antrag, der Ausschuß möge vor dem Plenum erklären, daß er nach den erhaltenen Aufschlüssen unter den gegenwärtigen Umständen eine öffentliche Diskussion der auswärtigen Lage nicht für zeitgemäß erachte[138]). Der österreichische Budgetausschuß jedoch dachte nicht daran, Andrássy die öffentliche Debatte zu ersparen. Obwohl im Ausschuß mit dem Außenminister verabredet worden war, daß erst an einem festzusetzenden Tag eine Diskussion über die auswärtige Politik erfolgen solle, kam es doch schon bei dem Bericht über die Vorlage des gemeinsamen Ministerium des Äußern zu einer lebhaften Auseinandersetzung[139]), wobei die bedrohlichen Ereignisse auf dem

[137]) Neue Freie Presse, 6. Dezember 1877.

[138]) Wiener Zeitung, 12. Dezember 1877: Sitzung der vereinigten ungarischen Subkommissionen am 11. Dezember 1877.

[139]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des österr. Reichsrates, Wien 1878, 2. Sitzung der 10. Session am 12. Dezember 1877.

südöstlichen Kriegsschauplatze (am 10. Dezember 1877 war nach mehrmonatiger Belagerung Plevna gefallen und Serbien sowie Montenegro hatten wieder zu den Waffen gegriffen) eine entscheidende Rolle spielten. Die Anregung ging von dem polnischen Delegierten Dr. Ritter von Grocholski aus; Galizien stand während der ganzen Krise jenen panslawistischen Bestrebungen fern, wie sie sich gerade in jenen Wochen durch Freudenkundgebungen über den Fall von Plevna in allen Teilen der Monarchie austobten[140]). Galizien fürchtete Rußland und Grocholski lehnte daher in seiner Rede das Dreikaiserbündnis ab, dessen Vorteile für die Monarchie ihm unklar erschienen. Er verlieh der Besorgnis Ausdruck, daß man zuletzt eine Auseinandersetzung doch nicht werde vermeiden können, da selbst die Erwerbung eines türkischen Gebietsteiles den Nachteil, den Österreich durch den russischen Machtzuwachs erleide, nicht ausgleichen könne. Nur ein einziger von den fünf Rednern der Debatte, der Delegierte von Dalmatien, Freiherr Fluck von Leidenkron, wagte es offen für eine Annexion einzutreten mit der Begründung, daß eine Vergrößerung Österreichs gegen das Meer der Monarchie nur Kraft verleihen könne und ja ohnehin schon genug Slawen treue Untertanen des Reiches seien. Dieser annexionistische Standpunkt, der eine völlige Geringschätzung der innerpolitischen Verhältnisse verriet, erregte bei den Deutschliberalen geradezu Entsetzen. Dr. Ritter von Demel, Dr. Sturm sowie Eduard Suess zögerten nicht, ihre erheblich abweichende Anschauung zu vertreten. Sie tadelten die Schwankungen der österreichischen Neutralität, die eine gewisse Hinneigung zur russischen Politik erkennen ließen und wiesen auf die Tatsache hin, daß die Monarchie schon heute bei ihren vielgestaltigen Elementen um ihre Macht und Existenzberechtigung kämpfen müsse, so daß jeder weitere Schritt nach dem Osten eine Bestandgefahr darstelle. Zum Schluß verlangten sie Aufklärung darüber, was man heute noch gegen die Ausdehnung des Krieges tun könne und welche Haltung Serbien gegenüber beabsichtigt sei. Andrássy versicherte, verstimmt über die vom Zaun gebrochene Debatte, daß die Politik der Regierung immer noch dieselbe sei, wie sie in der Interpellationsbeantwortung vom 4. Mai zum Ausdruck gekommen war. Er verteidigte sie in allgemeinen Redensarten und drückte seine Befriedigung darüber aus,

[140]) Neue Freie Presse, 14. Dezember 1877.

daß er in diesem Krieg noch nie die Frage gehört habe, welche Provinz Österreich verlieren werde, sondern nur die Befürchtung, daß Österreich ausnahmsweise eine solche gewinnen könne. Der Widerhall dieser Rede war nicht bloß in der Delegation, sondern auch in der Öffentlichkeit ungünstig, da sie die Besorgnisse der Abgeordneten verhöhnte und eine für den Außenminister nicht angebrachte Leichtfertigkeit in der Behandlung ernster Fragen bekundete. Mehrere deutschliberale Delegierte berieten sich deshalb am 16. Dezember[141]) über das Vorgehen in der nächsten Sitzung des österreichischen Budgetausschusses[142]), bei der wiederum die Politik Andrássys auf der Tagesordnung stehen sollte. Das Ergebnis der Beratungen äußerte sich in einer Vielzahl von Fragen, mit denen der Außenminister überschüttet wurde. Dr. Sturm, Dr. Ritter von Demel, Dr. Giskra und Dr. Kuranda brachten die alten Besorgnisse der deutschen Verfassungspartei um die weitere Entwicklung der Orientkrise vor, die Andrássy diesmal sehr eingehend behandelte. In dem offiziösen Bericht erschien jedoch aus seiner Rede nur die Feststellung, daß Österreich entschiedenen Einspruch erheben würde, falls Serbien seine kriegerische Aktion auf Bosnien und die Herzegowina ausdehnen sollte und daß die Monarchie bei dessen Nichtberücksichtigung ein solches Vorgehen Serbiens zu verhindern wisse. Am 22. Dezember 1877[143]) brachte die „Neue Freie Presse" Nachträge, die die Meinungen des Ausschusses im Gegensatz zu den im Résumé verbreiteten Nachrichten sehr uneinheitlich erscheinen ließen. Nur die Rechtspartei sowie jene Mitglieder des Fortschrittsklubs, die vor allem an dem Gesichtspunkt der Solidarität der österreichischen Politik mit der des deutschen Kabinetts festhalten wollten, hatten sich befriedigt gezeigt, während die anderen Mitglieder der verfassungstreuen Klubs der Rede Andrássys mit großer Zurückhaltung gefolgt waren.

Die Verhandlungen der Delegationen erfuhren nun eine längere Unterbrechung und wurden erst im März wieder aufgenommen, als

---

[141]) Neue Freie Presse, 18. Dezember 1877.

[142]) Wiener Zeitung, 19. Dezember 1877. Am 20. Dezember erschien in der Wiener Zeitung ein offiziöses, von Andrássy korrigiertes Résumé, nachdem man den Mitgliedern des Ausschusses den Eid strengster Geheimhaltung abgenommen hatte.

[143]) Neue Freie Presse, 22. Dezembe 1877 (am 23. 12. wurde dieser Artikel von der Wiener Zeitung dementiert).

die Regierung, um der gänzlich veränderten Lage Rechnung zu tragen, die Bewilligung eines Kredites von sechzig Millionen Gulden forderte.

Seit dem Fall von Plevna waren Russen, Serben und Montenegriner rasch vorgedrungen. Schon am 12. Dezember 1877 hatten sich die türkischen Staatsmänner an die Großmächte um eine Friedensvermittlung gewandt, ohne damit einen Erfolg zu erzielen, da weder Österreich-Ungarn noch Deutschland das undankbare Amt übernehmen wollten. Namentlich Andrássy fühlte die Entscheidung nahen, die den Schlußstrich unter seine orientalische Politik ziehen mußte. Die Konventionen mit Rußland, die bis jetzt die geheime Grundlage seiner Politik gebildet hatten, schienen, wie die Briefe des Zaren deutlich verrieten, unter dem Erfolg der russischen Waffen zusammenzubrechen. Als man in Wien von einem in Aussicht stehenden Sonderfrieden erfuhr, erwog Andrássy die letzte Möglichkeit, die ihm blieb, um die so oft betonten österreichischen Interessen zu schützen, den Feldzug gegen Rußland. In einer Ministerkonferenz, die am 15. Januar 1878 unter dem Vorsitz des Kaisers stattfand, legte, wie General Beck berichtet, Andrássy die gegenwärtigen Vorteile eines Krieges für die Monarchie dar und zeigte sich entschlossen, Rußlands Absichten, wenn nötig mit Gewalt, zunichte zu machen.[144]). Die Zeit drängte, da die Ereignisse im Orient sich immer rascher abwickelten. Am 9. Januar hatte die Türkei Rußland um Waffenstillstand und kurz darauf um Frieden gebeten. Die Friedenspräliminarien, die am 31. Januar 1878 in Kazanlik unterzeichnet wurden[145]), enthielten außerordentlich harte Bedingungen. Neben der Errichtung eines autonomen Bulgarien mußte die Türkei die Unabhängigkeit Montenegros, Serbiens und Rumäniens anerkennen, Bosnien und der Herzegowina eine autonome Verwaltung zugestehen. Rußland hatte sich endgültig über alle Abmachungen mit Österreich-Ungarn hinweggesetzt und selbständig einen Frieden diktiert, der den österreichischen Interessen zuwiderlief. Wenn Graf Andrássy nicht seinen bisherigen Balkanplänen entsagen wollte, so mußte er jetzt handeln. Vor allem suchte er ein Einvernehmen mit England herzustellen, um für den Fall eines bewaffneten Vorgehens jene Unterstützung zu finden, die ihm

[144]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 60.
[145]) de Martens: a. a. O. T. III p. 240.

Deutschland als alter Freund Rußlands nicht bieten konnte. Bismarck äußerte zwar, daß Rußland den türkischen Frieden nicht ohne Österreich-Ungarn hätte abschließen sollen, aber seine Reichstagsrede vom 19. Februar offenbarte nur den Willen Deutschlands, auf allen Seiten beschwichtigend einzuwirken, nicht aber sich hinter die österreichischen Ansprüche zu stellen[146]).

Auch gegenüber den Volksvertretungen sah sich Andrássy durch die russischen Friedenspräliminarien neuen Schwierigkeiten preisgegeben. Die Lage wurde noch durch die Demission des Ministeriums Auersperg verschlimmert, die erfolgte, weil in Cisleithanien die Fraktionen der Verfassungspartei die Finanzzölle nicht in der von der Regierung mit Ungarn vereinbarten Höhe bewilligen wollten. Nach fruchtlosen Verhandlungen wurde aber schließlich doch das alte Ministerium am 5. Februar wieder eingesetzt, um noch einmal die Ausgleichsverhandlungen aufzunehmen. Kurz darauf interpellierte Dr. Giskra im Namen des Klubs der Linken das Kabinett über den Inhalt der am selben Tage in den öffentlichen Blättern bekanntgegebenen Abmachungen zwischen Rußland und der Türkei und fragte, wie sich die Regierung denselben gegenüber verhalten wollte[147]). In Ungarn waren von Max Uermenyi[148]), Csernatóny[149]), Simonyi[150]) und Helfy[151]) ähnliche Interpellationen gestellt worden, die Andrássy nach einer Konferenz mit den österreichischen Ministern[152]) durch Grafen Auersperg[153]) und Tisza[154]) gleichlautend in einer Weise beantworten ließ, die, wie schon die Thronrede des Kaisers bei der Eröffnung der Delegationen, die Möglichkeit ernster Verwicklungen andeutete. Die Regierung gab zu, daß sie einige der Stipulationen als den Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie entsprechend nicht zu erkennen vermöge und die Abmachungen der kriegführenden Mächte, soweit dieselben die Rechte

---

[146]) Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstages, 3. Legislaturperiode, III. Session 1878, 1. Bd., Berlin 1878, 6. Sitzung am 19. Februar 1878.

[147]) Stenogr. Protokolle, 10. Bd., Wien 1878, 335. Sitzung am 9. Febr. 1878.

[148]) Diarium, 14. Bd., 339. Sitzung am 31. Januar 1878 (ungarisch).

[149]) Ebenda, Bd. 15, 346. Sitzung am 9. Februar 1878.

[150]) Ebenda, 349. Sitzung am 13. Februar 1878.

[151]) Ebenda, 349. Sitzung am 13. Februar 1878.

[152]) Neue Freie Presse, 16. Febr. 1878: Konferenz vom 15. u. 16. Febr.

[153]) Stenogr. Protokolle, 10. Bd., 342. Sitzung am 19. Februar 1878.

[154]) Diarium, 15. Bd., 354. Sitzung am 19. Februar 1878 (ungarisch).

der Signatarmächte oder die Interessen der Monarchie berühren, nicht als rechtsverbindlich anerkenne, so lange sie nicht auch mit den übrigen Mächten vereinbart würden. Sie habe unter Zustimmung der anderen Staaten Schritte zur Einberufung eines europäischen Kongresses unternommen. Die Regierung hoffe, daß es gelingen werde, zu einer Verständigung zu kommen und erkenne es für ihre Pflicht, die politischen und materiellen Interessen sowie das Ansehen der Monarchie nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen. Eine Debatte wurde über diese Antwort nicht eröffnet, da der Klub der Linken und der Fortschrittsklub einstimmig der Meinung waren[155]), daß dies gegenwärtig nicht angängig sei. Andrássy zeigte sich tatsächlich zum Äußersten entschlossen, falls Rußland nicht zurückweichen sollte, obgleich sich in hohen militärischen Kreisen Abneigung gegen einen Krieg mit dem Zarenreich bemerkbar machte, die Andrássy sogar zu einem Demissionsantrag bewog[156]). Die vom österreichischen Außenminister erhoffte Wirkung dieses Vorgehens trat ein. Der Kaiser, der bis jetzt einer Auseinandersetzung mit Rußland nicht günstig gesinnt war, stellte sich ganz hinter Andrássy und gab in dem bald darauf stattfindenden Kronrat[157]) dessen Antrag, von den parlamentarischen Vertretungen einen Kredit von sechzig Millionen Gulden zu fordern, seine Zustimmung.

Der am 3. März 1878 in San Stefano unterzeichnete Friede zwischen Rußland und der Türkei bestätigte endgültig die Befürchtungen Andrássys und übertraf in seiner Rücksichtslosigkeit sogar die Präliminarien von Kazanlik. Er schuf ein Großbulgarien, vergrößerte und befreite Serbien, Rumänien und Montenegro und verschaffte Rußland Beßarabien sowie Teile der asiatischen Türkei. Von einer Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich war keine Rede[158]).

Die Nachricht von dem Sechzigmillionen-Kredit hatte in der Monarchie ungeheure Erregung ausgelöst[159]), zumal die Kreditforderung von den offiziösen Blättern sehr kriegerisch begründet wurde

---

[155]) Neue Freie Presse, 20. Februar 1878.
[156]) Eduard v. Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 78.
[157]) Neue Freie Presse, 25. Februar: Kronrat vom 24. Februar 1878.
[158]) de Martens: a. a. O. T. III p. 246.
[159]) Neue Freie Presse, 27. Februar 1878.

und eine Okkupation Bosniens und der Herzegowina noch als das geringste Ziel erschien. Am 28. Februar fand bei dem Delegierten Kuranda[160]), einem der entschiedensten Okkupationsgegner, eine Versammlung von sechzehn verfassungstreuen Delegierten statt, die sich über ihre Stellungnahme zu dem Kredit berieten. Zehn von ihnen, darunter regierungsfreundliche, sprachen sich gegen und nur sechs für die Vorlage aus, wobei letztere überdies bezüglich der Verwendung verschiedener Ansicht waren. Durch Kuranda wurde Andrássy von dem Inhalt der Debatte benachrichtigt, der ihm einen heftigen Kampf in den Delegationen verhieß. Obgleich die Bemühungen der Regierung[161]), die Delegierten im letzten Augenblick zu einer Sinnesänderung zu bewegen, die annexionsfeindlichen Stimmen innerhalb der liberalen Partei nicht zum Schweigen bringen konnten, gelang es ihnen doch, einzelne Annexionsgegner mit dem Hinweis für die Votierung zu gewinnen, daß Gorčakov selbst, um den Kriegshetzern seines Landes den Mut zu nehmen, Österreich-Ungarn ein drohendes Vorgehen empfohlen habe[162]).

Am 9. März 1878 trat Andrássy mit der Kreditvorlage vor die beiden Delegationen[169]), die sie den Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Andrássy begründete die Vorlage mit dem Hinweis auf die außenpolitischen Verhältnisse. Es sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Regierung zur Wahrung der Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie außerordentliche Maßregeln ergreifen müsse, um das Reich vor jeder Gefahr und Überraschung zu sichern.

Im Budgetausschuß der österreichischen Delegation führte der Außenminister in einem Exposé noch weitere Einzelheiten an[164]). Die Regierung, erklärte er, betrachte es als ihre Aufgabe, die Aufrechterhaltung des Friedens anzustreben, zugleich aber auch für die Wahrung der österreichischen und der allgemein europäischen Interessen auf das Entschiedenste einzutreten. Der Kredit sei eine

---

[160]) Neue Freie Presse, 1. März 1878.

[161]) Ebenda, 3. März 1878.

[162]) Adolf Beer: „Die orientalische Politik Österreichs seit 1774", Prag, Leipzig 1883, S. 733.

[163]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, X. Session, Wien 1878, 3. Sitzung am 9. März 1878, Anhang II. Journal, 8. Sitzung am 9. März 1878 (ungarisch).

[164]) Wiener Zeitung, 10. März 1878; Neue Freie Presse, 9. März 1878.

durch die Vorsicht gebotene Maßregel, die Vorbedingung, um unter den jetzigen Verhältnissen das Selbstbestimmungsrecht der Monarchie gegenüber den Eventualitäten der Zukunft zu wahren. Weiterhin betonte der Außenminister, um den deutschliberalen Delegierten die Annahme zu erleichtern, daß das, was er verlange, kein Vertrauensvotum für die Regierung sei, sondern ein Kredit, den die Delegation einer jeden Regierung geben müsse, von der sie erwarte, daß sie die Bürgschaft für die Wahrung der Interessen der Monarchie unter den jetzigen Verhältnissen übernehmen könne.

Diese wenig befriedigenden Darlegungen bildeten die Ursache einer längeren Debatte im Ausschuß[165]), in deren Verlauf sich die Deutschliberalen bemühten, vom Außenminister eine klare Präzisierung jener bedrohten Interessen zu erhalten, deren „Wahrung" die sechzig Millionen Gulden dienen sollten. Besonders im Hinblick auf Bosnien und die Herzegowina suchten die Interpellanten Dr. Ritter von Demel, Dr. Sturm, Dr. Giskra und Klier Licht in das Dunkel der Andrássyschen Politik zu bringen.

In seiner Erwiderung beschäftigte sich daher der Außenminister sehr ausführlich mit der Frage einer Okkupation Bosniens und der Herzegowina, da er wußte, daß diese das eigentliche Kernproblem war, um das es sich bei der Bewilligung oder Nichtbewilligung des Kredits handelte. Auch die offiziösen Blätter hatten, wahrscheinlich auf seinen Befehl, die Okkupationshetze vorübergehend aufgegeben, um Andrássys Werk in den Delegationen nicht zu erschweren. Der österreichische Außenminister versicherte, daß die Vorlage weder ein Mobilisierungs- noch ein Okkupations- noch ein Rüstungs- oder Demonstrationskredit sei. Seine Tendenz gehe vielmehr dahin, die österreichische Stellung auf dem Kongreß zu stärken und ihm die Überzeugung mitzugeben, daß die Völker Österreichs bereit seien, für das Lebensinteresse ihres Staates mit Gut und Blut einzustehen. Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sei nie die Absicht Österreichs gewesen und werde es nie sein, solange sich die Türkei fähig erweise, diese Länder zu besitzen und nicht die Gefahr bestehe, daß sich die früheren Zustände an der österreichischen Grenze wiederholten. Es sei jedoch nicht zu verkennen, daß Umstände eintreten könnten, welche mindestens eine vorübergehende

[165]) Neue Freie Presse, 11. März 1878.

Besetzung Bosniens und der Herzegowina notwendig machen würden. Er schloß seine Beweisführung mit der eigenartigen Behauptung, daß für eine Okkupation der Kredit ohnehin zu groß sei.

Unter diesen Voraussetzungen fiel am 15. März nach einer nochmaligen Debatte die Entscheidung über die Regierungsvorlage. Der Riß, der seit Beginn der Orientkrise die deutsche Verfassungspartei gespalten hatte, trat dabei schärfer als jemals in Erscheinung. Jene extreme Gruppe, die schon immer innerlich von den Annexionsabsichten Andrássys überzeugt war, lehnte den Kredit unter allen möglichen Ausflüchten ab, da sie dem Minister nicht die Hand zu dieser Aktion bieten wollte. Dr. Sturm formulierte aus diesen Besorgnissen heraus eine Resolution, die den wahren Sachverhalt, das Mißtrauen in Andrássys Politik zwar verschleierte, ihr im Gegenteil volles Vertrauen aussprach, den Kredit aber mit dem Hinweis verweigerte, daß im Falle der Not die Bevölkerung und deren Vertreter die erforderlichen Mittel unbedingt gewähren würden[166]). Um sich gegen die Folgen ihrer Kreditverweigerung zu schützen, gingen die Anhänger dieses Minoritätsvotums, z. B. Klier und Kuranda sogar so weit zu behaupten, daß es viel mehr Vertrauen zur Regierung und in die Opferwilligkeit der Bevölkerung bezeuge, als die Regierungsvorlage selbst.

In dem Schlußwort warf Andrássy seinen Gegnern vor, daß sie die Regierungsvorlage nicht im vollen Umfange gewürdigt hätten. Der geforderte Kredit sei das Mindeste, um das Selbstbestimmungsrecht der Monarchie in Europa aufrecht zu erhalten und den anderen Mächten den Glauben zu nehmen, daß Österreich nicht imstande sei, seine Wehrmacht marschieren zu lassen. Bei der Abstimmung über den Bericht trug die Regierung mit nur einer Stimme Majorität einen knappen Sieg davon, den sie lediglich den Herrenhausmitgliedern verdankte, die aus dynastischer Unterwürfigkeit eine Regierungsforderung nicht verweigern wollten[167]). Nur sechs der für die Vorlage stimmenden Delegierten gehörten dem Abgeordnetenhaus an und waren mit einer Ausnahme Angehörige des Fortschrittsklubs.

---

[166]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, X. Session, Wien 1878, 7. Sitzung am 21. März 1878: Resolution.

[167]) Ernst von Plener: „Erinnerungen", Stuttgart, Leipzig 1921, Bd. II S. 116.

Am 20. März erfolgte vor dem Plenum der österreichischen Delegation[168]) die Vorlage der Resolution der Minderheit sowie des Mehrheitsantrages[169]), der nach einer längeren Begründung folgenden Wortlaut hatte:

„Die hohe Delegation wolle beschließen: Für den Fall, als die weitere Entwicklung der orientalischen Ereignisse behufs Wahrung der wesentlichen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie die Entfaltung der Wehrkraft zur unabweislichen Notwendigkeit machen sollte, wird das gemeinsame Ministerium ermächtigt, einverständlich mit den Regierungen beider Staatsgebiete, die für diesen Zweck dringend erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe von sechzig Millionen bestreiten zu dürfen. Bei Inanspruchnahme dieses hiemit bewilligten Kredites ist sofort den Delegationen eingehende Mitteilung zu machen. Für die Bedeckung dieser Summe ist unter Mitwirkung der hiezu berufenen Vertretungskörper Vorsorge zu treffen."

Wenn noch jemand im Zweifel gewesen wäre, so hätte ihm die anschließende zweitägige Debatte[170]) gezeigt, daß es sich bei dem Minderheitsantrag nicht wie behauptet um eine andere Form des Vertrauensvotums handelte, sondern daß nur die Anhänger des Berichtes von Schaup mit der Politik Andrássys zufrieden waren. Die Reden der Opposition hoben sich zu stark von dem Inhalt des Beschlußantrages ab, um an dessen Aufrichtigkeit glauben zu lassen. Diesen Zwiespalt benützten die Gegner, um der Minderheit den Vorwurf einer inkonstitutionellen Haltung zu machen, da sie der Regierung das Mißtrauen nicht offen ausgesprochen hatte. Abgesehen von dieser mangelnden Übereinstimmung aber war die größere Geschlossenheit unzweifelhaft auf der Seite der Minderheit, die in ihrer Gesamtheit Annexion und Krieg ablehnte. Nur Ernst v. Plener machte eine Ausnahme, da er als einziger die Annexion befürwortete, den Kredit jedoch in der Meinung verweigerte, daß es für eine tatkräftige Wahrung der österreichischen Interessen zu spät sei. Die Mehrheit hingegen setzte sich aus Annexionisten und Nichtannexionisten, Anhängern und Gegnern eines Krieges an der Seite Rußlands oder gegen das Zarenreich zusammen. Hatte die vieldeutige Sprache Andrássys doch sogar Schaup und Walterskirchen[171]), zwei ausgesprochene Annexionsfeinde, bewogen, für den Sechzig-

[168]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, X. Session, Wien 1878, 6. Sitzung am 20. März 1878.
[169]) Ebenda, Anhang IX.
[170]) Ebenda, 6. und 7. Sitzung am 20. und 21. März 1878.
[171]) Ernst von Plener: a. a. O. Bd. II S. 116.

millionenkredit einzutreten, da jeder sich die Aussprüche des Außenministers nach seinem Wunsche auslegte. Während diese sich aus Gutgläubigkeit auf die Seite der Mehrheit geschlagen hatten, gab es auch deutschliberale Annexionisten, die aus gesamtstaatlichen Gründen, hinter denen sich die Angst, bei Regierung und Krone in Ungnade zu fallen, verbarg, für den Kredit stimmten. Würdige Bundesgenossen fanden sie in diesem Bestreben bei den Klerikalen, die nicht versäumten, ihre Ergebenheit und ihre Treue gegen die Dynastie zur Geltung zu bringen. Die Polen schließlich stimmten dafür in der Hoffnung auf einen Krieg gegen Rußland, während die dalmatinischen Delegierten einzig die Okkupation im Auge hatten und versicherten, daß ihre bosnischen Stammesbrüder sich dem „österreichischen, im ganzen international gestalteten Staatswesen homogen einfügen" würden. Andrássy dachte gar nicht daran, seine wahren Ziele zu enthüllen, da, wie Dr. Sturm richtig sagte, die Mehrheit sofort zerfallen wäre. Nachdem von Dr. Giskra, einem der ersten Oppositionsredner, die Politik Andrássys noch einmal mit all ihren Schwächen und Widersprüchen beleuchtet worden war, führte eine lange Reihe von Minderheitsanhängern die Ursache ihrer Weigerung an. Zusammengefaßt lassen sich diese dahin charakterisieren, daß die Deutschliberalen keinen Kredit gewähren wollten ohne dessen Bestimmung zu kennen, weil sie die daraus erwachsenden Gefahren für zu groß hielten, um die Verantwortung tragen zu können. Vor allem wollten sie durch die Kreditverweigerung die Möglichkeit einer Okkupation Bosniens und der Herzegowina ausschließen, die sie als das Ziel der Politik Andrássys erkannt hatten oder zumindest vermuteten. Außerdem verliehen sie der Befürchtung Ausdruck, daß Österreich in finanzieller und konstitutioneller Hinsicht durch die Bewilligung des Kredits, die ein Verlassen der verfassungsmäßigen Bahnen bedeute, nur geschädigt würde. Als letzter Sprecher der Kreditgegner ergriff Dr. Herbst das Wort, wobei er die Rücksicht auf den verfassungsfreundlichen Minister von einst noch immer nicht außer Acht ließ und vielleicht hoffte, dadurch die Lage der Deutschliberalen zu retten und sie vor dem Vorwurf einer planmäßigen Opposition zu schützen. Er betonte, daß er auch heute noch das Programm der Regierung, „die Erhaltung des Friedens, wodurch jedes Streben nach Erwerbung fremden Gebietes ausgeschlossen ist", für richtig halte. Der einzige nichtdeutsche De-

legierte, der die Sache der Minderheit vertrat, Dr. Tomaszczuk aus der Bukowina nahm durch die vernichtende Schärfe und unerbittliche Folgerichtigkeit seiner Rede geradezu eine Sonderstellung ein. Eine parlamentarische Vertretung, so hob er hervor, dürfe es nicht zulassen, daß eine Regierung ihre Ziele verheimliche um gegen die Absicht der Delegierten handeln zu können. Aus finanziellen und staatlichen Gründen gegen jede Okkupation, habe er kein Vertrauen zur Politik Andrássys, denn Österreich stehe erst am Beginn einer neuen Periode der orientalischen Wirren und nicht vor einem Abschluß. Es sei nur ein erstes Kapitel in einem Abschnitt, dem ein entscheidenderes zweites und vielleicht drittes folgen werde. Der Beifall, der diese Worte begleitete, war ein Beweis, daß viele mit ihm einer Meinung waren und sich des Gefühls nicht erwehren konnten, daß die Okkupation keinen endgültigen Strich unter die österreichische Orientfrage ziehen, sondern nur der Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung sein werde.

Das Schlußwort in dieser Debatte, die den Stempel des österreichischen Vielvölkerstaates nur zu deutlich an sich trug, hatte der Außenminister Graf Andrássy. Vergeblich suchte er sich gegen den Vorwurf der Geheimniskrämerei zu verteidigen, da er auch jetzt jedes offene Wort vermied und den Kern des Orientproblems in keiner Weise berührte. Bei der Abstimmung ergaben sich 39 Ja-, aber auch 20 Neinstimmen und diese Neinstimmen bedeuteten die erste große Absage der Deutschen an die Krone. Eine Überprüfung der Abstimmung ergibt, daß 13 der gegen den Kredit stimmenden 20 Delegierten den Sudetenländern entstammten, ein Beweis, daß man dort schon damals für nationale Probleme ein überaus feines Empfinden besaß.

In diesen Märztagen bewies die ungarische Delegation, daß sie der österreichischen an politischer Klugheit und Nützlichkeitssinn überlegen war. Auch hier hatte man die Regierungsvorlage am 9. März unterbreitet[172]), worauf sich die Delegation in ihrer Gesamtheit als Komitee erklärte und von Graf Andrássy das gleiche Exposé vorgelegt bekam wie der österreichische Ausschuß[173]). Die Mitglieder der Opposition Agost Pulczky, Deszö Szilagyi, Graf Albert Apponyi, Baron Bela Bánhidy und Graf Anton Szécsen hielten weder

[172]) Journal, 8. Sitzung am 9. März 1878 (ungarisch).
[173]) Neue Freie Presse, 10. März 1878: Sitzung des Komitees.

die Begründung der Regierungsvorlage noch das Exposé für ausreichend. Selbst der Referent Dr. Max Falk bekämpfte die Regierungsvorlage und unterbreitete einen Beschlußantrag, der den Kredit nur für den Fall der Mobilisierung der gesamten österreichisch-ungarischen Wehrmacht bewilligen wollte. Er suchte sich dadurch eine Sicherheit zu verschaffen, daß die sechzig Millionen nicht für eine Okkupation oder Annexion Bosniens und der Herzegowina, sondern nur für ein Unternehmen größten Ausmaßes Verwendung finden sollten. Dieser Antrag wurde am 12. März in der ungarischen Subkommission einstimmig angenommen[174]). Seine Formulierung, die eine Okkupation ausgeschaltet hätte, zwang Andrássy zu größerer Offenheit. Er bezeichnete es als ein Mißverständnis[175]), wenn man die Frage des Kredites ausschließlich mit einer allgemeinen Mobilisierung in Zusammenhang bringe, da er auch für eine partielle Maßregel, falls sich eine solche aufdrängen sollte, die Verwendung des Geldes in Aussicht stellen müsse. Auf eine Bitte des Grafen Apponyi um nähere Aufklärung fügte der Außenminister jedoch sofort wieder beruhigend hinzu, daß schon die Form und die Höhe des Kredites zeigten, daß es sich um keinen geringen Zweck handle. Mit dieser Taktik der halben Andeutung einer Unternehmung gegen Rußland gewann Andrássy in der russenfeindlichen ungarischen Delegation immer wieder die notwendige Mehrheit für seine Maßnahmen, ohne sich aber irgendwie festzulegen.

Die Debatte des Plenums über den Bericht[176]) zeigte ähnliche, wenn auch einheitlichere Züge wie jene in der österreichischen Delegation. Nur die Kroaten, durch Vončina und Horvath vertreten, bewilligten den Kredit in der zuversichtlichen Hoffnung auf eine Annexion Bosniens und der Herzegowina. Alle übrigen Mitglieder verabscheuten diese Gebietserweiterung, wobei die regierungstreue Mehrheit durch ihre Redner Gábor Várady, Graf Máno Péchy, Lájos Csernatóny und Istvan Márkus das unbedingte Vertrauen zum Ausdruck brachte, daß Andrássy den Kredit nicht zu „Annexionszwecken mißbrauchen" werde, während die Opposition zwar von Andrássys Okkupationsabsichten überzeugt war, zur Kreditverwei-

[174]) Neue Freie Presse, 13. März 1878.

[175]) Ebenda, 15. März 1878: Konferenz der ungarischen Delegation vom 14. März 1878.

[176]) Journal, 14. Sitzung am 19. März 1878 (ungarisch).

gerung jedoch nicht den Mut fand. Auf Grund dieser vollständig entgegengesetzten Meinungen wurde am 19. März der Kredit einstimmig bewilligt.

Andrássys Sieg in den Delegationen bedeutete zwar keine Billigung der Okkupationspolitik, aber er gab ihm durch die verschiedenartige Begründung des Kredites verfassungsmäßig eine gewisse Handlungsfreiheit. Hatte man doch sowohl den Krieg mit als auch gegen Rußland, die Annexion, als auch die Herstellung des status quo der Türkei von ihm verlangt. Ungehindert konnte er daher an die diplomatische Vorbereitung des letzten Aktes der Orientkrise gehen.

Schon am 6. März hatte Graf Andrássy an Deutschland, Rußland, England, Frankreich und Italien die Einladung zu einem Kongreß nach Berlin ergehen lassen[177]). Es dauerte aber noch geraume Zeit bis zu seinem endgültigen Zusammentritt, die der österreichische Außenminister benützte, um sich eines Bundesgenossen auf dem Kongreß zu versichern. Am 21. April 1878 sandte er ein Memorandum nach London[178]), in dem er den österreichischen Standpunkt darlegte. Dieses würde allein genügen, um seine Beteuerungen vor den Volksvertretungen zu widerlegen, schrieb er doch in der Einleitung: „Diese Darlegung enthält die Gründe, aus denen wir eine Okkupation Bosniens und der Herzegowina als eventuell einziges Mittel zum Schutze unserer Interessen und als entsprechendste Lösung der Frage ins Auge fassen". Der Inhalt, der in England die Überzeugung erwecken sollte, daß Andrássy die Annexion nur als Notbehelf und gezwungenermaßen anstrebe, war kurz folgender: Der Außenminister leugnete die Möglichkeit, daß Bosnien und die Herzegowina als autonome Provinzen bestehen könnten; sie würden daher an Serbien und Montenegro fallen und ein Gegenstand dauernder Beunruhigung der südlichen Provinzen Österreichs werden. Schließlich könnte dieser Zustand dahin führen, daß Österreich gezwungen wäre, den ganzen Komplex (also auch Serbien und Montenegro) zu annektieren. Eine Annexion Bosniens und der Herzegowina sei in der Monarchie zwar nicht populär, versicherte er, und bedeute politisch und finanziell nur eine Bürde für

---

[177]) Große Politik Bd. II Nr. 333.
[178]) Ebenda, Nr. 400.

Österreich, sie sei aber das einzige Mittel, um die Verhältnisse auf dem Balkan zu festigen.

Zur gleichen Zeit liefen auch Verhandlungen mit der Türkei[179]) über eine freiwillige Abtretung der beiden Provinzen, die aber, wie zu erwarten war, ergebnislos endeten. Schließlich einigte man sich dahin, „die Entscheidung über diese Frage dem Kongreß vorzubehalten". In vollkommenem Gegensatz zu diesen Vorbereitungen ließ Graf Andrássy noch im Mai 1878 eine Interpellation Ritter von Grocholskis beantworten und zeigte damit, daß er die Wahrheit nicht etwa nicht sagen konnte, sondern auch nicht sagen wollte. Diese Vermutung bestätigt eine seiner Äußerungen: „Ich hätte längst alle meine Karten auf den Tisch gelegt und würde das Spiel doch nicht verloren haben, aber ich bin nicht für die Kiebitze da und liebe es nicht, wenn sich andere Leute meinen Kopf zerbrechen"[180]). Grocholski hatte seine Interpellation mit den Zeitungsgerüchten über einen bevorstehenden Einmarsch der österreichischen Truppen in Bosnien begründet und gefragt, ob diese auf Wahrheit beruhten und im bejahenden Fall, zu welchem Zweck und mit wessen Zustimmung dieser Einmarsch erfolgen solle[181]). Die Antwort, die Andrássy durch Auersperg geben ließ[182]), entsprach seinem alten Verschleierungssystem: Die Ansichten der Regierung hätten sich nicht geändert, sie habe die Frage wegen Bosnien und der Herzegowina nie aus einem anderen Gesichtspunkt aufgefaßt als aus dem der Notwendigkeit, mit aller Entschiedenheit auf eine solche Lösung hinzuwirken, welche Garantien gegen die periodische Wiederkehr ähnlicher Zustände wie der heutigen zu bieten geeignet sei. Die Regierung habe nie daran gedacht, die Regelung dieser Frage dem Kongreß zu entziehen. Sie sei vielmehr in der Lage, alle jene Zeitungsmeldungen als unbegründet zu erklären, weshalb auch die Kombinationen, welche daran geknüpft wurden, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrten.

Eine viel wirksamere Auskunft über die wahren Absichten der Regierung als die Interpellationsbeantwortung gab jedoch eine Vorlage, die am gleichen Tage im österreichischen und ungarischen Ab-

---

[179]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 122.
[180]) Gustav Kolmer: a. a. O. Bd. II S. 435.
[181]) Stenogr. Protokolle, XI. Bd., Wien 1878, 379. Sitzung am 9. Mai 1878.
[182]) Ebenda, 381. Sitzung am 14. Mai 1878.

geordnetenhaus eingebracht wurde und die Bedeckung des Sechzigmillionenkredits forderte. Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde trotz des Widerstandes der äußersten Linken die Vorlage angenommen[183]), da Ministerpräsident Tisza noch einmal ausdrücklich erklärt hatte[184]), daß die Monarchie weder durch ein Bündnis noch durch eine Abmachung in der Freiheit ihrer Entschließungen behindert sei. Die Kreditvorlage bezwecke, die an der südlichen, südöstlichen und nördlichen Grenze der Monarchie zu treffenden Verfügungen und möglicherweise notwendig werdenden Truppenvermehrungen zu ermöglichen. Tiszas Rede, die der Politik der Regierung eine antirussische Färbung geben sollte[185]), konnte das Mißtrauen im ungarischen Reichstag zwar nicht beseitigen, schuf aber doch die Grundlage zur Annahme der Vorlage. Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hingegen lehnte es ab, in die Beratung dieser Vorlage einzugehen und beschloß auf Antrag Dr. Giskras: „Es wird von der Verhandlung über die Regierungsvorlage solange Umgang genommen, bis die in dem allerhöchst sanktionierten Delegationsbeschluß vorgesehene sofortige eingehende Mitteilung über die Inanspruchnahme des Kredits von sechzig Millionen an die Delegation erfolgt ist"[186]).

Diese Weigerung des österreichischen Ausschusses beschleunigte den Zusammentritt der Delegationen. Am 28. Mai[187]) eröffnete ihnen Andrássy, daß sich die Regierung nunmehr um die Bedeckung des Sechzigmillionenkredites an die Finanzminister gewandt habe. In einem begleitenden Exposé versicherte der Außenminister, daß die nötigsten militärischen Vorbereitungen nicht mehr länger verschoben werden könnten, die Absichten und die Ziele der Regierung aber nach wie vor dieselben seien.

Nachdem Andrássy auf eine Frage des Grafen Apponyi erklärt hatte, daß der Kongreß das Los Bosniens entscheiden werde, billigte der Ausschuß für Äußeres der ungarischen Delegation am 30. Mai

---

[183]) Diarium, 18. Bd., Budapest 1878, 396. Sitzung am 16. Mai 1878 (ungar.).
[184]) Ebenda, 394. Sitzung am 14. Mai 1878.
[185]) Neue Freie Presse, 15. Mai 1878.
[186]) Ebenda, 17. Mai 1878.
[187]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, X. Session, Wien 1878, 10. Sitzung am 28. Mai 1878. Journal, 19. Sitzung am 28. Mai 1878 (ungarisch).

nach kurzer Debatte den vom Referenten unterbreiteten Entwurf des Berichtes[188]):

„Nachdem die jetzige Session der Delegation die Beendigung der im Dezember des Vorjahres begonnenen und im März dieses Jahres fortgesetzten Verhandlungen bildet und in deren Verlauf die geehrte Delegation wiederholt namentlich anläßlich der Verhandlungen des außerordentlichen Sechzigmillionenkredites, sich auch über die Politik des Ministers des Äußern überhaupt und über dessen Orientpolitik insbesondere ausgesprochen hat, seither aber eine Wendung der Ereignisse und eine wesentliche Veränderung der Situation nicht zu beobachten ist, konnte sich der Ausschuß nicht zur Initiierung einer allgemeinen politischen Diskussion bewogen fühlen, sondern beschränkte sich ausschließlich auf seine jetzige Aufgabe: Auf die Verhandlung des 1878er Voranschlages des gemeinsamen Ministeriums des Äußern."

Ebenso gelangte am 31. Mai im österreichischen Budgetausschuß der Antrag des Referenten Dr. Schaup zur Annahme[189]): „Es werden die vom Minister in der Sitzung vom 28. Mai gemachten Mitteilungen, als im Sinne des a. h. sanktionierten Delegationsbeschlusses abgegeben, zur Kenntnis genommen".

Während die österreichische Delegation fast ohne Debatte das Budget bewilligte[190]), entspann sich bei der Vorlage des Berichtes in der Plenarsitzung der ungarischen Delegation[191]) ein Gedankenaustausch, der von neuem zeigte, daß in Ungarn nur die Kroaten eine Okkupation ersehnten. Die Opposition hingegen forderte noch einmal eine mit den Wünschen des Volkes übereinstimmende Politik und eines ihrer Mitglieder, Eduard Zsedényi, brachte sogar einen Beschlußantrag ein:

„Nachdem die bloße Nachricht, es sei beabsichtigt, Bosnien und die Herzegowina durch Truppen der österreichisch-ungarischen Armee zu besetzen, intensive Besorgnisse in der Bevölkerung erweckt hat und da diese Eventualität mit den Interessen der Monarchie nicht vereinbar ist, spricht die Delegation den Wunsch aus, daß bei der Regelung der Orientfrage auf dem Kongreß die Okkupation oder Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn als mit den Interessen der Monarchie unvereinbar vermieden werde."

Aber auch dieser letzte Versuch der Opposition, die Absicht Andrássys zu vereiteln, scheiterte an dessen Widerspruch und an der Haltung der gesamten Delegation, die einstimmig das Budget des Außenministers annahm und Zsedényis Antrag ablehnte.

---

188) Neue Freie Presse, 31. Mai 1878.
189) Ebenda, 1. Juni; Wiener Zeitung, 1. Juni 1878.
190) Ebenda, 5. Juni 1878.
191) Journal, 24. Sitzung am 2. Juni 1878 (ungarisch).

Das Werk der Volksvertretungen war vollendet. Am 8. Juni 1878 wurden die Delegationen aufgelöst, am 17. Juni der österreichische Reichsrat vertagt. Auch die Session des ungarischen Reichstages schloß am 30. Juni, jedoch nicht, ohne daß im Abgeordnetenhaus noch ein letztes Mal Protest gegen die Okkupation erhoben wurde. Ignácz Helfy[192]) führte vor Augen, wie sich Ungarn gegen die beabsichtigte Okkupation wiederholt zur Wehr gesetzt habe, weil es das Rechtsgefühl verletze, daß Österreich, ohne gegen die Türkei im Kriege gestanden zu sein, dieser ebenfalls eine Provinz entreißen wolle. Auch die Rücksicht auf ihr eigenes Interesse müsse die Monarchie zur Ablehnung bestimmen, da Rußland nur gewisse Elemente Bosniens dazu benützen werde, um die Keime des Zerfalls nach Österreich zu tragen. Am Schluß bat Helfy die Regierung eindringlich, von einer Okkupation, die doch nur das Vorspiel zur Annexion wäre, Abstand zu nehmen. Tisza begnügte sich mit den die Okkupationsnachrichten vollauf bestätigenden Worten[193]), daß es nie im Interesse Ungarns liegen könne, wenn die slawischen Staaten der Südgrenze, einander die Hand reichend, eine zusammenhängende Kette um die Füße der Monarchie schlingen sollten.

2. Der Höhepunkt des Abwehrkampfes der Deutschliberalen, die Adreßdebatten und die Parlamentsverhandlungen über den Berliner Vertrag.

Der Zeitpunkt für den Zusammentritt des Kongresses nahte heran. Zwischen den nächstbeteiligten Staaten Österreich-Ungarn, Rußland, Deutschland und England waren noch zahlreiche Verhandlungen hin- und hergegangen, die dem Zwecke dienen sollten, schon im Voraus für den Kongreß bestimmte gegenseitige Hilfeleistungen zu vereinbaren. In dieser Richtung ging das Abkommen vom 30. Mai zwischen Suvalow und Salisbury, sowie jenes vom 6. Juni[194]) zwischen Salisbury und Andrássy, das neben einem Abkommen über Bulgarien auch die Verpflichtung Englands enthielt, jeden Bosnien und die Herzegowina betreffenden Vorschlag der Monarchie auf dem Kongreß zu unterstützen.

---

[192]) Diarium, 18. Bd., 419. Sitzung am 27. Juni 1878 (ungarisch).
[193]) Ebenda.
[194]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 121.

Am 13. Juni 1878 fand unter Bismarcks Leitung die Eröffnungssitzung des Berliner Kongresses statt. Die Frage Bosniens und der Herzegowina, deren Ergebnis die Entscheidung über Andrássys Politik enthalten mußte, kam erst Ende Juni zur Beratung. Nur ein Mandat Europas konnte als jene „zwingende Notwendigkeit", von der er so oft gesprochen hatte, ihn aus der Bedrängnis zwischen der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns und dem Wunsch der Krone nach dem Besitz der beiden Provinzen retten. Die Einigung mit England war, wie oben erwähnt, schon vor Beginn des Kongresses erfolgt, ebenso hatte sich auch der deutsche Reichskanzler bereit erklärt, die österreichischen Ansprüche zu unterstützen[195]). Um den Türken die Annahme zu erleichtern und selbst den staatsrechtlichen Schwierigkeiten der Eingliederung zu entgehen, wählte Andrássy schließlich statt Annexion die Benennung Okkupation und Administration. In dieser Form stellte England am 28. Juni 1878 den Antrag[196]), Österreich das europäische Mandat über Bosnien und die Herzegowina zu erteilen. Während alle übrigen Mächte dem Vorschlag Englands beitraten, leisteten die Türken so erbitterten Widerstand, daß Andrássy, um nicht den ganzen Kongreß zu gefährden, am 13. Juli eine geheime Deklaration unterzeichnete[197]), wonach die Okkupation nur vorläufigen Charakter haben und die Oberhoheit des Sultans über die beiden Provinzen gewahrt bleiben sollte. Dieser Schritt, den der österreichische Außenminister unternahm, um weiteren diplomatischen Verwicklungen zu entgehen, sollte dereinst die schlimmsten Folgen zeitigen und zur Ursache der schweren Annexionskrise des Jahres 1908 werden.

Vorläufig schienen aber alle Hindernisse überwunden, der Artikel 25 der Kongreßakte konnte unterzeichnet werden[198]): «Les provinces de Bosnie et d'Herzégovine seront occupées et administrées par l'Autriche-Hongrie. Le Gouvernement d'Autriche-Hongrie ne désirant pas se charger de l'administration du Sandjak de Novibazar qui s'étend entre la Serbie et le Monténégro dans la direction sud-est jusqu'au delà de Mitrovitza, l'administration ottomane continuera d'y fonctionner. Néanmoins, afin d'assurer le main-

[195]) Große Politik Bd. II Nr. 412 und 415 sowie Nr. 434—439.
[196]) De Martens: a. a. O. T. III p. 337/38.
[197]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 133.
[198]) „Das Staatsarchiv" Bd. 34 S. 286.

tien du nouvel état politique ainsi que la liberté et la sécurité des voies de communication, l'Autriche-Hongrie se réserve le droit de tenir garnison et d'avoir des routes militaires et commerciales sur toute l'étendue de cette partie de l'ancien Vilayet de Bosnie. A cet effet, les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie se réservent de s'entendre sur les détails».

Am 13. Juli beschloß der Kongreß seine Tätigkeit. Als Sieger kehrte Andrássy in die Heimat zurück, aber lediglich, um hier erneut den Kampf mit seinen erbittertsten innerpolitischen Gegnern aufzunehmen.

Nur die Südslawen und die Rechtspartei waren über die neue Gebietserweiterung erfreut, sahen sie doch das erreicht, wofür sie seit Beginn der Orientkrise gekämpft hatten[199]). Die Tschechen verhielten sich anfangs ablehnend, da sie den Bosniern und Herzegovcen volle Selbständigkeit gewünscht hätten, erkannten aber bald in der Okkupation die nie wiederkehrende Gelegenheit, in Österreich dem Slawentum eine beherrschende Stellung zu erringen. Kurze Zeit darauf gaben sie deshalb ihre Enthaltungspolitik auf und erschienen ebenfalls im Reichsrat (7. Oktober 1879, IX. Session). Die Polen zeigten sich zwar entrüstet über den Gewaltakt der Okkupation, den sie mit den polnischen Teilungen verglichen, machten aber in der Hoffnung auf reiche Belohnung keine Opposition.

Große Erregung rief daher die Nachricht von dem europäischen Mandat nur bei den Deutschösterreichern und den Magyaren hervor, die bis zuletzt doch immer noch die Hoffnung gehegt hatten, daß ihnen die Okkupation erspart bleiben würde. Auf deutscher Seite äußerte sich die Erbitterung zwar gedämpfter als auf ungarischer, aber sie saß dafür um so tiefer und schritt im Gegensatz zur ungarischen rücksichtslos über die eigensten Interessen hinweg.

In Ungarn schien die Lage besonders gefährlich, da Anfang August (5.—14. 8.) die Reichstagswahlen bevorstanden[200]) und man befürchten mußte, daß bei der allgemeinen okkupationsfeindlichen Stimmung eine Mehrheit in das Abgeordnetenhaus kommen könnte, die die Okkupation einfach ablehnen würde. Der ungarische Ministerpräsident forderte daher von Andrássy[201]), daß die Okkupation keine ausschließlich türkenfeindliche Färbung erhalten, sondern als

[199]) Neue Freie Presse, 7. Juli 1878.
[200]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 144. [201]) Ebenda.

ein Schritt erscheinen sollte, um dem Einflußbereich Rußlands auf dem Balkan entgegenzutreten und wünschte, daß sie im Einvernehmen mit der Pforte durchgeführt werde. Tatsächlich knüpfte Österreich, um der öffentlichen Meinung etwas entgegenzukommen, Verhandlungen mit der Türkei an, die von derselben aber grundlos hinausgezögert wurden. Ohne weitere Vereinbarung überschritten daher am 28. Juli 1878 die österreichisch-ungarischen Truppen die Grenzen Bosniens und der Herzegowina. Aus dem friedlichen Einmarsch aber, den sich der Kaiser und Andrássy erhofft hatten, erwuchs ein verlustreicher Feldzug, da sich die Aufständischen, vom regulären türkischen Militär unterstützt, nun gegen die Österreicher wandten, denen sie die abwartende Haltung durch vier Jahre nicht vergessen hatten. Erst Ende Oktober konnte man die Besetzung als vollendet ansehen.

Trotzdem die Wahlen in Ungarn unter dem Eindruck der ersten blutigen Okkupationskämpfe vor sich gingen, trat gerade das Gegenteil von dem ein, was Tisza befürchtet hatte. Da die Opposition kein besseres Programm und keine tüchtigeren Führer zu bieten hatte[202]) als die bisherige liberale Regierungspartei, erhielt diese und damit das Ministerium Tisza, das durch die nahe Verbindung mit dem Außenminister Grafen Andrássy nach wie vor die beste Garantie für den überwiegenden Einfluß Ungarns auf die Gesamtleitung der Donaumonarchie bot, wiederum die Mehrheit. Die politische Erwägung triumphierte über die Feindschaft gegen den Außenminister und die Empörung über eine doch schon vollendete Tatsache.

Der Widerstand gegen die Politik Andrássys war allerdings auch in Transleithanien noch lange nicht völlig gebrochen. Er wurde vielmehr verstärkt durch den Rücktritt des Finanzministers Széll[203]), der der Opposition neuen Mut verlieh, da man ihn allgemein mit den durch die Okkupation verursachten Schwierigkeiten in Verbindung brachte. (Nach Wertheimer allerdings soll Széll diesen Schritt getan haben, um gegen etwaige Absichten der militärischen Kreise auf Saloniki zu protestieren[204]). Dem Rücktritt Szélls folgte der des gesamten ungarischen Ministeriums, das provisorisch mit der Weiterführung der Geschäfte betraut wurde.

[202]) Neue Freie Presse, 16. Juli 1878.
[203]) Ebenda, 1. Oktober 1878.
[204]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 171.

Unter der Zwangslage der vollzogenen Okkupation und mit zwei demissionierten Ministerien (auch das Ministerium Auersperg hatte am 4. Juli sein Entlassungsgesuch erneuert) begann der letzte Sessionsabschnitt des österreichischen Reichsrates (22. Oktober 1878) und die neue Sitzungsperiode des ungarischen Reichstages (20. Oktober 1878).

Die Erregung der deutschliberalen Abgeordneten über die Okkupation hatte sich nicht gemildert, sondern wurde im Gegenteil durch die Wiener Zeitungen, besonders die „Neue Freie Presse" ständig geschürt. Da die Regierung wußte, daß ihr im Reichsrat ein bis zum Äußersten geführter Kampf bevorstand[205]), suchte sie diesen zu umgehen und die Entscheidung über die Okkupationspolitik in die Delegationen zu verlegen, die nur eine Minderheit von Verfassungstreuen umschlossen und deshalb Andrássy im allgemeinen günstiger gesinnt waren. Hatten diese seiner Politik einmal zugestimmt, so waren auch die Parlamente gezwungen sich dem wohlwollenden Urteil anzupassen. Die Verfassungspartei wußte dies und bot daher ihren ganzen Einfluß auf, um die Absicht der Regierung zu vereiteln und Andrássys Verantwortung vor den Delegationen zu verhindern[206]). Der Neue Fortschrittsklub, der Klub der Linken und der Fortschrittsklub erwogen den Plan, durch eine Adresse an die Krone im Reichsrat sofort die Auseinandersetzung über die Orientfrage aufzurollen. Schon in der ersten Sitzung brachte Dr. Kopp im Namen des Fortschrittsklubs einen Adreßentwurf ein[207]), der ein scharfes Mißtrauensvotum gegen Andrássy enthielt und sich hauptsächlich gegen die Methode richtete, mit der die Okkupation ins Werk gesetzt worden war. Er beklagte den „Mangel an Offenheit und Rückhaltlosigkeit" gegenüber den Parlamenten und verlangte Aufklärung über die Tendenzen und Ziele der auswärtigen Politik sowie die sofortige Vorlage des Berliner Vertrages. Um dieser Forderung größeren Nachdruck zu verleihen, beschloß der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses den von der Regierung verlangten Kredit von 25 Millionen Gulden für außerordentliche Ausgaben so lange nicht der Beratung zu unterziehen,

---

[205]) Neue Freie Presse, 20. Oktober 1878.

[206]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 168.

[207]) Stenogr. Protokolle, 12. Bd., Wien 1879, 400. Sitzung am 22. Oktober 1878. 876 der Beilagen.

bis der Berliner Vertrag dem Reichsrat zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt wurde.

An demselben Tag gab die Verfassungspartei die letzte Möglichkeit aus der Hand, noch einmal ein Ministerium zu bilden. Um in Cisleithanien die unhaltbaren parlamentarischen Zustände zu beseitigen, die aus dem neuerlichen Rücktritt des Ministeriums Auersperg hervorgegangen waren, hatte Kaiser Franz Joseph dem bisherigen Finanzminister Depretis[208]), der ihm von Dr. Herbst als der hiefür geeignetste Mann bezeichnet worden war[209]), die Bildung eines neuen Ministeriums übertragen. Da Depretis das Amt nur annehmen konnte und wollte, wenn ihm die Verfassungspartei volle Unterstützung zusagte, setzte er sich mit den einzelnen Klubs in Verbindung und entwickelte an jenem 22. Oktober 1878 vor einem kleinen Kreis von Abgeordneten ein Programm[210]), das außenpolitisch die Fortsetzung der Okkupation forderte, bis deren Kosten ersetzt und Garantien für die Ruhe und Ordnung in den okkupierten Provinzen vorhanden sein würden. Dabei stieß er jedoch auf den erbitterten Widerstand Dr. Herbsts, den die unwiderrufliche Tatsache der Okkupation jede Rücksicht sowohl auf die Person Andrássys als auch auf das Schicksal der Verfassungspartei hatte vergessen lassen. Er erklärte, daß er Depretis zwar in allen inneren Fragen, nicht aber in der äußeren Politik unterstützen werde, soweit sich diese mit der Andrássys identifiziere, da nur dessen Rücktritt die Lage bessern könne. Auch in der allgemeinen Debatte kam eine überwiegend Andrássy-feindliche Stimmung zum Ausdruck, die schließlich in schriftlichen Erklärungen der einzelnen Klubs niedergelegt wurde. Am 23. Oktober übergab der Fortschrittsklub dem Finanzminister ein Schreiben[211]), worin er versicherte, daß er nicht in der Lage sei, auf dieser Grundlage der neuen Kabinettsbildung seine Unterstützung in Aussicht zu stellen. Ihm folgte am 26. Oktober der Neue Fortschrittsklub[212]), der ebenfalls die äußere Politik mißbilligte und „die Stabilisierung eines nach seinen verfassungsrechtlichen und finanziellen Folgen völlig unklaren Zustandes" für unan-

[208]) „Zur Geschichte der k. k. Ministerien 1861—1916" nach den Erinnerungen von Alois Czedik, Teschen, Wien, Leipzig 1920, Bd. I S. 250.
[209]) Ernst von Plener: a. a. O. Bd. II S. 128.
[210]) Neue Freie Presse, 23. Oktober 1878.
[211]) Ebenda, 24. Oktober 1878.
[212]) Ebenda, 26. Oktober 1878.

nehmbar erklärte. Im Klub der Linken endlich kam es über der Frage der Kabinettsbildung zu einer völligen Spaltung[213]), da viele Depretis freundlich gesinnt waren, während die führenden Männer seinem außenpolitischen Programm ihre Zustimmung nicht geben wollten, aus dem Klubverband ausschieden und dem Neuen Fortschrittsklub beitraten. Der Rest des Klubs der Linken, „Bosnische Linke" genannt, suchte und fand Annäherung beim linken Zentrum. Für Depretis war durch die Ablehnung der Mehrheit der Verfassungspartei die Aufgabe, ein neues Ministerium zu bilden, zur Unmöglichkeit geworden. Am 29. Oktober legte er seine Mission in die Hand des Kaisers zurück[214]).

„Wir wissen sehr wohl und man spart nicht mit den deutlichsten Fingerzeigen", so schrieb die „Neue Freie Presse", „daß möglicherweise der Widerstand gegen die Okkupationspolitik gleichbedeutend ist mit dem Sturz des verfassungsmäßigen Systems. Aber wir glauben, daß, vor die Wahl zwischen ihrem Gewissen und der politischen Niederlage gestellt, die Verfassungspartei nicht schwanken kann."

„Jener 20. Oktober war ein dies nefastus für die Stellung der Deutschen in Österreich. Von ihm datiert der Niedergang ihrer politischen Stellung"[215]), stellte Ritter von Przibram in seinen Erinnerungen fest und hatte damit, wenigstens soweit es den äußeren Zeitpunkt betrifft, sicher recht, wenn auch die inneren Ursachen schon viel weiter zurücklagen.

Im österreichischen Abgeordnetenhause hatte inzwischen die erste Lesung des Adreßantrages stattgefunden[216]). Mit 142 gegen 78 Stimmen wurde er trotz des Widerspruchs der Rechtspartei und der Polen einem Ausschuß zur Beratung überwiesen. Am 4. November begann die Generaldebatte über die im Ausschuß neu formulierte, von Dr. Tomaszczuk vertretene Adresse[217]), nachdem am

---

[213]) Ernst von Plener: a. a. O. Bd. II S. 130; siehe auch Gustav Kolmer: a. a. O. Bd. II S. 442.

[214]) Neue freie Presse, 30. Oktober 1878.

[215]) Ritter von Przibaum: „Erinnerungen eines alten Österreichers", Stuttgart, Leipzig 1912, Bd. II S. 91.

[216]) Stenogr. Protokolle, 12. Bd., Wien 1879, 402. Sitzung am 29. Okt. 1878.

[217]) 12. Beilagenband zu den Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates in den Jahren 1878—1879, Wien 1879, 880 der Beilagen.

selben Tag auch der Berliner Vertrag in Form einer Beilage zu einem in Aussicht stehenden Gesetzentwurf über die Einverleibung Spizzas dem Abgeordnetenhaus allerdings nur zur Kenntnisnahme vorgelegt worden war.

Zum ersten und letzten Mal während des Verlaufes der ganzen Orientkrise stand die Verfassungspartei in dieser Adreßdebatte[218]) wie ein Mann zusammen. Noch einmal war die immer größere Ausdehnung annehmende Zersplitterung überwunden worden. Bundesgenossen fanden die Deutschliberalen wie schon anläßlich des Sechzigmillionenkredits bei Dr. Tomaszczuk, dem Abgeordneten der Bukowina, sowie bei den ihrem Klub opponierenden liberalen Polen Hausner und Wolski. Die Auseinandersetzungen bewegten sich durchaus auf dem Boden der bisherigen Anschauungen und wurden noch verschärft durch Bitterkeit und Haß, die dem Gefühl des absichtlich Getäuschtwerdens entsprangen. Die inkonstitutionelle Haltung der Regierung war das Ziel zahlreicher Angriffe. „Man ließ die Parlamente reden, ihre Willensmeinung klar und unzweideutig kundgeben, stimmte derselben laut und vernehmlich zu und traf in aller Stille und Entschiedenheit seine Vorbereitungen für das Gegenteil. Das ist unser österreichischer Konstitutionalismus"[219]).

Aber auch Andrássys abenteuerliche Politik, die Okkupation Bosniens und der Herzegowina, von der man sich innen- wie außenpolitisch nichts Gutes erwartete, wurde nach wie vor auf das Entschiedenste verdammt. Die Angehörigen der Rechtspartei hingegen fühlten, daß nun ihre Zeit gekommen war und daß es nur von ihrer Geschicklichkeit abhing, möglichst großen Gewinn aus dem Umbruch der Verhältnisse zu ziehen. Fürst Liechtenstein und Graf Hohenwart wetteiferten in der Zustimmung zur Okkupation, um, wie ihnen Dr. Tomaszczuk mit geißelndem Hohn zurief, wissen zu lassen, „wo die Männer zu finden sind, welche den durch unsere auswärtige Politik herbeigeführten Resultaten zujubeln und mit Ungeduld die Gelegenheit abwarten, daraus Konsequenzen abzuleiten". Sie überschütteten die Verfassungspartei mit den heftigsten Anklagen und warfen ihr vor, daß sie, stets verneinend, es in der

[218]) Stenogr. Protokolle, 12. Bd., Wien 1879, 404. und 405. Sitzung am 4. und 5. November 1878.

[219]) Ebenda, 404. Sitzung am 4. November 1878: Rede des Abgeordneten von Pacher.

schweren Stunde des Vaterlandes an der nötigen Einigkeit hätte fehlen lassen. Die Großmachtstellung der Partei sei ihr über die Großmachtstellung Österreichs gegangen und daher habe sie versucht, ebenfalls Nationalitätenpolitik zu treiben und jede Vermehrung des slawischen Volkstums zu verhindern. Andrássys Politik nannten sie dagegen eine wahrhaft österreichische im alten Sinne und bezeichneten nur die Art der Okkupation durch ein europäisches Mandat und ihre Durchführung als schwächlich.

Auch die Polen stimmten gegen den Adreßentwurf in der Hoffnung, daß die Okkupation der erste Schritt auf der Bahn einer gegen Rußland gerichteten Politik sein werde.

Nach Abschluß der Debatte wurde die Adresse bei namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 70 Stimmen angenommen, wobei sich die Minister des Votums enthielten. Dieses Ergebnis war ein großer, wenn auch nur äußerlicher Erfolg der Verfassungspartei, der Höhepunkt des Kampfes gegen die Orientpolitik der Regierung. Die Adresse hatte folgenden Wortlaut[220]):

„Euere kaiserliche und königliche Apostolische Majestät!

Zur Wiederaufnahme seiner Tätigkeit einberufen, erachtet es das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates für seine erste und heiligste Pflicht gegen Euere Majestät und gegen die Bevölkerung, unter den gegenwärtigen außerordentlichen inneren und äußeren Verhältnissen der Monarchie von der seit einer Reihe von Jahren nicht zur Ausübung gelangten verfassungsmäßigen Berechtigung Gebrauch machend, seinen Ansichten in einer alleruntertänigsten Adresse Ausdruck zu geben.

Hart bedrängt durch die seit Jahren den Wohlstand untergrabende wirtschaftliche Krise und in erneuerten Kämpfen gegen ein alljährlich wiederkehrendes Defizit bedurfte Österreich vor allem der Sammlung und Ruhe.

Die schwerbelasteten Völker Österreichs konnten wohl erwarten, daß nunmehr eine friedliche Entwicklung der staatlichen Zustände, ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen der Regierung und dem Reichsrate, vor allem aber das beiderseitige energische Bestreben nach Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte durch Anbahnung ausgiebiger Reduktionen und Ersparungen es ermöglichen würden, die Lasten fernerhin zu ertragen, welche der Kostenaufwand für die gemeinsamen Angelegenheiten der Bevölkerung auferlegt.

Um diese für das Gedeihen der Monarchie hochwichtigen, ja geradezu entscheidenden Voraussetzungen zu verwirklichen, genügt nicht die formelle Beobachtung der verfassungsmäßigen Bestimmungen, wenn dieselbe mit einem Vorgehen der Regierung verbunden ist, welches ge-

---

[220]) 12. Beilageanbnd zu den Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten des österr. Reichsrates in den Jahren 1878—79, 882 der Beilagen.

eignet erscheint, die in den Vertretungskörpern zu Ausdrucke gelangenden Wünsche der Bevölkerung zu paralysieren und dadurch zur Untergrabung des parlamentarischen Systems zu führen.

Der Patriotismus der österreichischen Völker, deren unwandelbare Ergebenheit für die Allerhöchste Person Eurer Majestät, deren oft bewährte Opferwilligkeit für die Sicherheit und Wohlfahrt der Monarchie geben jeder verfassungstreuen Regierung die volle Gewähr, daß eine offene und rückhaltlose Darlegung innerer oder äußerer Staatsnotwendigkeit in den Vertretungskörpern stets auf einmütiges Entgegenkommen rechnen darf.

Das Abgeordnetenhaus muß den Mangel solcher Offenheit und Rückhaltlosigkeit bei dem Vorgehen beklagen, welches von der Regierung bezüglich der orientalischen Angelegenheiten den Vertretungskörpern gegenüber eingehalten wurde.

Seit dem Beginne der orientalischen Verwicklungen tauchten im Abgeordnetenhaus wiederholt Befürchtungen auf, und wurden Anfragen an die Regierung gestellt über die Richtung und das Ziel ihrer auswärtigen Politik.

Die Regierung versicherte in Beantwortung dieser Anfragen zu wiederholten Malen, daß die Politik der Monarchie vor allem auf Erhaltung des Friedens gerichtet sei und daß hierdurch ein Streben nach Erwerbung fremden Gebietes von selbst ausgeschlossen werde. Und noch am 14. Mai 1878 äußerte sich dieselbe in einer Weise, welche auf den Fortbestand dieser Richtung schließen lassen mußte.

Ebenso stellte die gemeinsame Regierung in den Delegationen jede Absicht einer Okkupation oder Annexion in Abrede, sie verlangte und erwirkte nur für den Fall unvorhergesehener Ereignisse und unabweislicher Notwendigkeit die Bewilligung eines Kredites von 60 Millionen Gulden.

Kaum waren aber diese Zusicherungen verklungen und die Vertretungskörper vertagt, so ließ sich die Regierung durch den Berliner Friedensvertrag das Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina erteilen.

Sofort wurde an die Ausführung der Okkupation geschritten und die teilweise Mobilisierung des Heeres, sowie die Überschreitung der Reichsgrenzen angeordnet, ohne daß mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Verfassung und des Wehrgesetzes für diese ausnahmsweise Verwendung der Wehrkraft die Zustimmung der Vertretungskörper eingeholt worden wäre.

Die als friedlicher Einzug angekündigte Besetzung führte tatsächlich zu einem Kriege, dessen Folgen kaum abzusehen sind.

Unersetzliche Opfer an Blut und Geld wurden der Bevölkerung auferlegt, mit gewohnter Pflichttreue, mit bewundernswerter Ausdauer und Tapferkeit löste die Armee siegreich ihre dornenvolle Aufgabe, doch Tausende sanken dahin, tot, verwundet, erkrankt und namenloses Elend trifft zahlreiche Familien. Und alles dies geschah, bevor die Vertretungskörper den Berliner Friedensvertrag der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen konnten, ja es geschah, ohne daß Österreichs Bevölkerung von der Regierung darüber aufgeklärt worden wäre, welche unvorhergesehenen Ereignisse die Okkupation zur unabweislichen Notwendigkeit

machten, und ob mit dieser Okkupation nicht doch die Erwerbung fremder Gebiete eingeleitet werden soll?

Das Abgeordnetenhaus hält sich verpflichtet, heute schon hervorzuheben, welche neue Wirren in staatsrechtlicher und welche überaus ernste Gefahren in finanzieller Beziehung aus einer derartigen Aktion notwendig hervorgehen müßten und daß dieselbe auch nach außen zu bedrohlichen Verwicklungen Anlaß geben könne.

Euere kaiserliche und königliche Apostolische Majestät! Das Abgeordnetenhaus ist der Überzeugung, daß die Völker Österreichs für ihr geliebtes Vaterland, für ihr angestammtes Herrscherhaus bereit sind, Gut und Blut hinzugeben, und daß die wehrpflichtige Bevölkerung zu allen Zeiten unbedingt und unverzüglich dem Rufe ihres erhabenen Kaisers und Herrn mit todesmutiger Aufopferung folgen wird. Allein, selbst in nichtkonstitutionellen Staaten wird dem Volke eine klare und offene Darlegung der Ziele, für welche die Wehr- und Steuerpflicht zu auswärtigen Kriegsunternehmungen angerufen wird, nicht versagt.

Das Abgeordnetenhaus erwartet deshalb bei Wiederaufnahme seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit von der Regierung Euerer Majestät, daß sie eine offene und bestimmte Erklärung über die Absichten und Ziele der auswärtigen Politik und über jene unvorhergesehenen Ereignisse abgebe, welche die kriegerische Okkupation Bosniens und der Herzegowina als unabweislich notwendig erscheinen machten, und dasselbe erwartet vor allem, daß keine weiteren Schritte auf der eingeschlagenen Bahn unternommen werden, bevor der Berliner Friedensvertrag der verfassungsmäßigen Behandlung des Reichsrates unterzogen sein wird.

Angesichts der hochernsten Lage, in welcher sich das Reich befindet, glaubt jedoch das Abgeordnetenhaus, keinen Augenblick zögern zu dürfen, in unwandelbarer Treue und in unbegrenztem Vertrauen auf die hohe Weisheit und das landesväterliche Herz Eurer Majestät, des Spenders der Verfassung und ihres höchsten Beschützers, ehrfurchtsvoll die Bitte auszusprechen:

Geruhen Euere Majestät allergnädigst von der tiefen Beunruhigung Kenntnis zu nehmen, welche die Völker Österreichs ergriff, als die Geschicke des Reiches in völlig neue gefahrvolle Bahnen gelenkt wurden, ohne daß die Stimme der verfassungsmäßig berufenen Vertreter gehört worden wäre. Gott schütze Österreich, Gott erhalte und segne Euere Majestät!"

Diese Adresse mußte die Verstimmung des Kaisers gegen die deutsche Verfassungspartei nur verstärken, beschuldigte sie doch offen die Regierungspolitik der Unaufrichtigkeit und äußerte die schwersten Bedenken gegen ihre Fortführung. Die Regierungspolitik aber war die Politik des Kaisers, so daß jene Anklagen mittelbar den Monarchen selbst trafen, der in dieser Tat der Deutschliberalen daher eine neue Bestätigung des von ihm über ihre Partei gefällten Urteils erblickte und sich nur noch mehr den Ratschlägen seiner militärischen und feudalen, antideutsch gesinnten Berater überließ[221]).

[221]) Gustav Kolmer: a. a. O. Bd. II S. 450.

Auch durch den ungarischen Reichstag war eine Welle des Widerstandes gegen die Regierungspolitik gegangen. Das Abgeordnetenhaus, dessen Session durch eine kurze Thronrede eröffnet worden war[222]), beobachtete zunächst ein ähnliches Vorgehen wie das österreichische und suchte durch einen Antrag Madárász[223]) auf Vertagung der Delegationswahl das Votum über den Berliner Vertrag von den Delegationen in den Reichstag zu verlegen. Ministerpräsident Tisza verteidigte seine Anschauung jedoch sehr geschickt, er erklärte sich bereit die Verantwortung für die Regierungspolitik zu übernehmen, leugnete alle Abmachungen mit Rußland und erzielte den Erfolg, daß die Delegationswahl tatsächlich auf den von ihm gewünschten Tag festgelegt und alle entgegenlautenden Anträge abgelehnt wurden. Auch der Antrag der äußersten Linken auf Versetzung des Ministeriums in den Anklagezustand fiel am 5. November mit 179 gegen 95 Stimmen[224]).

Da man auch in Ungarn das Bedürfnis fühlte, die allgemeine Stimmung der Krone gegenüber zum Ausdruck zu bringen, schritt man ebenfalls zur Ausarbeitung eines Adreßentwurfes, die teilweise erst während der Delegationssession erfolgte und überdies durch die vorausgehende österreichische Adreßdebatte in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Adresse der Mehrheit sprach beinahe dieselben Gedanken aus wie die österreichische und brachte die Beunruhigung der öffentlichen Meinung durch die Okkupationspolitik zum Ausdruck. Die endgültige Haltung der Mehrheit gegenüber der Regierung stand zur Adresse aber in so grellem Gegensatz, daß diese nur durch das Bestreben der Regierungspartei erklärlich war, ebenfalls etwas gegen die Okkupation zu unternehmen, um sich die Gunst des Volkes zu erhalten. Von größerer Folgerichtigkeit sprach die von Graf Apponyi verfaßte Adresse der vereinigten Opposition[225]). Sie verurteilte die ganze auswärtige Politik Andrássys und erhob die Forderung nach Entfernung des gegenwärtigen Ministeriums sowie nach Beschränkung der Okkupation und Änderung der bisherigen Außenpolitik. Auch der Adreßentwurf der Serben, den Dr. Polit einbrachte[226]), zeugte von politischem Ver-

[222]) Diarium 1878—81 Bd. I, 2. Sitzung am 20. Oktober 1878 (ungarisch).
[223]) Ebenda, 9. Sitzung am 31. Oktober 1878.
[224]) Ebenda, 12. Sitzung am 5. November 1878.
[225]) Ebenda, 14. Sitzung am 11. November 1878 (ungarisch).
[226]) Ebenda.

ständnis und hätte in seiner Objektivität eine ernste Warnung für die Regierung sein müssen. Er hob die beiden Gründe hervor, die Österreich zur Okkupation bewogen haben könnten. Gegen die Festigung Serbiens unternommen, sozusagen als Vorbeugungsmittel gegen das slawische Element sei die Okkupation nur schädlich; aus Gründen zivilisatorischer Art in die Wege geleitet im besten Falle unnütz, da die Wahrscheinlichkeit bestünde, daß andere die Früchte der österreichischen Bemühungen ernten würden. Vom 14. bis zum 27. November dauerte die Adreßdebatte mit unverminderter Heftigkeit[227]). Tisza nahm mit großer Gewandtheit den Adreßentwurf der Mehrheit an[228]) und suchte in einer hervorragenden Rede die Okkupationspolitik zu rechtfertigen und den Nachweis zu erbringen, daß sie gegen die Ausbreitung der russischen Machtsphäre auf dem Balkan gerichtet gewesen sei. Mit diesen Argumenten gelang es ihm schließlich, die Adresse der Regierungspartei mit geringer Mehrheit zur Annahme zu bringen.

Die Adreßdebatten konnten außer einem gewissen moralischen Sieg keine Erfolge zeitigen, vor allem vermochten sie es nicht zu verhindern, daß dennoch die Delegationen zuerst ihr Urteil über den Berliner Vertrag abzugeben hatten. Die Ansprache des Kaisers vor den Delegationen (10. November 1878)[229]) war eine letzte Warnung für die Verfassungspartei, da sie ihr deutlich die absolute Übereinstimmung der kaiserlichen mit der Andrássyschen Politik vor Augen führte. Ohne auch nur mit einem Wort der Kundgebungen der Parlamente zu gedenken, forderte sie mit dem Hinweis „es sind schwere Opfer, welche von Ihnen verlangt werden" die Mittel zur Fortsetzung der Okkupation. Am 21. November legte Graf Andrássy zwei Regierungsvorlagen auf den Tisch der Delegationen, die die Bewilligung eines Nachtragskredites zu dem für das Jahr 1878 bewilligten außerordentlichen Kredit von 60 Millionen Gulden, sowie des außerordentlichen Erfordernisses für die Okkupation Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1879 verlangten[230]). Die Deutschliberalen gedachten nun einen entscheidenden Schlag zu

[227]) Diarium Bd. I 16.—27. Sitzung vom 14.—27. November 1878.

[228]) Ernst von Plener: a. a. O. Bd. II S. 133.

[229]) Gustav Kolmer: a. a. O. Bd. II S. 450.

[230]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der österr. Delegation, XI. Session, Wien 1879, 4. Sitzung am 21. November 1878. Journal der Delegation des Reichstages 1878, 3. Sitzung am 21. November 1878 (ungarisch).

führen. Vor der ersten Sitzung des österreichischen Budgetausschusses versammelten sich bei dem Abgeordneten Dumba 23 verfassungstreue Delegierte[231]), die sich über das im Ausschuß zu befolgende Vorgehen berieten und zu einem einstimmigen Beschluß kamen, von dem nur verlautete, daß er selbst die erbittertsten Gegner Andrássys befriedigt habe[232]). Schon am nächsten Tag, bei der Vorberatung des Nachtragskredites im Budgetausschuß wurde der ausgeklügelte Plan offenbar, der Andrássy die Möglichkeit nehmen sollte, seine Politik zu verteidigen. Mit 14 gegen 6 Stimmen wurde gegen den Einspruch Andrássys der Antrag Dr. Herbsts angenommen:

„In Erwägung, daß die Vorlage wegen Bewilligung eines Nachtragskredites zu dem für das Jahr 1878 bewilligten außerordentlichen Kredit von 60 Millionen tatsächlich nicht die Bewilligung eines Kredites für erst zu verausgabende Gelder, sondern nur die Erteilung der Genehmigung für Ausgaben bezweckt, welche bereits stattgefunden haben, ohne daß hiezu die verfassungsmäßige Zustimmung der berufenen Vertretungskörper erfolgt wäre, daß es sich somit um die Forderung der Indemnität bezüglich der stattgehabten Verausgabung handelt; in Erwägung, daß die Vorlage in ihrer Unklarheit und Unvollständigkeit ganz ungeeignet ist, der Verhandlung über die angesprochene Indemnität bezüglich einer Summe von so außerordentlicher Höhe zur Grundlage zu dienen; in fernerer Erwägung, daß die von der gemeinsamen Regierung unter ihrer Verantwortlichkeit beschafften Gelder zur Ausführung der Bestimmungen des zu Berlin abgeschlossenen Vertrages verwendet wurden und daß zur Gültigkeit dieses Vertrages verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrates notwendig ist; in Erwägung endlich, daß der gedachte Vertrag am 4. November tatsächlich unter der Regierung dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde, das Abgeordnetenhaus aber wegen der erfolgten Vertagung des Reichsrates noch nicht in der Lage war, denselben der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen: geht die Delegation des Reichsrates über die Vorlage des gemeinsamen Ministeriums wegen Bewilligung eines Nachtragskredites zu dem für das Jahr 1878 bewilligten außerordentlichen Kredit von 60 Millionen Gulden zur Tagesordnung über." [233])

Das war die Einleitung des offenen Verfassungskampfes gegen die Regierung, bei dem die Verfassungspartei durch das Aufwerfen der Kompetenzfrage die strategisch günstigere Stellung einnahm.

---

[231]) Neue Freie Presse, 24. November 1878: Versammlung vom 23. November 1878.

[232]) Ebenda, 24. November 1878.

[233]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, XI. Session, Wien 1879, 6. Sitzung am 26. November 1878, Anhang 9. Bericht des Budgetausschusses.

Da die deutschliberalen Delegierten sich das Wort gegeben hatten, „wie ein Mann" für den Antrag Herbsts zu stimmen[234]), mußte die Regierung annehmen, daß auch im Plenum der österreichischen Delegation die okkupationsfeindliche Stimmung siegen würde. Am 27. November beschloß daher ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers[235]), der sich über das Vorgehen der Verfassungspartei sehr entrüstete, die vorläufige Zurückziehung der Vorlage, die am 28. November tatsächlich erfolgte[236]).

Andrássy aber war nicht gewillt, sich durch die Verfassungspartei das Wort entziehen zu lassen und beantragte deshalb die Durchberatung des Budgets des Ministeriums des Äußern. Bei dieser Gelegenheit konnte er dann am 30. November die seit langem angekündigte Rechtfertigungsrede über seine auswärtige Politik halten[237]). Noch einmal ließ er die Orientkrise vor dem geistigen Auge der Delegation vorüberziehen, wobei er alles einer günstigen Beurteilung Abträgliche, z. B. die Abmachungen von Reichstadt, die beiden Militärkonventionen, sowie die höchstbedenkliche Konvention mit der Pforte verschwieg und die Behauptung aufrecht erhielt, daß die Okkupation nicht der Zweck seiner Aktion gewesen sei, sondern daß ihn erst die Ereignisse dazu gedrängt hätten. Graf Andrássy nahm lieber den Vorwurf auf sich, keine zielbewußte Politik getrieben zu haben, als daß er das Eingeständnis gewagt hätte, daß die Okkupation von Anfang an das Leitmotiv seiner auswärtigen Politik gewesen war.

Außer jenen, die nur auf eine günstige Gelegenheit warteten, um in die Arme der Regierung zurückzukehren, konnte das Exposé keinen der Gegner Andrássys bekehren, sie überhäuften wie immer seine Politik mit den schwersten Anklagen, umsomehr, als er auf eine Frage Dr. Giskras nach der Dauer der Okkupation erwiderte, daß sie aufhöre, „wenn alle Gefahren beseitigt sind: Die Gefahr, unsere Provinzen fortwährend beunruhigt zu sehen; die Gefahr fortwährend hunderttausende Flüchtlinge, bald mohammedanische, bald

[234]) Neue Freie Presse, 26. November 1878.

[235]) Eduard von Wertheimer: a. a. O. Bd. III S. 185.

[236]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, XI. Session, Wien 1879, 7. Sitzung am 28. November 1878. Journal, 5. Sitzung am 28. November 1878 ungarisch).

[237]) Wiener Zeitung, 1. Dezember: Sitzung des österreichischen Budgetausschusses.

christliche zu ernähren; die Gefahr, Dalmatien zu verlieren; die Gefahr, daß unsere Kommunikationen mit dem Oriente bedroht werden; die Gefahr, daß sich in jenen Ländern ein Foyer der Revolution und panslawistischer Agitation etabliere; die Gefahr einer südslawischen Formation; die Gefahr, daß diese Länder, wenn die Türkei sie nicht behaupten kann, von anderen okkupiert werden"[238]), also praktisch überhaupt nie.

Der Ausschuß nahm zwar das Budget des Außenministeriums samt dem Dispositionsfonds an, verfaßte dazu aber einen Bericht, der ein ausgesprochenes Mißtrauensvotum gegen Andrássy enthielt, seine konstitutionelle Haltung, die mit so wenig Truppen durchgeführte Okkupation tadelte und mit den scharfen Worten schloß, daß der Budgetausschuß nicht anerkennen könne, daß die Okkupation ein Akt der Wahrung der eigenen Interessen gewesen sei[239]).

Mit der Votierung des Budgets hatte die Verfassungspartei schon den ersten Schritt zum Rückzug getan, wobei sie allerdings von der Überzeugung geleitet wurde[240]), daß das Plenum einen so radikalen Antrag, wie den der Budgetverweigerung, doch nicht annehmen würde. Schon am 2. Dezember unterlief ihr ein zweiter weit schwerwiegenderer Fehler[241]). Wären die Deutschliberalen planmäßig vorgegangen, so hätten sie die Vorlage des außerordentlichen Heereserfordernisses für 1879 ebenso zurückweisen müssen, wie jene für 1878; Dr. Herbst hob dies auch hervor, beantragte aber dennoch, um die Verfassungspartei nicht mit dem Vorwurf zu belasten, daß sie kein Verständnis für die österreichischen Okkupationstruppen habe, aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung also, nur eine Herabsetzung der geforderten Summe von $33^1/_2$ auf 15 Millionen Gulden:

> „Die hohe Delegation wolle, indem sie auf die Vorlage, womit der Voranschlag über das außerordentliche Heereserfordernis für die Okkupation Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1879 zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werde, nicht eingeht, beschließen: Zur Bedeckung der Bedürfnisse der in Bosnien und der Herzegowina stehenden Truppen wird als außerordentliches Heereserfordernis für das Jahr 1879 vorläufig der Betrag von 15 Millionen Gulden bewilligt. Für einen

---

[238]) Gustav Kolmer: a. a. O. Bd. II S. 452.

[239]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, XI. Session, Wien 1879, 10. Sitzung am 5. Dezember 1878, Anhang 17.

[240]) Neue Freie Presse, 2. Dezember 1878.

[241]) Wiener Zeitung, 3. Dezember 1878: Sitzung des österreichischen Budgetausschusses vom 2. Dezember 1878.

etwaigen Mehrbedarf ist die verfassungsmäßige Zustimmung einzuholen." [242])

Die Verfassungspartei hatte durch die Bewilligung dieser Summe die Kompetenzfrage, die ihre schärfste Waffe gegen Andrássy gewesen war, fallen gelassen und mit dieser indirekten Anerkennung der Okkupation jene Lage geschaffen, die sie um jeden Preis hatte vermeiden wollen: Der Reichsrat fand bei seinem Zusammentritt vollendete Tatsachen vor.

Der Wandel in der Haltung der anfangs so entschlossen in den Kampf ziehenden Verfassungspartei würde überraschen, wenn man nicht die inneren Schwierigkeiten in Betracht zöge, die ihr einheitliches Vorgehen erschwerten und ihre Stoßkraft schwächten. Jene schon von jeher zu Halbheiten neigende Gruppe der Deutschliberalen, die in der Kreditfrage nur durch verschiedene Zugeständnisse an das Lager der Hauptpartei gefesselt worden war[243]), und die besonders dem linken Zentrum und dem Rest des Klubs der Linken angehörte, wagte es nicht länger, sich der Regierung zu widersetzen. Das Schlagwort von den vollendeten Tatsachen hatte rasch Anhänger gefunden, die der Nützlichkeitstheorie huldigten und nur zu gerne wieder auf die Seite der Regierung zurückkehrten.

Die Debatte anläßlich der Vorlage jenes okkupations- und Andrássy-feindlichen Berichtes des Budgetausschusses über den Voranschlag des Außenministers sprach nur zu deutlich dafür[244]). Alle Anhänger der Regierung bzw. der Regierungspolitik hatten sich zur Demonstration gegen den Bericht Schaups als Redner eintragen lassen. Wie schon in der Debatte um den Sechzigmillionenkredit billigten sie auch diesmal aus den verschiedensten Gründen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina, während sie der Person Andrássys fast ohne Ausnahme ihr Mißtrauen aussprachen. Allerdings wurden auf der Regierungsseite auch Reden laut, die weder die Okkupation guthießen noch der Person Andrássys vertrauten, also nur zustimmten, um den Folgen einer Verweigerung zu entgehen. Freudige Anerkennung erntete der Außenminister wie immer von den österreichischen Südslawen, die in der Okkupation einen Beitrag zur südslawischen Einigung begrüßten, also jene Begründung

---

[242]) Neue Freie Presse, 2. Dezember 1878.

[243]) Ebenda, 6. Dezember 1878.

[244]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, XI. Session, 10. und 11. Sitzung am 5./6. Dezember 1878.

Andrássys, als sei sie zum Schutz gegen das Andringen des Slawentums erfolgt, geradezu widerlegten. Die Deutschklerikalen scheuten sich nicht, diese Wünsche der Südslawen zu verdeutlichen, die Verschmelzung der österreichischen südslawischen Provinzen unter Österreichs Herrschaft zu propagieren und dergestalt ihre deutschfeindliche Gesinnung neuerdings zu bekräftigen. Die abgesplitterten Deutschliberalen endlich gaben der Okkupation, wie schon erwähnt, ihre Zustimmung, da sie in ihr eine vollendete Tatsache erblickten, gegen die anzukämpfen ihnen allzu gefährlich dünkte. Nimmt man noch die Polen hinzu, die die Hoffnung auf einen Krieg gegen Rußland nicht sinken ließen, so ergibt sich das Bild jener Majorität, die größtenteils aus Verantwortungslosigkeit und Feigheit oder aus eigennützigen Gründen der Okkupationspolitik ihre Unterstützung lieh. Die überzeugungstreue deutschliberale Opposition, die ihr gegenüberstand, schilderte noch einmal eindringlich die Folgen, die diese Okkupation, vor der sie so oft gewarnt hatte, nach sich ziehen würde und forderte ihre möglichst baldige Beendigung, sowie die Absetzung des dafür verantwortlichen Außenministers. Besonders treffend und die Lage kennzeichnend verlieh Dr. Foregger seiner Ansicht Ausdruck: „Die Geschicke Österreichs müssen einer glücklicheren Hand anvertraut werden. In dieser Überzeugung werde ich nicht beirrt durch das Vertrauen der Krone, weil das dynastische Interesse nicht immer mit den Interessen des Volkes, insbesondere der Deutschen in Österreich identisch sein muß." Mit der Annahme des Budgets und auch des Okkupationskredites für 1879 endete der mit so großer Heftigkeit begonnene Kampf in der österreichischen Delegation[245]).

Die Auseinandersetzungen in der ungarischen Delegation hatten sich von vornherein unter dem Einfluß der parlamentarischen Situation des Abgeordnetenhauses, wo das Ministerium Tisza trotz verschiedener Gegenströmungen in der eigenen Partei am 6. Dezember wiederhergestellt worden war, in gemäßigteren Bahnen bewegt. Das Vorgehen Dr. Herbsts wurde von der ungarischen Opposition zwar mit größtem Beifall aufgenommen, doch konnte sie infolge ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit nichts Ähnliches erreichen. Nachdem in der Konferenz der vereinigten ungarischen Subkom-

[245]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, XI. Session, 12. Sitzung am 7. Dezember 1878.

missionen[246]) der Antrag Sándor Hegedüs angenommen worden war, ebenfalls eine Pauschale von 20 Millionen Gulden für 1879 zu bewilligen, kam es bei dessen Vorlage am 12. Dezember zu einer Debatte im Plenum, wobei Szilagyi, wie Dr. Herbst, die Kompetenzfrage aufwarf[247]). Die kleine oppositionelle Gruppe zeigte sich gewillt, den Kredit zu verweigern und kritisierte die Politik Andrássys als Kompensations- und Teilungspolitik in heftigen Worten[248]). Gegen die Mehrheit aber, die Andrássy unbedingte Folge leistete, konnte sie sich nicht durchsetzen, umso weniger, als eine Mittelpartei die Okkupation zwar ablehnte, trotzdem aber am 14. Dezember mit der Regierungsmajorität den Kredit votierte[249]).

Die Arbeit der Delegationen war vorläufig beendet, aber trotz allem noch nicht das letzte Wort über den Berliner Vertrag gesprochen. Der Endkampf spielte sich in den Parlamenten ab und dauerte in Österreich vom 10. Dezember 1878 bis zum 27. Januar 1879. Schon bei der ersten Lesung der Regierungsvorlage begannen die Schwierigkeiten[250]). Der Deutschklerikale Lienbacher warf versteckt die Behauptung auf, daß der Berliner Vertrag überhaupt nicht der Genehmigung durch den Reichsrat unterliege und nur als Beilage zu dem Gesetz über die Einverleibung Spizzas gedacht sei. Im Namen der Rechtspartei beantragte er deshalb, um der Regierung entgegenzukommen, seine Absetzung von der Tagesordnung. In dem Versuch, den Berliner Vertrag dem Urteil des Reichsrates zu entziehen, erhielt er kräftige Unterstützung durch den Unterrichtsminister Dr. von Stremayr, der sich namens der Regierung ebenfalls auf den Standpunkt stellte, daß der Reichsrat den Vertrag, dessen Abschluß einzig und allein ein Recht der Krone sei, lediglich zur Kenntnis zu nehmen habe. Trotzdem gelang es den Deutschliberalen seine verfassungsmäßige Behandlung durchzusetzen. Zur Vorberatung und Berichterstattung wurde er einem Ausschuß von 18 Mitgliedern zugewiesen[251]), dessen Zusammensetzung bereits eine der Regierung günstige Stimmung verriet[252]). Von den 18 Mitgliedern waren 11

246) Neue Freie Presse, 10. Dezember 1878: Konferenz vom 9. Dez. 1878.
247) Journal, 13. Sitzung am 12. Dezember 1878, Budapest 1879 (ungarisch).
248) Ebenda, 15. Sitzung am 14. Dezember 1878.
249) Wiener Zeitung, 15. Dezember 1878.
250) Stenogr. Protokolle, 12. Bd., Wien 1879, 406. Sitzung am 10. Dez. 1878.
251) Ebenda, 407. Sitzung am 11. Dez. 1878.
252) Neue Freie Presse, 12. Dezember 1878.

Annexionisten oder zumindest solche, die die Okkupation als unwiderrufliche Tatsache hinnahmen. Während im Ausschuß über die Kompetenzfrage ziemliche Einigkeit bestand und mit allen gegen nur eine Stimme entschieden wurde[253]), daß der Vertrag lediglich mit der Zustimmung des Reichsrates rechtskräftig werde, gab es zwischen den Extremen, den Vertrag zu genehmigen oder zu verwerfen, eine Reihe von Meinungsschattierungen. Mit 10 gegen 6 Stimmen wurde schließlich der Vertrag angenommen[254]) und am 15. Januar 1879 durch Eduard Suess dem Abgeordnetenhaus zur Annahme empfohlen: „Dem Vertrag von Berlin vom 13. Juli 1878 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt" [255]).

Dr. Herbst vertrat ein Minoritätsvotum, das zwar unter den gegebenen Umständen ebenfalls dem Vertrag die Genehmigung erteilte, diese aber mit einer längeren tadelnden Ausführung über Andrássys bisherige Politik begleitete. Auch die oppositionelle Gruppe der Deutschliberalen war also bereit, dem Geschehenen Rechnung zu tragen und wurde erst durch die große Generaldebatte in die radikale Richtung gedrängt. Vom 15.—27. Januar 1879 nahm diese sämtliche Sitzungen in Anspruch und rollte noch einmal alle inneren Zwistigkeiten und Gegensätze, den Nationalitätenhader und das traurige Bild der deutschen Zersplitterung, der auseinanderstrebenden Verfassungspartei, auf[256]). Die Auseinandersetzungen zerfielen in mehrere Teile, wovon der eine der staatsrechtlichen Frage der Kompetenz des Reichsrates gewidmet war, die von allen Abgeordneten mit Ausnahme der Polen und der Deutschklerikalen bejaht wurde, obwohl es auch eine Gruppe gab, die der Meinung war, daß man die Genehmigung nicht aufdrängen, sondern sich der Verantwortung entziehen solle. Ein anderer Teil galt der staatsrechtlichen Polemik gegen Ungarn, dessen sofort erhobene Ansprüche auf den alleinigen Besitz Bosniens und der Herzegowina energisch zurückgewiesen wurden. Der Rest endlich bewegte sich um die Vorgeschichte der Okkupation und die zukünftige Entwicklung Bosniens und der Herzegowina, wobei zum letzten Mal jene Ge-

---

[253]) Ernst von Plener: a. a. O. Bd. II S. 142.
[254]) Ebenda, Bd. II S. 139.
[255]) Stenogr. Protokolle, 12. Bd., Wien 1879, 413. Sitzung am 15. Jan. 1879.
[256]) Ebenda, 13. Bd., 413.—421. Sitzung vom 15.—27. Jan. 1879.

danken zur Sprache kamen, die bereits in allen Orientdebatten des Abgeordnetenhauses und der Delegation wiedergekehrt waren.

Während die sogen. bosnische Linke den Abfall von ihrer ehemaligen Überzeugung mit dem Hinweis auf die Staatsnotwendigkeiten begründete, entfaltete die deutschliberale Opposition durch Dr. Herbst, Fux, von Pacher, Dr. Heilsberg, Frhr. von Walterskirchen, Dr. Schaup, Neuwirth, von Hofer, Dr. Peez, Ritter von Obentraut und Dr. Sturm vertreten, noch einmal ihre glänzende Beredsamkeit, um die Verderblichkeit der Regierungspolitik zu beweisen. Neben einer vernichtenden Kritik der Andrássyschen Auſsen- und Innenpolitik während der Orientkrise galten ihre Worte vor allem den Folgen, die die Okkupation in jeder Hinsicht nach sich ziehen würde. Auſsenpolitisch erblickten sie in ihr keine Besserung der österreichischen Stellung in Europa, da die Orientfrage keineswegs einer Lösung zugeführt, sondern nur vertagt worden sei. Die Hauptgefahr, Ruſsland, drohe nach wie vor, wenn man sie auch für kurze Zeit zurückgedrängt habe. Auſserdem hielten sie den Rechtsstandpunkt, den sich Österreich während der Krise zu eigen gemacht hatte, für ein höchst bedenkliches Faktum, das dazu führen könnte, daſs in einem anderen Zeitpunkt ein schwächeres Österreich von starken Gegnern ebenso bedroht und verteilt werden könnte wie gegenwärtig die Türkei. Genau so eindringlich schilderten sie die innerpolitische Lage, die sich aus dem Vorschieben des Schwerpunktes der Monarchie nach dem Osten ergeben würde. Da sie in der Okkupation einen Sieg des seit den 48er Tagen verhaſsten Militarismus sowie der Feudalen, Klerikalen und Slawen erblickten, befürchteten sie für die Zukunft einen Wandel in der inneren Struktur Österreichs, der, wie sie darlegten, schlieſslich dahin führen müſste, daſs die Deutschen, deren beherrschende Stellung allein den Bestand Österreichs garantierte, Fremdlinge in der Monarchie würden. Nicht einmal in finanzieller und militärischer Beziehung bildeten nach ihrer Ansicht die neuerworbenen Länder einen Vorteil; sie legten nur einen Teil der Kräfte Österreichs lahm und seien unter Preisgabe der dringendsten wirtschaftlichen Interessen erworben worden.

Wie zur Bestätigung dieser Befürchtungen erhob der chauvinistische Südslawe Dr. Monti wiederum die Forderung nach Bildung eines autonomen politischen Verbandes aus Dalmatien, Kroatien

und Slawonien, nach Beseitigung des Dualismus und Einführung des Trialismus. Die nationale Entwicklung der Jugoslawen werde mit oder ohne bzw. gegen die Monarchie erfolgen.

Auch die Polen unter Dunajewski begnügten sich nicht mehr mit der einfachen Billigung der Okkupation, sondern fügten hinzu, daß eine solche Außenpolitik die Befriedigung der Volksstämme, womit die Tschechen gemeint waren, voraussetze.

Es ist verständlich, daß die Slawen von ihrem Standpunkt aus die für das Deutschtum verhängnisvolle Entwicklung begrüßten und ihre nationalen Forderungen anmeldeten. An Volksverrat aber grenzt es, daß sie in diesen Bestrebungen Bundesgenossen in den Reihen der Deutschen selbst fanden. Frhr. v. Kotz z. B. vom linken Zentrum nannte das Werk Andrássys eine echt österreichische Politik, die jeder gutheißen müsse, dem die Ehre und Zukunft des Kaiserreiches ernster am Herzen liege als die Zukunft und Vergangenheit einzelner Nationen. Wie er, so hatte sich der gesamte verfassungstreue Großgrundbesitz zu Anhängern der Okkupationspolitik entwickelt und auf die Seite der Rechtspartei geschlagen, die, wie schon immer, so auch jetzt der Okkupation freudig zustimmte.

Nach neuntägiger Dauer der Debatte brachte endlich die Abstimmung die letzte Entscheidung. Nacheinander fielen die Anträge auf Übergang zur Tagesordnung, auf Kenntnisnahme des Vertrages und schließlich auch der Antrag der Minderheit. Der deutschliberalen Opposition war dadurch die letzte Möglichkeit genommen, unter Wahrung ihres bisherigen Standpunktes für die Annahme des Vertrages zu stimmen. Wollte sie treu zu ihrer Überzeugung stehen, so blieb ihr nur der radikale Weg der Verweigerung. Obwohl sie sich der Folgen ihres Handelns bewußt war, mißlang ein Versuch, sie umzustimmen. Gerade das Gefühl, daß mit der Abstimmung auch eine schwerwiegende innerpolitische Entscheidung fallen würde, führte die guten Elemente der Verfassungspartei wieder zusammen: 112 Deutschliberale, beinahe die ganze alte Partei mit Ausnahme des verfassungstreuen Großgrundbesitzes und der bosnischen Linken gaben ihr Votum gegen den Berliner Vertrag ab, während 154 Abgeordnete ihn annahmen und eine von Freiherrn von Scharschmid verfaßte Resolution beifügten:

„Indem das Abgeordnetenhaus die in der Adresse an seine k. und k. Apostolische Majestät vom 5. November vor. Jahres niedergelegten An-

schauungen über die durch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina herbeigeführte ernste Finanzlage und über die infolge dieser Aktion zu besorgenden staatsrechtlichen Schwierigkeiten aufrecht erhält, spricht dasselbe die Überzeugung aus, daß die sorgfältige Beachtung dieser schwerwiegenden Verhältnisse bei Führung der gemeinsamen Angelegenheiten durch die höchsten Interessen des Reiches fortan dringend geboten ist."[257])

Am 6. Februar 1879 genehmigte auch das Herrenhaus den Berliner Vertrag[258]). Die Bewilligung des im Dezember verweigerten Kredites durch die Delegationen, aus denen die führenden Männer der Verfassungspartei wie Dr. Herbst, Giskra, Kuranda, Schaup und andere ausgeschieden waren, beendete den Kampf gegen die Okkupationspolitik in Österreich[259]).

Der Verhandlung des Berliner Vertrages in Ungarn, die erst am 24. März 1879 begann[260]), konnte nur mehr formelle Bedeutung zugebilligt werden, kam doch ein ernstlicher Widerstand nicht mehr in Frage. Die Debatte, die bis zum 27. März dauerte, zeigte das Bestreben der Opposition, sich einen ehrenvollen Rückzug zu sichern. Sie kämpfte in heftigen Worten gegen die Regierung (am 24. März wurde sogar von Eötvös im Namen der äußersten Linken ein ablehnender Beschlußantrag unterbreitet), aber sie begab sich dadurch nicht mehr in eine ähnlich gefährliche Lage wie die deutsche Verfassungspartei in Österreich. Am 27. März wurde schließlich die Regierungsvorlage mit Weglassung der Wendung: „Wird zur Kenntnis genommen" mit 208 gegen 154 Stimmen genehmigt[261]). Durch diesen Beschluß war die Okkupationspolitik formell von beiden gesetzgebenden Körperschaften gebilligt worden.

Die Okkupationskrise war das erste außenpolitische Ereignis, das vollen Einblick in die hoffnungslose Lage der Donaumonarchie gewährte. Die Orientfrage hatte das Habsburgerreich vor die Entscheidung gestellt, eine Politik des Verzichts zu führen, also Bosnien und die Herzegowina unter schwerster Gefährdung der österreichischen Stellung auf dem Balkan und im Mittelmeer an Serbien preiszu-

---

[257]) Stenogr. Protokolle, 12. Bd., Wien 1879, 421. Sitzung am 27. Jan. 1879.
[258]) Stenogr. Protokolle über die Sitzungen des Herrenhauses des österr. Reichsrates, VIII. Session, 2. Bd., 84. Sitzung am 6. Februar 1879.
[259]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, XI. Session, 18. Sitzung am 15. März 1879.
[260]) Diarium, 5. Bd., 95. Sitzung am 24. März 1879 (ungarisch).
[261]) Ebenda, 98. Sitzung am 27. März 1879.

geben, oder aber den Versuch zu unternehmen, das Gebot des Handelns an sich zu reißen und die beiden Provinzen trotz der damit verbundenen innerpolitischen Schwierigkeiten zu okkupieren. Kaiser Franz Josephs Entschluß, den zweiten Weg zu wählen, konnte jedoch das Abwärtsgleiten seines Staates nicht aufhalten. Das dem Untergang geweihte, in innerer Auflösung begriffene Österreich war durch nichts mehr zu retten. Für das Deutschtum der Monarchie sollte die Aktivierung der österreichischen Außenpolitik und ihre Auswirkungen die ernstesten Folgen haben, da es inmitten des verzweifelten Ringens der Dynastie um die Erhaltung ihres Reiches und des von allen Seiten vorgetragenen Angriffs der slawischen Völker stand und von ihm allein alle notwendig erscheinenden Opfer dieser Auseinandersetzungen gefordert wurden. Die Deutschliberalen, in deren Händen seine Führung lag, sahen das Ende, dem diese Entwicklung zustrebte, kommen, aber ihr Widerstand gegen die Okkupation und ihre Warnungen vor der Zukunft zogen ihnen nur den Haß und die Verfolgung der regierenden Kreise zu. Während Ungarn, das sich ebenfalls mit der größten Leidenschaft zur Wehr gesetzt hatte, ohne nennenswerte Nachteile aus dem Okkupationskampf hervorging, bot das innerpolitische System Österreichs ein Bild der Auflösung. In der Gruppierung der Parteien war eine völlige Verschiebung eingetreten. Das Ministerium Auersperg, einst aus den Reihen der Verfassungstreuen hervorgegangen, hatte sich in den entscheidenden Tagen von seiner Majorität getrennt. Es war nur noch der Vertreter der Krone[262]), der die von dieser geforderte Politik beim Parlament durchzusetzen hatte und sich dabei auf die Feudalen, Klerikalen und Slawen stützen konnte. Diese neue Regierungsmajorität umfaßte bereits jene Koalition, die unter Graf Taaffe Träger des Umschwungs in der inneren Politik Cisleithaniens werden sollte. Für die Verfassungstreuen bedeutete der Widerstand gegen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina das Ende ihrer Regierungszeit[263]), den vollständigen Bruch mit dem Kaiser und schließlich auch die Auflösung der Partei. Das Jahr 1878 bezeichnete das Ende des deutschgeführten Österreich. Da man vielfach diesen Wandel als eine alleinige Folge der Ablehnung der Okkupation ansah, wurde der Verfassungspartei die Haltung zur

[262]) Neue Freie Presse, 26. Januar 1879.

[263]) „Zur Geschichte der k. u. k. Ministerien 1861—1916" a.a.O. Bd. 1 S. 287.

Orientfrage als ein schwerer innenpolitischer Fehler vorgeworfen, der ihr den Einfluß auf die Staatsgeschäfte geraubt habe. Wenn man aber die gesamte Entwicklung überblickt, so drängt sich die Überzeugung auf, daß die Umwälzung in der volksmäßigen Führung Österreichs sich seit langem vorbereitet hatte, bzw. planmäßig vorbereitet worden war. Die Okkupation bildete wohl den Anstoß, nicht aber die innere Ursache dieser Entwicklung, die auf dynastische Interessen des Hauses Habsburg zurückging. Um sich zu retten, gab die Krone eben Schritt für Schritt die Rechte des Deutschtums preis; wie sie 1867 seinen Einfluß auf die Gesamtmonarchie zerbrochen hatte, so opferte sie nach 1878 auch seine Führerstellung in Cisleithanien. Der Versuch, durch die Slawisierung der diesseitigen Reichshälfte den inneren Zerfall einzudämmen, beherrschte die folgenden Jahrzehnte und ließ ein Österreich entstehen, das die außen- und innenpolitischen Befürchtungen der Deutschliberalen Zug um Zug bestätigte.

Die Lage der Deutschen der Donaumonarchie im Jahre 1908.

Dreißig Jahre vergingen, bis die Donaumonarchie den Zeitpunkt für gekommen erachtete, die Okkupation in eine Annexion umzuwandeln, eine Zeitspanne, in der sich die Lage des Deutschtums den Tendenzen der Dynastie entsprechend grundlegend änderte. Das 1879 mit dem Deutschen Reich abgeschlossene Bündnis schien ihm zwar einen neuen Rückhalt und neue Sicherheit zu verleihen, förderte aber in Wirklichkeit nur den slawophilen Kurs des Wiener Kabinetts, da die nationalgesinnten Deutschen Österreichs in diesem Bündnis den letzten Ausdruck ihrer einstigen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich erblickten und sich bei innerpolitischen Schwierigkeiten oft zur Nachgiebigkeit bereit zeigten, um die Monarchie nicht durch den ewigen inneren Hader für Deutschland als bündnisunfähig erscheinen zu lassen[264]). Nur die Alldeutschen bekämpften in ihrem Haß gegen Habsburg das Bündnis mit dem Deutschen Reich, da sie dessen Wirkung erkannt hatten und an seiner Stelle ein Bündnis Deutschlands mit Rußland wünschten, das früher

[264]) Adolf Hitler: „Mein Kampf", München 1925, Bd. I S. 141.

oder später den Untergang der Donaumonarchie hätte herbeiführen müssen. In den verantwortlichen Regierungskreisen des Altreiches hütete man sich schon aus Rücksicht auf die Habsburger Dynastie vor einem Eingriff in die österreichische Innenpolitik[265]), obgleich jeder Ansturm gegen das Deutschtum der Donaumonarchie die Grundlage des deutschösterreichischen Bündnisses untergrub, dessen Träger außer der Dynastie in der Hauptsache nur die Deutschen waren. Jedoch selbst bei den nationaldenkenden Deutschen des Altreiches, die durch keine politischen Bindungen gehemmt waren, erweckte das Bündnis den Eindruck, daß die Stellung der Deutschösterreicher in der Donaumonarchie politisch gefestigt sei, so daß das Erwachen einer nationalen Bewegung zu ihren Gunsten eine Unmöglichkeit war[266]). Gleichgültig sahen die breiten Massen in Deutschland zu, wie das Deutschtum des Habsburgerreiches unter dem „Eisernen Ring", der Regierungsmehrheit des Ministeriums Taaffe[267]), immer weiter zurückgedrängt wurde und seinen Einfluß in den gemischtsprachigen Kronländern völlig einbüßte.

Der Kampf der Nationalitäten untereinander, der in wachsender Heftigkeit die Regierungspolitik begleitete, fand nach wie vor in Böhmen die schärfste Ausprägung. Die Stremayrschen Sprachenverordnungen von 1880[268]), die bestimmten, daß im Umgang der Behörden mit der Öffentlichkeit beide Landessprachen gleichberechtigt sein sollten, die Umwandlung der rein deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag in eine deutsch-tschechische[269]), schufen eine derartige Kampfstimmung, daß Straßenkrawalle, Angriffe auf deutsche Geschäfte, Studentenunruhen an der Tagesordnung waren. Aber der Druck von unten und oben verstärkte auch den Widerstand der Deutschen. Während der völkischen Kämpfe entstanden

---

[265]) Dr. Wilh. von Kloeber: „Von der Reichsgründung zum Weltkrieg" in „Der Schulungsbrief" Sept. 1937, S. 333.

[266]) Viktor Lischka: „Deutschösterreich unter slawischer Herrschaft", Berlin 1912, S. 35.

[267]) Srbik und Nadler: „Österreich, Erbe und Sendung im deutschen Raum", Salzburg/Leipzig 1936. Darin der Artikel K. Braunias: „Österreich als Völkerreich" S. 249.

[268]) Richard Charmatz: „Österreichs innere Geschichte von 1848—1895", II, S. 66.

[269]) Dr. Franz Martin Mayer: „Geschichte Österreichs mit besonderer Rücksicht auf das Kulturleben", S. 694, Wien/Leipzig 1901.

überall nationale Schutzvereine[270]), wie der deutsche Schulverein, die Südmark und viele ähnliche Organisationen, deren Ortsgruppen sich mit zäher Ausdauer in den Dienst des deutschen Volkstums stellten. Nachdem es 1890 den Anschein gehabt hatte, als würden sich die Verhältnisse durch die sogen. Wiener Punktationen[271]), einem Abkommen zwischen den Deutschliberalen und den Alttschechen, etwas bessern, brach unter dem Ministerium Badeni ein neuer Abschnitt der Begünstigung der Tschechen an. Am 5. April 1897 erschienen wiederum Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, die die Doppelsprachigkeit in den beiden Ländern für den inneren und äußeren Dienstverkehr der Zivilbehörden festsetzen sollten[272]). Dieser Erlaß rief eine Abwehrbewegung hervor, wie man sie bis dahin bei den Deutschen noch nicht gekannt hatte. Im Abgeordnetenhaus, auf allen Parteitagungen, mit Ausnahme der deutschklerikalen[273]) und in Volkskundgebungen protestierten sämtliche deutsche Gaue und Stände Österreichs gegen diese Mißachtung der deutschen Rechte, so daß schließlich die Verordnungen rückgängig gemacht werden mußten. Nach neuen schweren Auseinandersetzungen in Böhmen wurden am 14. Oktober 1899 zwei Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren erlassen, die „bis zur gesetzlichen Regelung" den alten Zustand wiederherstellten[274]). Die angekündigte gesetzliche Regelung ließ allerdings solange auf sich warten, bis es zu spät war. Das Manifest vom 16. Oktober 1918, der letzte Versuch zur Lösung der Nationalitätenfrage, gab nur das Signal zum endgültigen Zerfall der alten Monarchie.

Wie die Tschechen in Böhmen, so kämpften auch die übrigen Nationalitäten Österreich-Ungarns mit Erfolg um die Durchsetzung ihrer Ansprüche. Unter diesem von der Regierung unterstützten Angriff brach in allen Teilen der Monarchie, mit Ausnahme der reindeutschen Kronländer, der deutsche Einfluß zusammen, bröckelte ehemals deutscher Volksboden ab. Daneben suchte Ungarn seit langem rücksichtslos das Band der gemeinsamen Armee zu zerschneiden, da es in dieser das Haupthindernis erblickte, das seinen

[270]) Karl Pröll: „Die Kämpfe der Deutschen in Österreich um ihre nationale Existenz", Berlin 1890, S. 50.
[271]) Richard Charmatz: „Österreichs innere Geschichte" II S. 97.
[272]) Dr. Franz Martin Mayer: a. a. O. S. 715.
[273]) Ebenda, S. 725.
[274]) Ebenda, S. 726.

Unabhängigkeitsbestrebungen den Weg verschloß[275]). Besonders die Unabhängigkeitspartei scheute in dem Bestreben, die staatliche Gemeinschaft mit Österreich zu lösen, vor keinem Mittel zurück, ging sie doch im Jahre 1906 ein Bündnis mit den Todfeinden Österreichs, den Serben, ein, das allerdings bald wieder an den Unterdrückungsmethoden der Ungarn gegen die Südslawen in Kroatien und Slawonien scheiterte[276]). Diese Magyarisierungspolitik Transleithaniens wurde immer mehr zu einer ernsten Gefahr für die Donaumonarchie, da sie die österreichischen Südslawen nur in die Arme der großserbischen Agenten trieb. Einzig die katholische Partei der südslawischen Provinzen leistete aus konfessionellen Gründen der wachsenden Abneigung gegen Österreich noch Widerstand[277]). Angesichts dieser Haltung Ungarns gegen ein so großes Volk wie die Kroaten war es selbstverständlich, daß die deutschen Volksgruppen in diesem Lande nur noch die Rolle einer lästigen Minderheit spielten.

Diese unwiederbringlichen Verluste konnten jedoch im Deutschtum Österreichs kein Gefühl der Schwäche hervorrufen, sie ließen vielmehr auch bei ihm jenen ausgeprägten Nationalismus zum Durchbruch kommen, den die anderen Völkerstämme längst besaßen und zwangen die deutschen Parteien zu immer radikaleren nationalen Programmen. Der nationale Gedanke begann sich gegenüber allen anderen Einflüssen durchzusetzen, der nationale Kampf wurde zum Ausgangspunkt aller politischen Entschlüsse[278]). Erst nach dem Abschluß der großen Sprachenverordnungs-Streitigkeiten trat unter dem Einfluß der christlich-sozialen Bewegung eine allmähliche Beruhigung des radikalen Nationalismus ein, die sehr weittragende Folgen hatte. Unter diesen mannigfaltigen Voraussetzungen fand in den Parteien des österreichischen Reichsrates und in ihren Wählermassen ein ständiger Umwandlungs- bzw. Umschichtungsprozeß statt.

Die deutschliberale Partei, einst die mächtigste des österreichischen Reichsrates, der Hort des deutschen Großbürgertums, war nach 1878 rasch von ihrer früheren Höhe herabgesunken. Innere Uneinigkeit tat das ihre, um die Partei zur Bedeutungslosigkeit zu

---

[275]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 187.
[276]) Ebenda.
[277]) Josef Redlich: „Kaiser Franz Joseph", Berlin 1928, S. 437.
[278]) Ebenda, S. 370 ff.

verurteilen. Aus immer neuen Spaltungen und Vereinigungen (1881 entstand die Vereinigte Deutsche Linke, die 1885 in den Deutschen und Deutschösterreichischen Klub zerfiel, sich 1888 in der Vereinigten Deutschen Linken wiederfand, um 1896 der Auflösung anheimzufallen)[279]) blieb schließlich nur mehr ein Rest übrig, der sich gezwungen sah, mit den nationalen Parteien zu gehen, um nicht alles zu verlieren. Ein Abkömmling der einstigen Deutschliberalen war die Fortschrittspartei[280]), die aus dem Zusammenbruch der Vereinigten Deutschen Linken im Jahre 1896 hervorging. Neben verschiedenen sozialen und liberalen Programmpunkten stand die „Wahrung des ideellen und wirtschaftlichen Besitzstandes der Deutschen", die „Sicherung einer, der kulturellen und geschichtlichen Bedeutung dieses Volkes entsprechenden Stellung" im Vordergrund. Die Verhältnisse der Nationen sollten nur auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden, ein Passus, der sich vor allem gegen die Sprachenverordnungen richtete.

Trotzdem die Deutschliberalen und die Fortschrittspartei das nationale Moment stärker betonten als die einstigen Verfassungstreuen, waren sie weit von dem ernsten politischen Verantwortungsbewußtsein entfernt, das jene während der Okkupationskämpfe ausgezeichnet hatte. Ihre Einstellung ist am besten der der bosnischen Linken von 1878 vergleichbar, sie konnten sich von der alten Überlieferung der deutschen Vorherrschaft in Österreich innerlich nicht frei machen und glaubten dem Gesamtstaat mehr schuldig zu sein als dem eigenen Volkstum.

Die heftigsten Gegner der Liberalen, die Klerikalen, hatten in den Jahren des Grafen Taaffe ihre Glanzzeit erlebt. Dann aber wurden sie allmählich durch die christlich-soziale Bewegung, einer neu aufstrebenden Partei, in den Hintergrund gedrängt und schließlich kurz vor der Annexion Bosniens und der Herzegowina völlig aufgesogen.

Die christlich-soziale Partei hatte von dem 1887 gegründeten christlich-sozialen Verein ihren Ausgang genommen[281]). Der große Aufschwung erfolgte erst unter der Führung Dr. Karl Luegers, der

---

[279]) Richard Charmatz: „Deutschösterr. Politik", Leipzig 1907, S. 157 ff.
[280]) Ebenda, S. 180.
[281]) Richard Charmatz: „Österreichs innere Geschichte" II, S. 58.

sich nach seiner Trennung von den Alldeutschen dieser Partei anschloß. In ihrer Entwicklung ist ein großer Einschnitt nicht zu übersehen: In der ersten Zeit wurde sie von revolutionärem Geiste getragen, ihre nationalen, sozialen, katholischen und antisemitischen Bestrebungen verschafften ihr beim Mittelstand großen Anhang, während sie sich anfänglich bei Hofe und auch bei den Klerikalen nur geringer Beliebtheit erfreute. Dies änderte sich aber in den Neunzigerjahren, als eine gewisse Sättigung eingetreten und es der Partei gelungen war, den Wiener Gemeinderat und den niederösterreichischen Landtag zu erobern. Von da an trat der Antisemitismus immer stärker zurück und an seiner Stelle drängte sich der Klerikalismus hervor, ebenso wie der schwarzgelbe Patriotismus den Nationalismus ersetzte. Die äußerlich nationale Färbung und die geschickte Propaganda der Christlichsozialen (das Wahlmanifest vom 10. März 1907 betont das Deutschtum der Partei, fordert ein Großösterreich, den Schutz christlich-deutscher Gesittung sowie den Kampf gegen die jüdisch-freimaurerische Sozialdemokratie)[282]) zog weite Kreise auch des wirklich national gesinnten Deutschtums an sich, die unter dem Einfluß der christlich-sozialen Ideenwelt unmerklich in das Fahrwasser eines österreichischen Patriotismus gerieten. Durch diese neue Festigung des österreichischen Staatsgedankens bei den Deutschen erwiesen sich die Christlichsozialen geradezu als eine Gefahr für die politische Ausrichtung des Deutschösterreichertums. In der Hofburg erkannte man bald die großen Dienste, die diese Partei der Dynastie leistete, sie stieg zu höchstem Ansehen empor und galt schon in den Jahren vor der Annexionskrise als eigentliche Reichspartei.

Ähnlich wie die Christlichsozialen war auch die sozialdemokratische Partei Österreichs, in der das Judentum ausschlaggebenden Einfluß besaß, eine Neugründung der Achtzigerjahre (Parteitag von Hainfeld am 30. Januar 1880). Interessant ist nur der für Österreich besondere Teil des Parteiprogramms, das Nationalitätenprogramm von Brünn[283]). „Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Österreich im Sinne des gleichen Rechts, der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle For-

[282]) Richard Charmatz: „Deutschösterreichische Politik", S. 184.

[283]) A. Ciller: „Volkstum gegen Habsburg" in: „Der Schulungsbrief", Oktober 1937, S. 398.

derung und daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen." Man gelangte zur Festlegung folgender Programmpunkte: Umwandlung Österreichs in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat, Errichtung national abgegrenzter Selbstverwaltungskörper anstatt der historischen Kronländer, ein Schutzgesetz für nationale Minderheiten und die Festlegung einer Vermittlungssprache durch das Reichsparlament. Die Sozialdemokratie konnte ihre Einheit im Gemisch des Vielvölkerstaates nicht aufrecht erhalten, die nationalen Spannungen zerrissen auch ihr Gefüge. Während aber die Sozialdemokraten der anderen Völkerstämme ihre Nationalität allem anderen voranstellten, blieben die Deutschen dem einstigen Ideal treu und stellten stets das Partei- über das Volksinteresse.

Die letzte und neben den Christlichsozialen auch jüngste Gruppe des österreichischen Reichsrates waren die deutschnationalen Parteien in ihren verschiedenen Schattierungen. Ihrer aller Ursprung bildete die deutschnationale Bewegung, die sich seit den Siebzigerjahren immer mächtiger erhoben hatte. 1873 war mit Georg Ritter von Schönerer der Mann ins Parlament gekommen, der sich um die Radikalisierung des deutschen Nationalgefühls in Österreich die größten Verdienste erwarb und der hervorragende Agitator der damals schon besonders bei der Wiener und Grazer Studentenschaft vorhandenen alldeutschen Idee wurde[284]). Er zog in den Kampf gegen den Klerikalismus und die Dynastie, gegen Liberalismus und Judentum und forderte getreu dem großdeutschen Ideal von 1848 die Rückkehr der deutschösterreichischen Bundesländer ins Reich. 1880 wurde von ihm in Zusammenarbeit mit anderen das sogen. Linzer Programm veröffentlicht[285]). Wirtschaftliche und soziale Probleme fanden darin sehr ausführliche Behandlung neben dem Verlangen nach enger geistiger Verbindung mit Deutschland und nach Loslösung Galiziens und Dalmatiens aus dem Staatsverbande Cisleithaniens, um den Deutschen wieder das Übergewicht zu verschaffen. Auch Bosnien und die Herzegowina sollten Ungarn zur Entlastung Österreichs einverleibt werden. Das Linzer Programm erhielt später noch einen antisemitischen Zusatz und wurde in dieser Form die Grundlage des deutschnationalen Vereins, den Schönerer

[284]) Paul Molisch: a. a. O. S. 91.

[285]) Georg Herwig (Eduard Pichl): „Georg Ritter von Schönerer und die Entwicklung des Alldeutschtums in der Ostmark", Wien 1923, Bd. I S. 109 ff.

am 2. Juni 1882 gründete. Aus ihm ging dann die alldeutsche Partei hervor, deren Haltung zum österreichischen Staat sich allerdings erheblich ablehnender gestaltete, als das Linzer Programm vorsah. 1906 ließ Schönerer dieses endgültig fallen und stellte statt dessen das „alldeutsche Zukunftsprogramm" auf, das im wesentlichen folgende Punkte enthielt: „Bundesrechtliches Verhältnis der deutschen Länder Österreichs zum Reich, Bekämpfung aller Regierungen, die diesem Ziel entgegenwirken, Vermeidung von Loyalitätskundgebungen, Zurückweisung des jüdischen Einflusses, Förderung der Los-von-Rom-Bewegung" (der extremsten Ausprägung der Schönerianischen Richtung, die in Böhmen ihren Ausgang genommen hatte und den Kirchenaustritt propagierte). Schließlich Bekämpfung der Slawisierung und Entdeutschung Österreichs, sowie Personalunion mit Ungarn[286]). Der große Fehler der alldeutschen Partei war es, daß sie sich zu sehr auf das Bürgertum stützte, das in den Tagen der Badenischen Sprachenkämpfe zwar zum radikalen Nationalismus überging, in der Folgezeit aber rasch erlahmte. Schon Ende 1901 setzte unter der Einwirkung der christlichsozialen Agitation der allmähliche Zerfall der Partei ein, 1904 fiel die Klubverbindung, wenngleich auch weiterhin Abgeordnete dieser radikalsten deutschen Partei ins Parlament entsandt wurden.

Von diesen Alldeutschen hatten sich 1901 die Freialldeutschen unter Karl Hermann Wolf infolge persönlicher Zwistigkeiten getrennt[287]), der Grundstock der späteren deutschradikalen Partei, die dem Linzer Programm treu blieb und als Hauptforderung das nationale Interesse allem anderen voransetzte.

Der deutschradikalen Partei stand die deutsche Volkspartei am nächsten, die, 1895 gegründet, ein Programm aufstellte, das mit dem Linzer große Ähnlichkeit besaß. Ich entnehme hier nur jene Forderungen, die sich auf ihre Stellung zum Deutschtum beziehen[288]). An erster Stelle stand die „Befestigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich", dann „Unterordnung innerpolitischer Fragen unter das nationale Interesse der Deutschen, Festlegung der deutschen Staatssprache, Sonderstellung Galiziens" und im Hinblick auf die Wirtschaft Befreiung von dem Einfluß des Judentums. Auf religiösem

[286]) Richard Charmatz: „Deutschösterreichische Politik" S. 182.
[287]) Paul Molisch: a. a. O. S. 212.
[288]) Richard Charmatz: „Deutschösterreichische Politik" S. 179.

Gebiet nahm man nicht die Haltung der Alldeutschen ein, hielt sich aber auch von den Klerikalen fern.

Zu erwähnen ist noch die Agrarpartei[289]), die, ebenfalls national gesinnt, landwirtschaftliche Belange vertrat. An deutschnationalen Forderungen seien erwähnt: Zentralistische Führung des Staates, deutsche Staatssprache, Trennung Böhmens nach den Nationalitäten und Personalunion mit Ungarn.

Diese Vielzahl von Parteien vertrat die Deutschen Österreichs im Reichsrat, der seit dem 26. Januar 1907 von dem allgemeinen Wahlrecht bestimmt wurde. Über mehrere Zwischenstufen hinweg hatte dieses das Privilegienwahlrecht abgelöst, da man sich bei Hofe davon eine Lockerung der unerträglichen Spannungen, die das Reichsgefüge bedrohten, erhoffte: In Cisleithanien ein Verstummen des Nationalitätenkampfes, in Transleithanien eine Einschränkung der magyarischen Macht durch die zur Geltung kommenden unterdrückten Nationalitäten[290]). Doch das Erwartete traf nicht ein. Das allgemeine Wahlrecht führte nur noch zu einer stärkeren Auflösung des Reichsrates, der ohnehin in den letzten Jahrzehnten immer mehr zum Schauplatz der erbittertsten Nationalitätenkämpfe geworden und jahrzehntelang zu jeder bejahenden Arbeit unfähig war. Bald vereitelte die Obstruktion der Deutschen, bald jene der Tschechen seine geregelte Tätigkeit, so daß die Regierung den einzelnen Parteien die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten durch Zugeständnisse abkaufen mußte. Die Folge dieser Politik des „Fortwurstelns" war eine immer tiefer gehende Zerrüttung der inneren Verhältnisse der Habsburger Monarchie, der niemand mehr Einhalt gebot, da sie sich auch einen großen Teil des wirklich staatserhaltenden Elementes, der Deutschen, durch ihre slawophilen Tendenzen entfremdet hatte. Der einzig sichere Erfolg der Wahlreform war nur die Zertrümmerung jenes letzten Überrestes der deutschen Vormachtstellung, der nach den Schlägen der vorangegangenen Jahrzehnte übriggeblieben war.

An deutschen Abgeordneten umschloß der Reichsrat der XVIII. Session 3 Alldeutsche, 112 Mitglieder der Vereinigung der deutschen Parteien (und zwar 51 Mitglieder des Deutschnationalen Verbandes, 33 Mitglieder der Deutschen Agrarpartei, 15 Mitglieder der

[289]) Richard Charmatz: „Deutschösterreichische Politik" S. 185.
[290]) A. Ciller: a. a. O. S. 395.

Deutschfortschrittlichen Vereinigung und 13 Mitglieder der Deutschradikalen Vereinigung), 96 Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung und 50 Mitglieder des Klubs der deutschen Sozialdemokraten[291]). Unter seiner Sitzungsperiode vollzog sich der zweite verhängnisvolle Schritt der Monarchie auf dem Balkan, die Annexion Bosniens und der Herzegowina.

Wie einst die Erwerbung dieser Provinzen, so war seit dem Jahre 1878 die Umwandlung der Okkupation in eine Annexion der ständige Wunsch des Kaisers und der militärischen Kreise Österreich-Ungarns. Man wollte der Pforte gegenüber die gleiche Stellung einnehmen wie die übrigen Mächte und nicht immer durch Rücksichtnahme auf die noch bestehende Souveränität des Sultans über Bosnien und die Herzegowina gehemmt sein. Neben diesen außenpolitischen hatte man auch innerpolitische Gründe. Es ist bekannt, daß der Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, der mächtigste Vertreter des österreichischen Trialismus war[292]), der mit dem Dualismus brechen und den österreichischen Südslawen dieselben Rechte einräumen wollte wie den Deutschen und Magyaren. Eine Autonomie der südslawischen Länder der Monarchie sollte die Übergangsstufe bilden, deren Vorbedingung die Annexion Bosniens und der Herzegowina sein mußte, um das ungeklärte staatsrechtliche Verhältnis dieser beiden Länder zu beseitigen. Dazu kam noch folgendes: In Serbien waren die Karageorgievič zur Regierung gekommen, die, um den Schatten, der auf ihrer Dynastie lag, vergessen zu machen, mit erneuter Heftigkeit das Ziel aller serbischen Regierungen verfolgten, die Verwirklichung des großserbischen Reiches der Zukunft. Sie unterstützten daher, gemeinsam mit dem russischen Gesandten in Belgrad, die großserbische Agitation bei den österreichischen Südslawen. Solange die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina an die Möglichkeit einer Lösung der Verbindung mit Österreich glaubte, fielen diese Bestrebungen auf einen ziemlich günstigen Boden. In Bosnien kam den serbischen Agenten dabei noch die Ungeschicklichkeit des katholischen Erzbischofs von Sarajevo, Dr. Stadler[293]) zu Hilfe, dessen Bekehrungseifer die auf-

[291]) Abschrift aus dem Verzeichnis der im Reichsrat von 1908 vertretenen deutschen Parteien, Parlamentsbibliothek in Wien.

[292]) Baron Giesl: „2 Jahrzehnte im Nahen Orient", Berlin 1927, S. 189.

[293]) Dr. Stadler soll jüdischer Abkunft sein lt. Dr. Adolf Kohut: „Berühmte israelitische Männer und Frauen", Leipzig-Rendnitz 1902, Bd. II S. 357.

gebrachte mohammedanische und orthodoxe Bevölkerung für großserbische Gedankengänge besonders empfänglich werden ließ[294]). Alle mit den Lokalverhältnissen Vertraute, besonders Baron Burián, der oberste Leiter der bosnisch-herzegowinischen Angelegenheiten, waren aus diesen Gründen der Ansicht, daß den unhaltbaren Zuständen so bald als möglich ein Ende bereitet werden sollte. Auch der damalige Außenminister, Lexa Freiherr von Aehrenthal[295]) erachtete ein tatkräftiges Vorgehen in den Balkanfragen für notwendig und dachte nicht daran, die Souveränität des Sultans als eine unabwendbare Tatsache für alle Zukunft hinzunehmen. Er beschäftigte sich vielmehr schon immer mit dem Gedanken an eine Annexion, die ihm die Interessen der Monarchie zu erfordern schienen. Das Vertrauen, das Erzherzog Franz Ferdinand, der Beschützer des Trialismus, Aehrenthals Balkanpolitik entgegenbrachte[296]), war der beste Beweis für die Annexionsabsichten des Außenministers.

[294]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 188/189.

[295]) s. Berthold Molden: „Alois Graf Aehrenthal" Stuttgart/Berlin 1917. Entgegen anderen Angaben ist die jüdische Abstammung Aehrenthals nicht erwiesen. Der Prager Bürger Johann Anton Lexa war Steuerbeamter unter Maria Theresia. Bei Ausübung dieser Tätigkeit konnte er unmöglich noch Jude gewesen sein. Da aber weder für ihn noch für seinen Vater der Nachweis erbracht wurde, daß sie früher der jüdischen Religionsgemeinde angehört haben, ist die Behauptung des Semi-Gotha, daß Joh. Anton Lexa kurz vor seiner Adelung erst getauft wurde, historisch nicht gerechtfertigt.

[296]) Baron Giesl: a. a. O. S. 189/190.

B. Die Haltung der Volksvertretungen während der Annexionskrise.

1. Der Standpunkt der parlamentarischen Parteien zu den südslawischen Unternehmungen der Monarchie, dem Projekt der Sandžakbahn und der Annexion Bosniens und der Herzegowina.

Schon zu Beginn des Jahres 1908 versuchte Aehrenthal eine erste Entscheidung auf dem Balkan herbeizuführen. Dieses Vorspiel, sowie die folgende Annexionskrise aber vollzogen sich in einer außenpolitischen Lage, die keineswegs mehr der von 1875 vergleichbar war, denn seit dem Jahre 1907, das den Abschluß der Einkreisungspolitik gegen die verbündeten mitteleuropäischen Kaiserreiche bedeutete, stand Europa schon am Rande des Abgrundes. Die Ereignisse des Jahres 1908 kennzeichneten die gänzlich veränderten europäischen Verhältnisse und enthüllten die Schwierigkeiten, die sich gegen jede außenpolitische Aktion der Mittelmächte auftürmten. Sie waren die erste Ankündigung des großen Weltbrandes.

Seit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina bestand zwischen der Donaumonarchie und Serbien aus politischen und wirtschaftlichen Gründen[297]) häufig ein gespanntes Verhältnis[298]), das stets die Aufmerksamkeit der österreichischen Diplomatie erforderte.

[297]) Hier zeigte sich der große Einfluß Transleithaniens auf Außenpolitik und Wirtschaft der Donaumonarchie besonders deutlich in der Beschränkung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus den Balkanländern, besonders aus Serbien. Ungarn war daran deshalb so stark interessiert, weil es, selbst ein hochentwickeltes Agrarland, diese Konkurrenz auszuschalten suchte. Näheres siehe G. Hobus: „Wirtschaft und Staat im südosteuropäischen Raum 1908—1914", Dissertation 1933, erschienen in „Schriften der deutschen Akademie", siehe II. 2a: Das wirtschaftliche Problem Ungarn—Serbien.

[298]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 143.

Dieser Umstand hatte in Österreich schon lange den Wunsch rege werden lassen, zu der bisher einzigen, handels- und verkehrspolitisch höchst wichtigen Bahnlinie nach Saloniki, die durch serbisches Gebiet führte, eine Parallelstrecke von Uvac nach Mitrovitza zu erbauen. Man wollte dadurch Serbien umgehen, das unter den gegenwärtigen Umständen bei wirtschaftlichen oder diplomatischen Verwicklungen jederzeit den österreichischen Orientverkehr durch die Sperrung der Durchfahrt lahmlegen konnte[299]). Die neue Eisenbahn sollte ein Notbehelf sein, solange es der Monarchie noch nicht gelungen war, Serbien in ihren Machtbereich einzubeziehen.

In der Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation kündigte Aehrenthal am 27. Januar 1908 an[300]), daß er sich beim Sultan um die Ermächtigung zur Vornahme von Studien für den Bau einer Eisenbahn nach Mitrovitza beworben habe. Österreich machte dabei von dem in Artikel 25 des Berliner Vertrages ausgesprochenen Recht Gebrauch, daß es im ganzen Sandžak Novibazar Militär- und Handelsstraßen anlegen dürfe.

Die Delegationen, denen Aehrenthal dieses Programm entwickelte, boten jenen von 1878 gegenüber ein vollständig verändertes Bild. In der österreichischen Delegation hatte das Deutschtum wie im Reichsrat allmählich zurückweichen müssen[301]); seine Hauptrepräsentanten waren Christlichsoziale, während die deutschnationalen Parteien nur ganz wenige Vertreter entsenden konnten. Die Mehrheit hingegen setzte sich aus Slawen aller Stämme zusammen. Die ungarische Delegation stand unter der Herrschaft der den Kampf gegen den Dualismus führenden Unabhängigkeitspartei[302]), so daß in beiden Delegationen der Gedanke der Erhaltung der Reichseinheit immer mehr im Schwinden begriffen war.

Der Plan Aehrenthals aber fand, wenn auch aus verschiedenen Gründen, eine freundliche Aufnahme. In Ungarn erblickte man in diesem, der besonders dem ungarischen Eisenbahnnetz zugute kommen sollte, ein Zeichen, daß der Außenminister den ungarischen Wünschen, die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina ähnlich der Kroatiens unter die ungarische Oberhoheit einzubeziehen,

[299]) Richard Riedl: „Sandžakbahn und Transversallinie", Wien 1908, S. 13.
[300]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 42. Session: Exposé Aehrenthals vom 27. Januar 1908.
[301]) Neue Freie Presse, 8. Oktober 1908.
[302]) Ebenda, 27. Januar 1908.

freundlich gesinnt sei. Im Ausschuß der ungarischen Delegation hob ein Delegierter der Unabhängigkeitspartei, Gyula Saghy, die für einen österreichischen Außenminister wenig rühmliche Tatsache hervor, daß Aehrenthal dem ungarischen Standpunkt gegenüber mehr Zuvorkommenheit zeige, als irgendeiner seiner Vorgänger[303]). Der Bericht des Ausschusses über den Staatsvoranschlag des Außenministeriums wurde daher geradezu eine Kundgebung des Vertrauens der ungarischen Delegation zu Aehrenthal[304]).

Aber auch in der österreichischen Delegation machten sich starke Einflüsse zu Gunsten des Bahnprojektes geltend[305]). Man erörterte dasselbe im Ausschuß sehr eingehend, stimmte ihm namentlich aus wirtschaftlichen Interessen heraus zu und empfahl die unveränderte Annahme des Voranschlages für 1908[306]). Die Debatte des Plenums der österreichischen Delegation zeigte eine einmütige Geschlossenheit der Deutschen bezüglich der Sandžakbahn[307]). Sowohl die Christlichsozialen, vertreten durch Baumgartner und Julius Axmann, als auch der Deutschradikale Rafael Pacher sprachen sich für eine energische Förderung der handelspolitischen Interessen der Donaumonarchie auf dem Balkan aus und billigten aus diesem Grunde den Bahnbau durch den Sandžak. Bei den meisten Nationalitäten blieb das Projekt ebenfalls unwidersprochen; nur der Obmann des Tschechenklubs Dr. Kramar glaubte Widerstand leisten zu müssen, da er befürchtete, daß die russisch-österreichische Mazedonienentente (Mürzsteger Programm vom 22. Oktober 1903)[308]) darunter Schaden leiden könnte. Im Großen und Ganzen aber war auch in Cisleithanien die Stimmung dem Plane Aehrenthals günstig.

Je weniger der österreichische Außenminister innerpolitischen Schwierigkeiten begegnete, umsomehr hatte er außenpolitisch zu kämpfen, da ganz Europa in Aufruhr geraten war. Panslawistische russische Blätter hatten mit der Hetze gegen die Sandžakbahn be-

---

[303]) Neue Freie Presse, 28. Januar 1908.

[304]) Ebenda, 31. Januar 1908: Sitzung vom 30. Januar.

[305]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 42. Session, 3. Sitzung am 11. Februar 1908: Bericht des Ausschusses für Äußeres und Okkupationskredit, Anhang V.

[306]) Neue Freie Presse, 7. Februar 1908.

[307]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 42. Session, 4. Sitzung am 12. 2. 1908.

[308]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 133.

gonnen und bald Unterstützung bei der französischen, englischen und sogar italienischen Presse gefunden. Alle Staaten fühlten sich durch das Vorgehen Aehrenthals irgendwie benachteiligt: England fürchtete eine Konkurrenz für seinen Handel im Ägäischen Meer[309]), Frankreich glaubte darin eine Verkörperung des deutschen Dranges nach dem Osten erblicken zu müssen[310]), Italien sah seine Wunschbilder auf dem Balkan gefährdet, desgleichen natürlich Rußland, wo der englandfeindliche Iswolski Außenminister geworden war[311]). Aehrenthal wich jedoch nicht zurück, hatte doch am 4. Februar der Sultan die Ermächtigung zur Vornahme von Studien für den Bahnbau erteilt.

Allmählich begann die Entrüstung wieder abzuklingen, umsomehr, als Aehrenthal das Zugeständnis machte, den Bau einer Transversalbahn von der Donau zur Adria zuzulassen, den Iswolski als Grundlage für die Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen mit Österreich bezeichnet hatte[312]) (April 1908).

Die Frage der Sandžakbahn war damit erledigt. Obwohl ihr im Rahmen des Balkangeschehens nur untergeordnete Bedeutung zukam, hatte sie doch die kommenden Auseinandersetzungen erkennen und jene Fronten hervortreten lassen, die sich in der Annexionskrise gegenüberstehen sollten.

Eine innertürkische Angelegenheit brachte die Balkanfrage erneut ins Rollen und zwang Österreich-Ungarn die Okkupation in eine Annexion umzuwandeln. Die jungtürkische Bewegung, die schon im Jahre 1875 von Bedeutung war, hatte in der Zwischenzeit trotz aller Gegenmaßnahmen des Sultans Abdul Hamid große Ausdehnung angenommen. Seit 1902 tagte bereits in Paris ein jungtürkischer Kongreß[313]), der mit den zahlreichen Anhängern innerhalb der Türkei in steter Verbindung stand. Von dieser Bewegung angezettelt, wurde im mazedonisch-albanischen Grenzgebirge am 9. Juli 1908 ein jungtürkischer Aufstand proklamiert, den der Sultan nicht mehr zu unterdrücken vermochte[314]). Am 13. Juli 1908 richtete das jungtürkische Agitationskomitee, die „Liga für Einheit und

[309]) Die Große Politik, Bd. 25/II Nr. 8769.
[310]) Ebenda, Bd. 25/II Nr. 8708.
[311]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 145.
[312]) Berthold Molden: a. a. O. S. 39.
[313]) Baron Giesl: a. a. O. S. 185.
[314]) Berthold Molden: a. a. O. S. 52.

Fortschritt", ein Memorandum an die Mächte, worin es sein Programm verkündete[315]): Einigung mit allen Nichtmohammedanern und Nationalitäten des Osmanischen Reiches, wodurch die mazedonische Frage und die Reformaktion der europäischen Mächte sich von selbst erledige, sowie Wiederherstellung der Verfassung von 1876. Tatsächlich wurde letztere am 24. Juli 1908 verkündet[316]) und vom Sultan aus Angst um seinen Thron bestätigt. Durch die Anordnung von Parlamentswahlen entstand für die Donaumonarchie die Gefahr, daß die Erhebung auf Bosnien und die Herzegowina übergreifen könnte und auch von dort Abgeordnete zu der türkischen Nationalversammlung in Cospoli entsandt werden würden, nachdem beide Länder noch immer dem Namen nach unter der Souveränität des Sultans standen. Für Wien war das Signal zum Handeln gegeben.

Eine Ministerratssitzung, die am 19. August 1908 stattfand, fällte die Entscheidung über die Annexion Bosniens und der Herzegowina[317]). In Anwesenheit der beiden Ministerpräsidenten Baron Beck und Weckerle, des Kriegsministers Baron Schönaich, des Feldmarschalls Conrad von Hötzendorf und des Reichsfinanzministers Baron Burián entwickelte Freiherr von Aehrenthal seine Politik gegenüber der Türkei, wie er sie später auch den Delegationen darlegte. Dann brachte er die Sprache auf Bosnien und die Herzegowina und erklärte es für notwendig, angesichts der Lage auf dem Balkan dort eine Verfassung zu erteilen und als Voraussetzung dazu die Annexion der beiden Provinzen zu vollziehen. Den Sandžak Novibazar hingegen wollte er preisgeben, da er der Ansicht war, daß Österreich das Ziel seiner Balkanpläne doch nur auf dem Weg über Belgrad, nicht aber auf jenem über Mitrovitza erreichen werde. An jenem 19. August erhielt Aehrenthal, der bereits die Zustimmung des Kaisers besaß, auch jene der Minister.

Planmäßig ging dann der österreichische Außenminister an die weitere Vorbereitung des entscheidenden Schlages. Durch die Zustimmung zur Donau-Adria-Bahn hatte sich das wegen der Sand-

[315]) Carl Ritter von Sax: a. a. O. Nachtrag S. 57.

[316]) Baron Giesl: a. a. O. S. 186.

[317]) Feldmarschall Conrad: „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918", Wien 1921, Bd. I S. 102. Siehe auch: Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914; Diplomat. Aktenstücke des österr.-ung. Ministeriums des Äußern, Wien/Leipzig 1930, Bd. I Nr. 40.

žakfrage getrübte Einvernehmen zwischen der Donaumonarchie und dem Zarenreich etwas gebessert. Rußland mußte, um nach dem Mißerfolg in Ostasien an der Lösung der Balkanfrage wieder tätigen Anteil nehmen zu können und vor allem eine Regelung der Dardanellenfrage durchzusetzen, danach trachten, mit Österreich neue Vereinbarungen zu erzielen. Anfang Juli, kurz nach dem Revaler Treffen zwischen König Eduard VII. und dem Zaren, ließ der russische Außenminister Iswolski daher in Wien eine Denkschrift überreichen, die sich für die Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan aussprach, aber auch die Möglichkeit erwog, daß diese sich als unmöglich herausstellen würde[318]). Im Anschluß an das Memorandum entwickelte sich ein Notenwechsel zwischen Österreich und Rußland, dessen Ergebnis die Zusammenkunft von Buchlau am 15. September 1908 darstellte. Im Verlaufe der Besprechungen hatte der österreichische Außenminister Iswolski die bevorstehende Annexion angekündigt[319]) und von diesem die Zusage bekommen, daß Rußland keinen Widerstand leisten werde. Aehrenthal gab dafür seinerseits Iswolski die Versicherung, daß Österreich einer Änderung des Dardanellenvertrages bei Zustimmung der anderen Signatarmächte kein Hindernis entgegensetzen werde. Der österreichische Außenminister glaubte sich damit die notwendige Rückendeckung durch Rußland verschafft zu haben. Gleichzeitig hatte er auch versucht mit der jungtürkischen Bewegung in ein gutes Einvernehmen zu kommen, indem er bei den übrigen Mächten den Standpunkt der Nichteinmischung gegenüber den Vorgängen in der Türkei vertrat. Als erster europäischer Staat berief die Donaumonarchie daher die zur mazedonischen Reformgendarmerie entsandten österreichisch-ungarischen Offiziere zurück[320]), um zu dokumentieren, daß sie dem neuen Regime selbst die Ordnung der Mazedonienfrage anvertraue.

Auf anderen Gebieten erfolgte keine Fühlungnahme zwischen Aehrenthal und den europäischen Großmächten. Außer dem russischen Kabinett konnte sich keine der europäischen Regierungen, auch nicht die befreundete deutsche rühmen, in das Vorhaben der Donaumonarchie eingeweiht gewesen zu sein. Nach zahlreichen

---

318) Berthold Molden: a. a. O. S. 40.
319) Ebenda, S. 61.
320) Neue Freie Presse, 25. August 1908.

Ministerkonferenzen[321]) wurde dann am 6. Oktober 1908 die Annexion Bosniens und der Herzegowina sowie die Räumung des Sandžak Novibazar durch ein kaiserliches Handschreiben kundgemacht:

„Durchdrungen von der unerschütterlichen Überzeugung, daß die hohen kulturellen und politischen Zwecke, um derentwillen die österreichisch-ungarische Monarchie die Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina übernommen hat, und die mit schweren Opfern erzielten Erfolge der bisherigen Verwaltung nur durch Gewährung von ihren Bedürfnissen entsprechenden verfassungsmäßigen Einrichtungen dauernd gesichert werden können, für deren Erlassung aber die Schaffung einer klaren und unzweideutigen Rechtsstellung der beiden Länder die unerläßliche Voraussetzung bildet, erstrecke Ich die Rechte Meiner Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina und setze gleichzeitig die für Mein Haus geltende Erbfolgeordnung auch für diese Länder in Wirksamkeit. Zur Kundgebung der friedlichen Absichten, die Mich bei dieser unabweislichen Verfügung geleitet haben, ordne Ich gleichzeitig die Räumung des Sandžak von Novibazar von den dahin verlegten Truppen Meiner Armee an." [322])

Zugleich erschien eine Proklamation Kaiser Franz Josephs an das bosnisch-herzegowinische Volk, die jene vielumstrittene, die Rechte Ungarns auf Bosnien und die Herzegowina bestätigende Stelle enthielt:

„Aus diesem Grunde, wie auch eingedenk der in alten Zeiten zwischen Unseren glorreichen Vorfahren auf dem ungarischen Thron und diesen Ländern bestandenen Bande, erstrecken Wir die Rechte Unserer Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina und wollen, daß auch für diese Länder die für Unser Haus geltende Erbfolgeordnung zur Anwendung gelange." [323])

Obwohl die Okkupation von der gesamten Diplomatie Europas, vielleicht mit Ausnahme derjenigen Serbiens, als eine unwiderrufliche Tatsache angesehen worden war, erzeugte ihre Umwandlung in eine Annexion Konflikte, die beinahe schon 1908 zum Weltkrieg geführt hätten. Am verständlichsten war die Erbitterung der Türkei, der tatsächlich ein wenn auch nur formelles Recht genommen worden war. Die Jungtürken erkannten in der Handlungsweise Österreichs eine empfindliche Schädigung ihres Ansehens und leisteten daher hartnäckigen Widerstand. Am 8. Oktober legte die türkische Regierung Protest ein gegen die Verletzung des Berliner Vertrags

[321]) Neue Freie Presse, 6. Oktober 1908.
[322]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 151.
[323]) Ebenda, Bd. II S. 152.

und der Konvention von Konstantinopel[324]) und verstärkte diesen mit einem äußerst wirksamen Boykott der österreichischen Waren[325]), wodurch sie eine Ersatzleistung der Donaumonarchie zu erzwingen hoffte. Ein Syndikat führte den Wirtschaftskampf gegen den österreichischen Handel trotz aller Proteste der österreichischen Regierung in Konstantinopel[326]). Die Türkei allein hätte es nie gewagt, Österreich-Ungarn gegenüber eine so energische Haltung einzunehmen, wenn ihr nicht von allen Seiten Unterstützung zuteil geworden wäre.

Serbien zeigte sich über die Annexion noch gereizter als die Pforte selbst, sah es doch seine Hoffnung auf Bosnien und die Herzegowina vernichtet[327]). Es ließ in Wien eine Protestnote überreichen, die allerdings nicht angenommen wurde, da Aehrenthal den Standpunkt vertrat, daß Serbien zu diesem diplomatischen Schritt keine Berechtigung habe. Die Haltung des Königreichs änderte sich jedoch nicht, es erhoffte vielmehr einen Konflikt der Großmächte, um seine Wünsche durchsetzen zu können. Ähnlich, wenn auch nicht so erbittert, war die Stimmung in Montenegro[328]), das unter dem Eindruck der Annexion die alte Feindschaft gegen Serbien vergaß und mit ihm ein Schutz- und Trutzbündnis abschloß.

Diese kleinen Balkanstaaten fanden in ihrem Haß gegen Österreich einen wirksamen Rückhalt bei Rußland und den Westmächten. Die Panslawisten Rußlands, hinter denen fast die ganze russische Presse stand[329]), wandten sich in wildem Hasse gegen die Monarchie und brachten Iswolski, der andererseits durch Abmachungen mit Aehrenthal gebunden war und infolgedessen der Monarchie nicht absolut feindlich entgegentreten konnte, in eine äußerst peinliche Lage, aus der er sich schließlich durch den Vorschlag, die Annexion und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens (erfolgt am 5. Oktober 1908) einer europäischen Konferenz vorzulegen, zu retten suchte.

Mit diesem Gedanken sympathisierte auch England, das in der Annexionsaffäre geradezu führend hervortrat. Die englische Regie-

[324]) Berthold Molden: a. a. O. S. 78.
[325]) Österreich-Ungarns Außenpolitik, Bd. I Nr. 224 vom 10. 10. 1908.
[326]) Ebenda, Bd. I Nr. 254 vom 12. 10. 1908.
[327]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 192.
[328]) Ebenda, Bd. II S. 193.
[329]) Ebenda, Bd. II S. 164.

rung erhob in Wien gegen die Handlungsweise Österreichs Einspruch und eröffnete gleichzeitig einen heftigen Pressefeldzug gegen die Monarchie. England, dem alle unmittelbaren Reibungsflächen mit Österreich fehlten, konnte nur durch das Bestreben, die Donaumonarchie als Bundesgenossen des Deutschen Reiches zu treffen, zu diesem Vorgehen veranlaßt worden sein, bei dem auch die außerordentlich guten Beziehungen der Jungtürken zu den englischen Freimaurern eine Rolle gespielt haben mochten.

Selbst in Italien zeigten sich trotz aller Dreibundspolitik bedenkliche Anzeichen[330]). Seit die italienische Öffentlichkeit sich mit dem Verlust von Tunis abgefunden hatte, richtete sie ihr Augenmerk in erhöhtem Maße auf Trient und Triest und forderte von Österreich Kompensationen für die Annexion Bosniens und der Herzegowina. Der italienische Außenminister Tittoni vermochte zwar seine österreichfreundliche Außenpolitik durchzusetzen, doch konnte man sich trotzdem des Eindruckes nicht erwehren, daß Italien nur zurückgewichen war, weil es noch nicht die Kraft in sich fühlte, den Kampf mit der Monarchie aufzunehmen. Ganz ähnlich verhielt sich Frankreich, das seine Verbündeten nicht für stark genug erachtete, um den entscheidenden Waffengang mit den Mittelmächten schon jetzt zu wagen und daher dämpfend auf ihre Erregung einwirkte[331]).

Nur das Deutsche Reich stellte sich während der schweren Krise so eindeutig hinter die Donaumonarchie, daß die Alliierten in der Annexion geradezu eine deutsche Angelegenheit erblicken zu müssen glaubten[332]). Politische Erwägungen waren die Hauptmotive für die Parteinahme Deutschlands, konnte doch eine Schwächung Österreichs in jenen Tagen, die bereits die Mittelmächte isoliert und unbedingt aufeinander angewiesen zeigten, nur eine Schädigung auch des Deutschen Reiches bedeuten.

Unter dem Eindruck des beginnenden diplomatischen Feldzuges gegen die Doppelmonarchie wurden am 8. Oktober 1908 in Budapest die Delegationen eröffnet, so daß sie im Gegensatz zu jenen des Jahres 1878 sofort zu dem wichtigen außenpolitischen Geschehen Stellung nehmen konnten. „Der Zusammentritt der Dele-

[330]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 170 ff.

[331]) Ebenda, Bd. II S. 163 ff.

[332]) Friedrich Stieve: „Die Tragödie der Bundesgenossen. Deutschland und Österreich-Ungarn 1908—1914", München 1930, S. 41.

gationen", so hob die kaiserliche Ansprache hervor, „erfolgt diesmal gleichzeitig mit einem Ereignisse, welches die Sicherung des gegenwärtigen Besitzstandes der Monarchie bedeutet, indem das Band, welches Bosnien und die Herzegowina seit 30 Jahren mit derselben verbindet, zu einem unauflöslichen geworden ist". Der Kaiser gedachte dann nochmals der Gründe, die zur Annexion führten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der jungtürkischen Bewegung gelingen möge, das Osmanische Reich zu konsolidieren und zu kräftigen[333]). In den Verhandlungen der beiden Delegationen nahm neben der Diskussion des Anschlusses an sich, den man nach der dreißigjährigen Okkupation beinahe als etwas Selbstverständliches ansah, sofort der Streit um die Zugehörigkeit der beiden Provinzen, die Aufrollung der staatsrechtlichen Frage, einen breiten Raum ein, obwohl bereits bekannt war, daß Bosnien und die Herzegowina mindestens vorläufig keinem der beiden Staaten der Monarchie einverleibt werden sollten. Schon in der Konferenz der österreichischen Delegation (7. Oktober 1908)[334]) hatte es ernste Meinungsverschiedenheiten gegeben, da die Südslawen gegen die oben angeführte Stelle der Proklamation von den „glorreichen Vorfahren auf dem ungarischen Thron" protestierten und demgegenüber die südslawischen Ansprüche hervorhoben, wie sie dann in einer Petition des Delegierten Bianchini eindeutig formuliert wurden[335]).

Die Sitzungen des österreichischen Ausschusses für Äußeres und Okkupationskredit boten weitere Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit diesen aktuellen Fragen. Freiherr von Aehrenthal erklärte in seinem Exposé, daß die Annexion erfolgt sei, um jeden Zweifel an der vollen Souveränität Österreichs über dieses Gebiet zu beseitigen und die unerläßlich gewordene Einführung verfassungsmäßiger Einrichtungen in Bosnien und der Herzegowina zu ermöglichen[336]). Die Debatte[337]), die sich an die Ausführungen des

---

[333]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 43. Session: Ansprache beim feierlichen Empfang der Delegation des Reichsrates, Budapest, 8. Oktober 1908.

[334]) Neue Freie Presse, 8. Oktober 1908.

[335]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 43. Session, Wien 1908, 1. Sitzung am 8. Oktober 1908.

[336]) Ebenda, Sitzung des Ausschusses für Äußeres und Okkupationskredit am 8. Oktober 1908.

[337]) Neue Freie Presse, 8. und 9. Oktober 1908.

Außenministers knüpfte, zeigte eine völlige Übereinstimmung der deutschen Parteien in dem Wunsch, die beiden annektierten Provinzen zwar nicht Transleithanien zu überlassen, sie aber auch nicht der cisleithanischen Reichshälfte anzuschließen, sondern mit den anderen südslawischen Ländern zu einer Einheit zu vereinigen. Der Gedanke des Trialismus, der von den Slawen ausgegangen war, hatte auch bei den Deutschen aller Parteien immer mehr Anhänger gefunden, seitdem sie einsehen mußten, daß sich ihre Lage in Cisleithanien durch die Verbindung mit den südslawischen Provinzen nur immer mehr verschlechtern würde.

Bei den Christlichsozialen kamen noch konfessionelle und parteipolitische Gründe hinzu, da diese Partei in Bosnien und der Herzegowina Ziele ganz besonderer Art verfolgte. Sie fühlte sich damals bereits als Reichspartei, als Vertreterin der dynastischen Politik und hatte schon an der Vorbereitung der Annexion in der Presse und in öffentlichen Versammlungen so lebhaft Anteil genommen, daß sie von den radikalen Elementen geradezu als Urheberin der Annexionspolitik bezeichnet wurde. Es wurde ihr nicht ohne Grund vorgeworfen, daß sie seit Jahren in engstem Zusammenhang mit der von Erzbischof Dr. Stadler geführten katholischen Kroatischen Partei Bosniens und der Herzegowina arbeitete[338]). Diese Kroatische Partei war die einzige Trägerin des Anschlußgedankens an Österreich in den beiden Provinzen, während die orthodoxen Serben und die Mohammedaner der großserbischen Ideenwelt zuneigten. In dieser politischen Verbindung lag es begründet, daß die Alldeutschen und die Sozialdemokraten in der Annexion einen Vorstoß des Jesuitismus und slawisch-römischen Ultramontanismus erblickten und sie entsprechend heftig bekämpften[339]).

Die Haltung der christlichsozialen Delegierten Axmann und Morsey im Ausschuß entsprach den Tendenzen ihrer Partei[340]). Sie begrüßten die Annexion als befreiende Tat für die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina und darüber hinaus Gesamtöster-

---

[338]) Siehe die Reden der Abgeordneten Němec, Malik, Renner und Markow, Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 121., 122. und 123. Sitzung am 16., 17., 18. Dezember 1908.

[339]) Karl Hron: „Die Wahrheit über die Wiener Orientpolitik", Graz 1909, S. 23.

[340]) Neue Freie Presse, Debatte vom 8., 9. Oktober 1908.

reichs und glaubten in ihr die Vorbedingung für eine zielstrebige Orientpolitik, die Zurückweisung der serbischen Pläne und eine Bestätigung der Notwendigkeit der Reichseinheit erblicken zu dürfen.

Die einstigen Deutschliberalen, deren Gesinnung seit 1878 eine vollkommene Änderung erfahren hatte, nahmen die Annexion aus ganz ähnlichen Gründen, denen nur der klerikale Unterton fehlte, mit Zustimmung auf. Wirtschaftliche Interessen (die Sorge um das in den beiden Provinzen investierte Kapital) und nicht zuletzt die bittere Lehre von 1878 ließen sie die Annexion Bosniens und der Herzegowina freudig begrüßen; schrieb doch die „Neue Freie Presse" am 8. Oktober: „Man ist sich in deutschen politischen Kreisen wohl bewußt, daß die Haltung der Deutschen zur Zeit der Okkupation im Jahre 1878 schließlich zu einer stetigen Verringerung des deutschen Einflusses führte, und kein deutscher Politiker denkt heute daran, den Mißgriff des Jahres 1878 zu wiederholen. Die Deutschen begrüßen die Angliederung der beiden Okkupationsländer, die einen faktischen Zustand zu einem rechtlichen machte, und die Erteilung einer Verfassung an sie mit aufrichtiger Sympathie und man empfindet es mit Genugtuung, daß der Minister des Äußeren Frhr. von Aehrenthal überhaupt in unsere Balkanpolitik einen frischen Zug brachte und sie von der Tradition des Zusehens und Zuwartens befreit hat... Eine kluge deutsche Politik wird gegen die nachteiligen Folgen einer Stärkung des slawischen Einflusses Vorsorge treffen müssen." In diesem der Regierung entgegenkommenden Sinne sprach der Jude Prof. Dr. Josef Redlich (Deutschfortschrittliche Vereinigung) vor dem Ausschuß und hob hervor, daß die Annexion vom politischen Standpunkt, sowie von dem des Reichsinteresses aus als erster Vorbote einer tatkräftigen Orientpolitik zu unterstützen sei.

Die konservative Rechte des Herrenhauses ging in dem Bestreben, sich der Dynastie gefällig zu erweisen, noch weiter. Graf Latour sprach der Regierung im Namen dieser Partei das vollste Vertrauen aus und bezeichnete die Annexion als „Emanation der obersten Herrschergewalt des Kaisers", die weder der Kritik noch der meritorischen Beschlußfassung der parlamentarischen Vertretungen unterliege.

Bei den Slawen des Ausschusses, Šusteršić, Dr. Kramar und Dr. Koroschec fand die Tatsache der Annexion an sich allgemeine, wenn

auch bei den Tschechen nicht gerade freudige Zustimmung und wurde überhaupt wenig erörtert. Sie wiesen lediglich die ungarischen Ansprüche zurück und baten die Regierung mit den Serben Nachsicht zu haben, eine erste Andeutung des sich unter dem Eindruck verschiedener innerpolitischer Ereignisse versteifenden Widerstandes slawischer Radikaler, wie er im Verlaufe der Delegations- und noch mehr der Reichsratsdebatten hervortrat.

Die Deutschradikalen waren die einzigen, die in diesen Ausschußsitzungen gegen die Annexion Stellung nahmen und unter nachdrücklichster Betonung ihrer nationalen Zugehörigkeit jenen Standpunkt vertraten, den einst die Deutschliberalen verteidigt hatten. Sie erblickten in der Annexion eine weitere Verminderung der Macht und Geltung der Deutschen in Österreich und befürchteten eine Stärkung der föderalistischen Strömung sowie eine Vermehrung der Konflikte mit Ungarn. Außerdem warnten sie vor einer durch Gewalt diktierten Politik, wie sie Österreich einzuschlagen scheine, da nur ein innerlich gesunder Staat eine solche durchhalten könne. Der Abgeordnete Karl Hermann Wolf präzisierte diese Anschauung sowohl im Ausschuß als auch später in noch weit stärkerem Maße anläßlich der Debatte des Plenums.

Mit der Annahme des Berichtes des Marquis von Bacquehem, der noch einmal die politischen und wirtschaftlichen Gründe der Annexion anführte und der vorläufigen Regelung der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina die Zustimmung aussprach, schloß die Debatte des österreichischen Ausschusses.

Einen noch kürzeren Verlauf nahm jene des ungarischen Ausschusses, der in einer einzigen Sitzung das Budget des Außenministeriums erledigte[341]). Nirgends machte sich ein entschiedener Widerstand geltend, da Ungarn in der Annexion nur die Vorstufe zur Angliederung der beiden Provinzen an das Reich der Stephanskrone erblickte, wie es die Proklamation des Kaisers zu verheißen schien. Die von Einzelnen vorgebrachten kritischen Äußerungen richteten sich lediglich gegen die Art und den Zeitpunkt der Durchführung, so daß der Annahme einer Resolution, die Aehrenthals Politik das volle Vertrauen aussprach, nichts im Wege stand. Auch der

[341]) Neue Freie Presse, 13. Oktober 1908, Sitzung vom 12. Oktober 1908.

Bericht des Ausschusses spiegelte diese Gesinnung wieder[342]). Er erkannte die Notwendigkeit der Annexion an, gedachte mit entgegenkommenden Worten der neuorganisierten Türkei und richtete eine ernste Warnung an die Serben, die besonderen Nachdruck durch die für die Regierung bestimmte Aufforderung erhielt, das Ziel der auswärtigen Politik, die Verhinderung einer großen südslawischen Staatsgründung, niemals außer Acht zu lassen.

Beinahe gleichzeitig mit den Ausschußsitzungen fand in Wien eine deutschnationale Protestversammlung gegen deutschfeindliche Ausschreitungen in Laibach statt[343]). Diese unterstrich die ablehnende Haltung der Deutschradikalen gegen die Annexion und bewies ihre Berechtigung, da der Abgeordnete Dr. Lecher aus Brünn, obwohl er der Deutschfortschrittlichen Vereinigung angehörte, eine ganz ähnliche Sprache führte wie K. H. Wolf im Ausschuß. Er nannte die Angliederung eines südslawischen Landes eine nationale Gefahr und gab der Überzeugung Ausdruck, daß die obersten Lenker des Staates planmäßig daran seien, Österreich zu slawisieren. „Diese Politik mag dynastisch richtig sein", führte er weiter aus, „für uns Deutsche ergibt sich daraus der Schluß, daß wir uns nicht mehr als die ersten Österreicher zu betrachten haben. Wir haben uns aber nicht zu fürchten, Staaten vergehen, Völker bestehen."

Erst Ende Oktober, angesichts der sich verschärfenden außenpolitischen Lage, wurden die Ausschußberichte den beiden Delegationen vorgelegt. Je heftiger das Ausland der Annexion Widerstand leistete, desto enger schlossen sich die deutschen Parteien mit Ausnahme der Deutschradikalen, der Alldeutschen und der Sozialdemokraten an die Regierung an, desto energischer wurde ihre Zustimmung, da sie in dem Auftreten Aehrenthals eine Neubelebung des Kraftgefühls und Ansehens der Donaumonarchie erblicken zu müssen glaubten.

So hob am 25. Oktober 1908 der Parteiführer des deutschnationalen Verbandes Dr. Chiari vor dem Nationalverein der deutschen Bürger und Bauern hervor, daß jeder Österreicher die Annexion als eine Tat begrüßen müsse, die zeige, daß Österreich im Bewußt-

---

342) Journal der Delegation des Reichstages, Budapest 1908, 2. Sitzung am 20. Oktober 1908 (ungarisch).

343) Neue Freie Presse, 12. Oktober 1908.

sein seiner Macht entschlossen sei, seine Stellung zu behaupten[344]). Auch in der Debatte des Plenums der österreichischen Delegation kam dieser Gedanke zum Audruck[345]) und wurde von dem Deutschfortschrittlichen Dr. Redlich und dem Angehörigen des Herrenhauses, Ritter von Oppenheimer, vertreten. Dr. Redlich wandte seine Aufmerksamkeit dann der Lage zu, die sich für die Deutschen aus der Erwerbung der beiden Provinzen ergeben hatte. Den Befürchtungen der Deutschradikalen trat er mit der Behauptung entgegen, daß die Stellung der Deutschen in Österreich auch durch weitere zwei Millionen Slawen nicht erschüttert werde, da sie auf ganz anderen, vor allem kulturellen Voraussetzungen beruhe. (Ein Blick auf die innerpolitischen Verhältnisse, die der zunehmenden Auflösung anheimfielen, zeigt, wie irrig diese Annahme war und wie wenig sie der Wahrheit entsprach.) Auch Ritter von Oppenheimer, der schon 1878 der Delegation angehört hatte, stellte ähnliche Gesichtspunkte in den Vordergrund, während der letzte für die Regierungsaktion eintretende Redner, der Konservative Graf Latour, besonders auf die Notwendigkeit verwies, angesichts der auswärtigen Lage das Heeresbudget ungekürzt zu votieren.

Diese Äußerung bestätigte nur die Besorgnisse der Sozialdemokraten aller Nationalitäten, die der Annexion zwar nicht direkt Widerstand leisteten, aber sie auch nicht guthießen. Erblickten sie doch, wie Seliger hervorhob, in ihr weder wirtschaftliche noch politische Vorteile, sondern nur eine Schädigung der handelspolitischen Interessen, eine Verschärfung des Verhältnisses zu den anderen Staaten und in deren Folge eine Erhöhung der Rüstungsausgaben.

Die Ablehnung der Annexion durch den Vertreter der Deutschradikalen, Wolf, entsprang ganz anderen Gründen. In noch eingehenderer Weise als im Ausschuß hob er seine Anschauung hervor, wiederholte noch einmal dieselben Gedanken und gedachte als einziger Delegierter des Schadens, der dem mit der Pforte befreundeten Deutschland aus der österreichischen Politik erwachsen mußte. Er wies schließlich darauf hin, daß man sich daran werde gewöhnen müssen, „daß auch die Deutschen alles vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit für ihre Nationalitäten beurteilen. Es erscheint dies

---

344) Neue Freie Presse, 26. Oktober 1908.

345) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 43. Session, Wien 1908, 2. und 3. Sitzung am 27. Oktober 1908.

leider ein bißchen zu spät", fuhr er fort, „und vielleicht kommt die Regierung zu der Erkenntnis, daß der österreichische Staatsgedanke bei den Deutschen weitaus besser aufgehoben war als bei den Slawen." Trotzdem erklärte er aber im Namen der Deutschradikalen, daß seine Partei solange für das Budget stimmen würde, als das Bündnis mit dem Deutschen Reich aufrecht erhalten bleibe.

Dieses Bündnis der Donaumonarchie mit Deutschland war seit seinem Bestehen einer der heftigsten Angriffspunkte der österreichischen Nationalitäten, die jede Gelegenheit benützten, um es herabzusetzen. (Es ist bezeichnend, daß es beispielsweise aus Rücksicht auf diese Stimmung in dem außenpolitischen Exposé Aehrenthals vom Januar 1908 gar keine Erwähnung fand[346]). Auch während der Annexionskrise wurden daher von allen Stämmen mit Ausnahme der Ungarn und Ruthenen wieder die gehässigsten Beschuldigungen laut und die Annexion als von Deutschland angestiftet bezeichnet, mithin der von Frankreich erhobene Vorwurf aufgegriffen. Allen voran gingen die radikalen Tschechen[347]), die ihre der Annexion anfangs nicht gerade ungünstige Haltung angesichts der durch die deutsche Obstruktion hervorgerufenen Auflösung des böhmischen Landtages aufgaben und deutlich durchblicken ließen, wie wenig sie im Grunde mit der Annexionspolitik einverstanden waren. Große panslawistische Kundgebungen von ausgesprochen antiösterreichischer Tendenz, wie sie in Prag stattfanden, unterstrichen ihre Gesinnung[348]). Dieser Art entsprach auch die Rede Klofačs vor der Delegation[349]). Er lehnte die Annexion als einen einseitigen und gewaltsamen Akt ab, der den Frieden bedrohe, den Export vernichte und Österreich dem Deutschen Reich zuliebe isoliere[350]). Diese Politik habe die Donaumonarchie mehr denn je in die Hände Berlins gespielt, sie sei eine Politik des deutschen Dranges nach dem Osten von ausgesprochen antislawischer Tendenz. Da Klofač

[346]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 42. Session, Exposé Aehrenthals vom 27. 1. 1908.

[347]) Diese waren in den Neunzigerjahren aus der Jungtschechischen Partei hervorgegangen. Siehe Dr. Franz Martin Mayer: a. a. O. S. 711.

[348]) Neue Freie Presse, 19. Oktober 1908.

[349]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 43. Session, Wien 1908, Debatte vom 27. und 28. Oktober 1908, 2. und 3. Sitzung.

[350]) Siehe die Interpellation Klofačs und Genossen: Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 111. Sitzung, Anhang zu den Protokollen 3730/I. Diese forderte Aufklärung über die auswärtige Lage der Monarchie.

aber einsehen mußte, daß sie nicht mehr rückgängig zu machen sei, forderte er wenigstens den Zusammenschluß der südslawischen Länder, aber zur gleichen Zeit auch die Föderalisierung Böhmens, wodurch die Befürchtungen Wolfs sofort ihre Bestätigung erhielten.

Die Jungtschechen benützten ebenfalls die Debatte, um gegen Deutschland zu polemisieren und Österreich zu einer anderen Innenpolitik aufzufordern, da die Feindschaft der europäischen Staaten nur von der Vorstellung herrühre, daß die Donaumonarchie die deutsche Vormacht im Orient sei. Gegen die Annexion nahmen sie nicht so heftig Stellung wie die Tschechisch-Radikalen; ihr Sprecher Kramar nannte sie durch die Notwendigkeit, wenn auch nicht durch rechtliche oder moralische Gründe berechtigt und forderte zu einer versöhnlichen Politik gegenüber Serbien auf, für das alle Tschechen während der Krise große Sympathien entdeckt hatten.

Die Südslawen, die von der Annexion am unmittelbarsten berührt wurden und nun die trialistische Ausrichtung des Reiches erhofften, nahmen lebhaft daran Anteil. Die Reden Šusteršičs und Bianchinis galten daher vor allem der Zurückweisung der ungarischen Ansprüche und der Forderung nach Vereinigung der südslawischen Länder der Monarchie.

Noch gemäßigter äußerten sich die Polen, die die Annexion billigten, wenn sie auch Vorbehalte gegen die Bündnispolitik mit Deutschland nicht unterdrücken konnten. Die Ruthenen gaben ebenfalls ihrer Zustimmung Ausdruck und erklärten als einzige nichtdeutsche Volksgruppe der österreichischen Delegation die Feindschaft gegen das Bündnis mit Deutschland für unpolitisch, ja unmoralisch, nachdem das Reich eben erst seine Bündnistreue unter Beweis gestellt habe.

Im Gegensatz zu der Vielfältigkeit der Meinungen in der österreichischen Delegation zeigte sich in der ungarischen, wie schon im Ausschuß, das Bild fast vollkommen übereinstimmender Beurteilung des Geschehenen[351]), da selbst die Unabhängigkeitspartei die Annexion in der Hoffnung auf den Besitz Bosniens und der Herzegowina bejahte. Eine energische Balkanpolitik und eine entschiedene Stellungnahme gegen Serbien lag nur im Interesse Transleithaniens, so daß in der Billigung der Annexion durchaus kein Zeichen der Willfährigkeit erblickt zu werden brauchte. Viele Redner, wie Bela

[351]) Journal, 2. Sitzung am 20. Oktober 1908 (ungarisch).

von Rakvoszky, von Szemere und Graf Pál Esterhazy beschäftigten sich mit ihren außenpolitischen Voraussetzungen und Folgen, während andere, besonders Gyözö Issekutz und Ferencz Nagy sehr eingehend die staatsrechtlichen Ansprüche Ungarns auf Bosnien und die Herzegowina geschichtlich zu begründen suchten. Die Kroaten Gergely-Tuskan, Bogdán Medakovič und Lyuga Babics-Dyalski hingegen protestierten auf das Heftigste gegen dieses Vorgehen und vertraten die Belange der Südslawen.

Mit der Annahme des Budgets durch beide Delegationen erfuhr die Annexionspolitik ihre offizielle Billigung. Die gesetzliche Sanktion mußte sie jedoch erst durch die Parlamente erhalten, denen sofort nach ihrem Zusammentritt die Annexionsvorlage, aber jedem derselben in anderer Fassung, unterbreitet wurde[352]). Während § 1 der österreichischen Gesetzesvorlage lautete:

> „Die von seiner kaiserl. und königl. Apostolischen Majestät getroffene Verfügung, wonach die Rechte seiner Souveränität sowie die Bestimmungen der pragmatischen Sanktion auf Bosnien und die Herzegowina in der Absicht ausgedehnt worden sind, ihnen verfassungsmäßige Einrichtungen zu verleihen, wird hiermit... genehmigt...",

hieß es in Ungarn:

> „Der Reichstag nimmt zur Kenntnis, daß seine kaiserliche und apostolisch königliche Majestät um Bosnien und der Herzegowina eine verfassungsmäßige Autonomie zu gewähren, mit Rücksicht auf jene alten Bande, welche seine ruhmreichen Vorfahren auf dem ungarischen Throne an diese Länder knüpften, seine Souveränitätsrechte auf diese Länder ausgedehnt hat..."[353]).

Nachdem der Reichsrat in den vorangegangenen Jahren oft infolge des auf seinem Boden in der heftigsten Art und Weise ausgetragenen Nationalitätenkampfes nahezu beschlußunfähig und Österreich drei Jahre lang mit dem Notverordnungs-Paragraphen regiert worden war, schien sich diesmal die Lage, allerdings nur anfänglich, günstiger zu gestalten. Im November hatte das bisherige Ministerium Beck, „gefallen auf den Schlachtfeldern von Böhmen"[354]), seine Demission eingereicht und war durch ein Beamtenministerium mit Frhr. von Bienerth als Kabinettchef ersetzt worden. Dank dieses Umstandes wurden dem Annexionsgesetz weniger Schwierigkeiten bereitet als anderen Regierungsvorlagen. Schon am 24. November

---

[352]) Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 111. Sitzung am 26. Nov. 1908.
[353]) Berthold Molden: a. a. O. S. 71.
[354]) Neue Freie Presse, 7. November 1908.

hatte eine Konferenz der Führer der bis dahin zusammengeschlossenen Parteien, der Deutschfreiheitlichen, der Christlichsozialen, der Tschechen und Polen über die Annexionsvorlage stattgefunden[355]), wobei man zu dem, nur von den Tschechen nicht völlig geteilten Beschluß kam, dem neuernannten Beamtenministerium entgegenzukommen und in dieser Frage keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Im Sinne dieser Vereinbarungen wurde von den Christlichsozialen (Prinz Liechtenstein) sofort nach Vorlage des Gesetzentwurfes ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, diesen sofort zu behandeln und unter Beseitigung jeder Vorberatung der endgültigen Beschlußfassung zuzuführen[356]).

Am 16. Dezember 1908 gelangte dieser Antrag zur Verhandlung[357]), nachdem sich eine allgemeine Obmänner-Konferenz dahin ausgesprochen hatte, daß die Annexionsvorlage zwar dringlich, doch nicht ohne Ausschußberatung zu erledigen sei[358]). Auch der Dringlichkeitsantrag Susteršičs und Laginjas[359]), die im Namen des südslawischen Nationalverbandes Narodna Zweza die Vereinigung der südslawischen Länder zu einem eigenen staatsrechtlichen Körper forderten, sowie jener der Sozialdemokraten Adler, Němec, Pittoni und Gen.[360]) über die Verleihung einer demokratischen Verfassung an Bosnien und die Herzegowina wurden gemeinsam mit dem Antrag Liechtensteins verhandelt. Die Debatte, die sich im Abgeordnetenhaus daran knüpfte, entwickelte sich zur größten und wichtigsten des österreichischen Reichsrates über die Annexion Bosniens und der Herzegowina. Aber auch sie wurde weit weniger beherrscht von der Behandlung dieser vollendeten Tatsache, als vielmehr von der staatsrechtlichen Polemik gegen Ungarn und jede den Ansprüchen Transleithaniens entgegenkommende Strömung bei Hofe, sowie von der bosnischen Verfassungsfrage. In dieser dreitägigen Aussprache des Abgeordnetenhauses erhielten alle jene Gedanken, die während der Dauer der Delegationssession für oder gegen die jüngste außenpolitische Unternehmung Aehrenthals vorgebracht worden waren, ihre letzte Prägung.

---

[355]) Neue Freie Presse, 25. November 1908.
[356]) Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 111. Sitzung am 26. Nov. 1908.
[357]) Ebenda, 121. Sitzung am 16. Dezember 1908.
[358]) Neue Freie Presse, 29. November 1908.
[359]) Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 111. Sitzung am 26. Nov. 1908.

Die gemäßigten deutschen Parteien, durch den Christlichsozialen Frhr. von Morsey und den Deutschfortschrittlichen Dr. Redlich vertreten, drückten noch einmal ihre Befriedigung aus über die Wiederaufnahme einer wahrhaften Großmachtpolitik durch Österreich, die die Bündnisfähigkeit der Monarchie für Deutschland beweise und bekräftige. Im Orient erblickten sie das gegebene Betätigungsfeld der Donaumonarchie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. „Die Verflechtung der habsburgischen Gesamtmonarchie mit der Orientpolitik", so führte Dr. Redlich aus, „ist einer der großen dauernden Grundzüge der habsburgischen Geschichte". In ganz ähnlichem Sinne sprach im österreichischen Herrenhaus Dr. von Plener, der einstige Angehörige der „Bosnischen Linken" und jetzige Führer der Liberalen, bei der Budgetdebatte vom 29. Dezember 1908[361]).

Größeren Weitblick aber für die Folgen dieser Unternehmung als jene von schwarzgelbem Dynastizismus erfüllten, vielfach opportunistischen Politiker bewiesen die radikalen deutschnationalen Parteien, die die Annexion als eine weitere Belastung der deutschen Stellung in Österreich, als einen neuen Schritt auf dem Wege zur Auflösung verurteilten und der Aufrollung der südslawischen Irredentafrage mit banger Sorge entgegensahen. Der alldeutsche Abgeordnete Malik sagte es ganz offen, daß das großserbische Staatsrecht sich außerhalb der Monarchie entwickeln möge. Die Verpflanzung dieses Staatsrechtes nach Österreich nannte er eine Politik des Wahnsinns, eine Politik, die im Sinne eines slawisch-klerikalen Vorstoßes angezettelt worden sei[362]).

Eine ebenso bittere Verurteilung der Aehrenthalschen Politik wurde nur noch, allerdings nicht aus nationalen Gründen, bei den Sozialdemokraten laut, die zwar, wie Dr. Renner ausdrücklich hervorhob, nicht die Tatsache der Annexion, wohl aber den Zeitpunkt und die Form ihrer Verwirklichung ablehnten und Aehrenthal einen Pfuscher nannten, der leichtsinnig eine Kriegsgefahr heraufbeschwo-

---

[360]) Ebenda, 113. Sitzung am 3. Dezember 1908.

[361]) Stenogr. Protokolle über die Sitzungen des Herrenhauses des österr. Reichsrates 1907—1909, 18. Session, Wien 1909, 21. Sitzung am 29. Dez. 1908.

[362]) Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 121. Sitzung am 16. Dez. 1908.

[363]) Siehe auch die Interpellation der Abgeordneten Adler, Němec, Daszynski, Pittoni, Wityk und Genossen an das Gesamtministerium betr. die Folgen der Annexion Bosniens und der Herzegowina, Anhang zu den Stenogr. Protokollen, 111.—122. Sitzung, Wien 1908, 3724/I.

ren und den Handel Österreichs auf dem Balkan vernichtet habe[363]). Im übrigen trat die Sozialdemokratie, ihren Ideen von der Einheit und Freiheit der Völker entsprechend, auf das Entschiedenste für die Vereinigung der südslawischen Stämme und eine möglichst einheitliche Verfassung in Bosnien und der Herzegowina ein.

Die Haltung der Südslawen war nach wie vor dieselbe[364]), sie begrüßten die Annexion, protestierten gegen alle ungarischen Ansprüche und forderten die Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Kroatien, Dalmatien und Slawonien, dem Dreieinigen Königreich. Die Sprecher der Kroaten, Dr. Laginja, Perič und Dr. Tresič-Pavičič ließen ganz deutlich durchblicken, daß die südslawische Frage der Entscheidung entgegengehe und mit oder aber gegen Österreich gelöst werde. Ährenthals Tat, so erklärte der radikalste unter ihnen, Dr. Tresič-Pavičič, könne einen Brand verursachen, der eine neue Ära der Weltgeschichte bedeuten und die Karte Europas ändern würde.

Die staatsrechtlichen Forderungen der Südslawen blieben nicht ohne Wirkung auf die anderen Nationalitäten. Auch diese meldeten ihre Ansprüche an und verlangten mit der Lösung der südslawischen Frage zugleich die Föderalisierung Gesamtösterreichs. Die Sprecher der Tschechen: Němec, Dr. Zahradnik[365]) und Dr. Masaryk wiederholten ihre Vorbehalte gegen das Bündnis mit Deutschland, die radikalsten unter ihnen wie Klofač auch gegen die angebliche deutsche Tendenz der Balkanpolitik und erhoben die Forderung nach Föderation der Länder der böhmischen Krone, da der Trialismus ebenso unhaltbar sein werde wie der Dualismus.

Nach dreitägiger Dauer ging die Debatte ihrem Ende zu. Seltsam genug hatte sich in ihrem Verlaufe die Tatsache ergeben, daß gerade die extremsten Elemente der Deutschen und Slawen, die radikalen deutschnationalen Parteien und die radikale tschechische Partei in der Verurteilung der Annexion aus den vollkommen entgegengesetzten Gründen übereinstimmten. Während die Tschechen behaupteten, daß die österreichische Balkanpolitik in ausgesprochen deutschem, ja preußischem Sinn betrieben worden sei, erblickten

---

[364]) Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 121. und 122. Sitzung am 16. und 17. Dezember 1908.

[365]) Nach dem Zusammenbruch erster Eisenbahnminister der Tschechoslowakei. Nach Alois Czedik, a. a. O. Bd. 4, S. 317.

die Deutschnationalen in der Annexion den Ausdruck einer antideutschen, slawophilen Gesinnungsrichtung. Tatsächlich war die Annexion im Fahrwasser einer slawisch-klerikalen Innenpolitik erfolgt und dem deutschen Interesse abträglich, so daß die Anschuldigungen der letzteren zu Recht bestanden. Die einzige Erklärung für die eigenartige Erscheinung, daß die Tschechen in der Balkanpolitik der Dynastie die entgegengesetzte Tendenz verwirklicht zu sehen glaubten, ist in ihrem tiefen Haß gegen alles Deutsche und in ihrer Abneigung gegen die Habsburger Monarchie zu suchen; diese Gefühle trübten ihre Urteilskraft und bewiesen nur, daß alle Zugeständnisse des Wiener Hofes die Slawen und vor allem die Tschechen nicht reichstreuer machen konnten, sondern lediglich der Donaumonarchie in steigendem Maße sämtliche Völker entfremdeten.

Am 18. Dezember 1908 wurde nach Abschluß der Debatte der Dringlichkeitsantrag Liechtensteins mit überwiegender Mehrheit genehmigt[366]) und die bosnische Vorlage einem 52gliedrigen Ausschuß überwiesen, der am 22. Januar 1909 zusammentrat[367]). Noch oft beschäftigten die verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Folgen der Annexion den Reichsrat. Die Annexionsvorlage selbst kam jedoch weder in Wien noch in Budapest zur endgültigen parlamentarischen Erledigung[368]), da der alles Maß übersteigende Nationalitätenkampf eine zunehmende Entartung des Parlamentarismus herbeiführte. Schon im Herbst des Jahres 1908 hatten die Auseinandersetzungen in Böhmen, die Verhängung des Standrechtes über Prag (2. Dezember 1908) lebhaften Widerhall im Abgeordnetenhaus gefunden. Auch nach den Weihnachtsferien stand der nationale Streit in Böhmen im Vordergrund der Verhandlungen. Dringlichkeitsanträge über die Einführung der Doppelsprachigkeit an den Bahnhöfen irgendeiner Lokalbahn, über die Bedrohung der deutschen Studenten in Prag, über die Verfolgung tschechischer Minderheiten im nordwestlichen und nordöstlichen Teile Böhmens verschärften die Stimmung im Abgeordnetenhaus, bis es anläßlich von Regierungsvorlagen über die Regelung des Sprachengebrauches bei den staatlichen Behörden im Königreich Böhmen, sowie über die dortige Errichtung von Kreisbehörden und die dadurch erforderlichen

[366]) Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 123. Sitzung am 18. Dez. 1908.
[367]) Ebenda, 127. Sitzung am 22. Januar 1909.
[368]) Ernst von Plener: a. a. O. Bd. III S. 361.

Änderungen in der Organisation der politischen Verwaltung zur Katastrophe kam[369]). Als der Handelsminister Dr. Mataja in einer Erklärung die Fälle aufzählte, in denen die böhmische Staatssprache im Postdienst „zulässig" sei, hielten die tschechischen Abgeordneten, die diese Vorlage ohnehin bekämpften, den Grad des Erträglichen für erreicht. Der Ausdruck „zulässig" gab das Signal für die „technische Obstruktion", die am nächsten Tage den Aufenthalt im Sitzungssaal zur Unmöglichkeit machte. Drei tschechische Abgeordnete, Lisy, Fresl und Kalina konzertierten mit Trompete, Trommel und Tschinellen, eigens konstruierte Obstruktionsmaschinen und sonstige Instrumente trugen noch dazu bei, den Lärm zu vergrößern. Das stenographische Protokoll verzeichnete: „Ununterbrochener großer Tumult. — Es wird unausgesetzt mit verschiedenen Instrumenten großer Lärm gemacht und mit Metalluntertassen, Schriftstücken und Brettern heftig auf die Pulte geschlagen"[370]), eine sehr gemäßigte Schilderung jener Szenen, die sich nach dem Bericht der „Neuen Freien Presse" im Abgeordnetenhaus abgespielt haben müssen[371]). Der Tumult hatte eine sofortige und vielleicht nicht erwartete Folge, die Schließung der 18. Session, die man mit „anhaltendem großen Lärm und Bewegung im ganzen Hause" (lebhaften Prügeleien) zur Kenntnis nahm.

Zu Beginn der neuen Session (10. März 1909) wurde die Annexionsvorlage neuerdings unterbreitet, ihre Erledigung aber immer weiter hinausgeschoben, da die Ausschußberatungen nicht vorwärts gingen. Wegen Ausschreitungen gegen den Innenminister mußten die Sitzungen neuerdings vorzeitig abgebrochen werden. Von nun an wurde das Abgeordnetenhaus für immer kürzere Fristen einberufen. Auch als die Parteien zur Vernunft kamen und die Obstruktion einstellten, trat in diesem System keine Änderung mehr ein: Die Tätigkeit des Parlaments blieb nahezu lahmgelegt, eine Tatsache, die man dem Einfluß des Thronfolgers Erzherzog Franz d'Este zuschrieb[372]).

---

[369]) Stenogr. Protokolle, 9. Bd., Wien 1909, 131. Sitzung am 3. Februar 1909.
[370]) Ebenda, 133. Sitzung am 5. Februar 1909.
[371]) Neue Freie Presse, 5. Februar 1909.
[372]) Diese Vermutung sprach der sozialdemokratische Tscheche Habermann am 24. April 1910 anläßlich der Debatte über die Regierungsvorlage betr. die Aufnahme einer Anleihe von 182 Millionen Kronen aus. Nach Alois Czedik, a. a. O. Bd. 4 S. 39.

2. Der äußere Verlauf des europäischen Konfliktes.

Der außenpolitische Verlauf der Annexionskrise zeigte die Rückwirkung der innerpolitischen Wirrnisse in der Donaumonarchie auf ihre Geltung in Europa in eindringlicher Weise. Der ständige Aufruhr im Innern ließ sie in den Augen der europäischen Diplomatie als einen dem Zerfalle entgegenschreitenden Staat erscheinen[373]), umsomehr, als auch ihre Wehrmacht infolge des Nationalitätenhaders in der Entwicklung zurückgeblieben war. „Die Armee verdorrt", mußte der Kriegsminister Baron Schönaich vor den Delegationen zugeben, ohne dagegen etwas unternehmen zu können[374]). Nur von diesem Gesichtspunkt aus ist es zu verstehen, daß sich die Annexionskrise so lange hinziehen und das kleine Serbien und die geschwächte Türkei so erfolgreich Widerstand leisten konnten. Schon in der Woche nach der Annexionserklärung gewann das bereits erwähnte Konferenzprojekt Iswolskis greifbare Formen[375]). Aehrenthal lehnte die Teilnahme nicht grundsätzlich ab, erklärte aber unter voller Zustimmung Deutschlands, daß die Tatsache der Souveränitätserstreckung auf Bosnien und die Herzegowina nicht erörtert werden dürfe. Während die europäischen Mächte weiterhin über den Konferenzplan verhandelten, suchte Aehrenthal eine Einigung mit der Pforte herbeizuführen, um den für Österreich so erniedrigenden Wirtschaftsboykott zu brechen. Am 24. Oktober ließ jedoch die Türkei, wahrscheinlich auf Anraten Englands, mitteilen, daß sie die Verhandlungen nicht mehr weiterführen könne[376]). Österreich mußte daher auch fernerhin den Boykott ertragen, der seinem Ansehen auf das Empfindlichste schadete. Nicht weniger peinlich war die Lage der Monarchie gegenüber Serbien, das, von Rußland ermutigt, in seinen Herausforderungen immer dreister wurde. Angesichts solcher Widerstände mußte der österreichische Außenminister allmählich von seinem früheren Standpunkte zurückweichen und den Versuch unternehmen, wenigstens die Türkei

---

[373]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 202.

[374]) Stenogr. Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, 43. Session, Wien 1908, 4. Sitzung am 29. Oktober 1908: Anh. 35 Exposé Schönaichs.

[375]) Berthold Molden: a. a. O. S. 74.

[376]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 198. Siehe auch: Österreich-Ungarns Außenpolitik Bd. I Nr. 681 vom 30. 11. 1908. Aehrenthal spricht hier die Vermutung aus, daß England an der Haltung der Türkei schuld sei.

durch eine Geldentschädigung zu befriedigen[377]). Mitte Dezember wurden daher die Verhandlungen wieder aufgenommen, die unter dem Eindruck einer das Machtgefühl der Monarchie auf das Höchste demütigenden Rede des serbischen Außenministers Milovanovič vor der Skupschtina auch zu einem positiven Ergebnis führten. Aehrenthal erklärte sich bereit, der Pforte die Staatsgüter in Bosnien und der Herzegowina um $2^1/_2$ Millionen türkische Pfund abzukaufen, eine Regelung, der der Großvesir Kiamil Pascha am 9. Januar 1909 die Zustimmung erteilte[378]). Am 26. Februar wurde das Protokoll unterzeichnet und der Wirtschaftsboykott gegen die Doppelmonarchie aufgehoben[379]).

Sowohl in Rußland als auch in Serbien rief die Tatsache der Bereinigung des türkisch-österreichischen Konfliktes schwere Enttäuschung hervor. Serbien schien geradezu entschlossen, einen europäischen Krieg heraufzubeschwören, um seine vermeintlichen Ansprüche durchzusetzen. Erst unter dem Druck der Großmächte sandte es am 3. März ein Rundschreiben an die europäischen Kabinette, worin es auf seine gesamten Forderungen Verzicht leistete[380]). Die serbische Pressehetze ging jedoch unvermindert weiter, so daß am 6. März Wien eine direkte Erklärung Serbiens über diesen Verzicht und über die künftige Beobachtung der Pflichten guter Nachbarschaft forderte[381]). Als Serbien zuerst gar nicht und dann ausweichend antwortete, schien der Krieg unvermeidlich. Erst im letzten Augenblicke erfolgte die Entspannung durch den Thronverzicht des serbischen Kronprinzen, des Hauptes der Aktionspartei und durch die Anerkennung der Annexion von seiten Rußlands, das ein Schritt des deutschen Botschafters in Petersburg darüber belehrt hatte, daß Deutschland im Kriegsfalle seine Bündnispflicht erfüllen werde. Am 31. März ließ Serbien die geforderte Note in Wien überreichen:

„Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffenen Tatsachen in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den Entschließungen anpassen wird, welche die Mächte in Bezug auf den Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden.

Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es

[377]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 202.
[378]) Ebenda, Bd. II S. 206.
[379]) Österreich-Ungarns Außenpolitik, Bd. I, Nr. 1061 vom 26. Febr. 1909.
[380]) Theodor von Sosnosky: a. a. O. Bd. II S. 213.
[381]) Ebenda, Bd. II, S. 214.

hinsichtlich der Annexion seit dem vergangenen Oktober eingenommen hat, aufzugeben und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegen Österreich zu ändern und künftighin mit diesem Letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu elben.

Diesen Erklärungen entsprechend und im Vertrauen auf die friedlichen Absichten Österreich-Ungarns wird Serbien seine Armee bezüglich der Organisation, der Dislokation und des Effektivstandes auf den Stand vom Frühjahr 1908 zurückführen. Es wird die Freiwilligen und Banden entwaffnen und entlassen und die Bildung neuer irregulärer Korps auf seinem Gebiete verhindern." [382])

[382]) Ebenda, Bd. II S. 219/20.

Wertung.

Die Annexionskrise hatte zwar, hauptsächlich durch das Eingreifen Deutschlands, eine für die Donaumonarchie günstige Lösung gefunden. In ihrem Verlauf aber war der zunehmende Kräfteverfall Österreichs in erschreckender Weise offenbar geworden, hatte doch die alte Großmacht Habsburg einen ihrer unwürdigen Kampf um den endgültigen Besitz von zwei Provinzen führen müssen, die ihr schon seit dreißig Jahren de facto gehörten. In den politischen Kreisen des Deutschösterreichertums jedoch stand man dem wahren Zustand des Reiches und der Tragweite der jüngsten außenpolitischen Aktion größtenteils verständnislos gegenüber. Unter dem Mantel nationaler Gesinnung wurde von kraftvoller Balkanpolitik, Stärkung des Selbstbewußtseins, tatkräftiger Vertretung der handelspolitischen Interessen gesprochen und begeistert als der Beginn einer neuen Epoche gepriesen, was das letzte Aufflackern der endgültig verlöschenden Lebenskraft war. Nur zwei Parteien, die zusammen sechzehn der 161 deutschen Mandate des österreichischen Reichsrates einnahmen, erkannten das Unheil, das die Annexion über das Deutschtum bringen mußte und lehnten sie aus diesem Grunde ab, eine Haltung, die es verdient in der Geschichte des deutschen Abwehrkampfes Beachtung zu finden, wenn sie auch keine sichtbaren Erfolge zeitigte. Der Vergleich mit den Vorgängen der Jahre 1875 bis 1879, in denen nicht nur ein kleiner Bruchteil, sondern die Mehrzahl der deutschen Abgeordneten, voll politischem Weitblick für die Folgen der Okkupation, einen bis zum Letzten geführten Kampf gegen die dynastische Politik eröffnet hatten, erlaubt einen Rückschluß auf die großen Veränderungen, die im Deutschtum

Österreichs während jener dreißig Jahre zwischen dem ersten und zweiten Schritt der Monarchie nach Osten vor sich gegangen waren. Mit dem an die Achtziger- und Neunzigerjahre geknüpften Eintritt des deutschen Mittelstandes in das politische Leben Cisleithaniens hatte auch die hauptsächlich von ihm getragene christlichsoziale Bewegung immer größeren Einfluß auf die Gesamtausrichtung des einst politisch so hervorragend geschulten Deutschtums gewonnen.

Durch ihre glänzende Taktik waren weite Kreise wieder in den Bann der dynastisch-großösterreichischen Ideenwelt zurückgeführt und auf diese Weise der Angriff des radikalen Nationalismus der Schönererschen Richtung abgefangen und erheblich geschwächt worden. Der auch von den Christlichsozialen geführte Kampf gegen die Übergriffe anderer Nationalitäten, sowie die Betonung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich erweckten bei den Deutschen das Gefühl hinreichender Wahrung der deutschen Interessen und ließen das großdeutsche Ideal vorübergehend in den Hintergrund treten. Dieser Bruch in der geradlinigen Entwicklung des deutschnationalen Gedankens, dieses Schwinden des politischen Verantwortungsbewußtseins trat in der parlamentarischen Behandlung der Annexionsfrage besonders deutlich hervor, wurde doch in der Hauptsache nur der augenblickliche außenpolitische Erfolg der Dynastie gewertet, nicht aber die äußeren und inneren Begleiterscheinungen und Folgen bedacht, die die Annexionskrise als den unmittelbaren Vorläufer des Weltkrieges kennzeichneten.

Jene sieben Monate des europäischen Konfliktes hatten die volle Isolierung des Habsburgerreiches und seines Verbündeten in klarstem Licht gezeigt. Nicht aus Bereitschaft zum Frieden, sondern nur dank der mangelhaften Kriegsrüstung der Alliierten war die Gefahr noch einmal vorübergegangen. Die endgültige Bereinigung der europäischen Streitfragen jedoch, die durch die Wiederaufnahme einer aktiven Balkanpolitik seitens der Donaumonarchie und durch das Emporstreben der geeinigten deutschen Macht in Mitteleuropa aufgetaucht waren, blieb der Zukunft vorbehalten.

Ebensowenig wie durch die Überwindung der Annexionskrise die großen weltpolitischen Spannungen an Wirkungskraft verloren hatten, waren die Verhältnisse auf dem Balkan einer Festigung zugeführt oder die österreichische Vormachtstellung im Südosten neu befestigt worden. Die dem ewigen Unruheherd des Balkans ent-

springenden Kriege von 1912 und 1913 ließen Österreichs politische Macht im Gegenteil geringer denn je erscheinen. Das kleine Serbien, das 1908 zurückweichen mußte, weil ihm die Großmächte ihre Hilfe versagten, hatte die großserbischen Pläne nur zurückgestellt, nicht aber aufgegeben. Nach wie vor blieben seine Augen haßerfüllt auf Österreich gerichtet, bereit, den ersten günstigen Augenblick seiner Schwäche zu ergreifen. So war Serbien zur großen Gefahr für die Donaumonarchie geworden, der Exponent, mit dessen Hilfe die Alliierten jederzeit den Krieg gegen die mitteleuropäischen Verbündeten eröffnen konnten. Schritt für Schritt hatte die aktive Balkanpolitik der Donaumonarchie, die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina, zu jenem Ergebnis geführt, das ihr von weitblickenden und nationalgesinnten Deutschen in den Jahren 1878 und 1908 vorausgesagt worden war. Außenpolitisch war das Habsburgerreich in den Gegensatz zu Rußland getrieben worden, der für die Vorbereitung des Weltkrieges mindestens ebenso große Bedeutung besaß wie jener zwischen Deutschland und England. Innerpolitisch verband sich mit ihr die slawophile Ausrichtung Cisleithaniens, die Entrechtung des Deutschtums, die die völlige Zersetzung des Staates zur Folge hatten, da die Slawen trotz aller Zugeständnisse kein Interesse an der Erhaltung der Donaumonarchie besaßen. Die südslawische Irredenta, mit der Bosnien und die Herzegowina Österreich-Ungarn belastet hatten, verstärkte nur innerhalb Cisleithaniens die auseinanderstrebenden Kräfte, trug in das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn durch die staats- und verwaltungsrechtlichen Schwierigkeiten neue Mißklänge und wurde zum unmittelbaren Anlaß für den Ausbruch des Weltkrieges. Durch die Schüsse von Sarajevo, die den österreichischen Thronfolger beseitigten, von dem Serbien eine Befriedigung der südslawischen Wünsche und damit eine neue Festigung Österreichs befürchtet hatte, wurde das letzte Kapitel der österreichischen Geschichte eingeleitet, unter das der Zusammenbruch von 1918 den Schlußstrich zog.

Die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina muß mithin tatsächlich als einer der Hauptfaktoren betrachtet werden, die den Zerfall der Donaumonarchie herbeiführten. Jene Katastrophe bedeutete das Ende des alten Österreich, für Deutschland aber wurde sie zum Ausgangspunkt eines neuen Aufstieges, da sie die dynasti-

schen Begrenzungen fallen ließ, die das kleindeutsche Reich nicht hatte überwinden können und die Deutschösterreicher, wenn auch unter schweren Opfern an deutschem Volksboden, dem ungleichen Kampf mit den anderen Nationalitäten entzog. Der schicksalhaft bedingte Untergang Habsburgs hatte den Boden für die Verwirklichung des Traumes aller Deutschen vorbereitet und das jahrzehntelange Ringen der Deutschen in und um Österreich der Erfüllung entgegengeführt: Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch erstand am Ende einer für das Deutschtum der einstigen Donaumonarchie so unendlich schmerzvollen Entwicklung das Großdeutsche Reich Adolf Hitlers.

LEBENSLAUF.

Am 4. Februar 1916 wurde ich als Tochter des Ingenieurs und Leutnants d. R. Georg Odörfer und seiner Ehefrau Auguste, geb. Dietrich, in München geboren.

Ostern 1926 trat ich in das städt. Mädchenlyzeum an der Luisenstraße in München ein und besuchte nach Erwerbung des Zeugnisses der mittleren Reife die städt. Mädchenoberrealschule am St. Annaplatz, die ich am 16. März 1935 mit dem Reifezeugnis verließ. Dann genügte ich meiner studentischen Arbeitsdienstpflicht.

Seit dem Winterhalbjahr 1935/36 studiere ich an der Universität München Geschichte, Deutsche und Englische Sprache und legte während dieser Zeit, im April 1937, an dem städt. Realgymnasium an der Luisenstraße die Ergänzungsprüfung in der Lateinischen Sprache ab.

Vorlesungen und Übungen belegte ich bei folgenden Herren Professoren und Dozenten: Arzeni, Bichon, Borcherdt, Brecht, Buchner, Crämer, Cysarz, Gierach, Hartl, Keller, v. Kloeber, Kroh, A. O. Meyer, K. A. v. Müller, W. Otto, Frhr. v. Pölnitz, Raith, Rüdin, Seidlmayer, Simon, R. Spindler, Vossler, Wells, Zeiß.

Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit gab mir Herr Dr. Wilhelm von Kloeber, dem ich an dieser Stelle meinen besonderen Dank aussprechen möchte.

Zur Vorbereitung der schriftlichen Arbeit und der mündlichen Prüfung sind keine Dienste eines jüdischen Repetitors in Anspruch genommen worden.